



PROTOKOLL

117. Plenarsitzung am Freitag, dem 29. Januar 2021

Mainz, Rheingoldhalle, Gutenbergsaal

<i>Mitteilungen des Präsidenten</i>	7974	<i>Die Aktuelle Debatte wird dreigeteilt.</i>	8001
AKTUELLE DEBATTE	7974	<i>Jeweils Aussprache gemäß § 101 GOLT.</i>	8001
Forschungsland Rheinland-Pfalz – langer Atem in der Forschungsförderung zahlt sich aus		Schlussbericht der Enquete-Kommission 17/2 „Corona-Pandemie“	
auf Antrag der Fraktion der SPD		– Drucksache 17/13900 –	8001
– Drucksache 17/14355 –	7974	Abg. Jochen Hartloff, SPD:	8001
Abg. Johannes Klomann, SPD:	7974, 7980	Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD:	8005
Abg. Gerd Schreiner, CDU:	7975, 7981	Abg. Hedi Thelen, CDU:	8005
Abg. Martin Louis Schmidt, AfD:	7976, 7981	Abg. Michael Frisch, AfD:	8007
Abg. Marco Weber, FDP:	7977	Abg. Steven Wink, FDP:	8008
Abg. Katharina Binz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 7978, 7982		Abg. Katharina Binz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 8009	
Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:	7979	<i>Tagesordnungspunkt mit Besprechung erledigt.</i>	8010
Klimaschutz und Energiewende: Mit nachhaltigem Jobmotor aus der Klima- und Corona-Krise		Arbeit und Arbeitsergebnisse des Ausschusses der Regionen (AdR) im Zeitraum Juli 2019 bis Juli 2020	
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Besprechung des Berichts der Landesregierung (Drucksache 17/13725) gemäß Beschluss des Landtags vom 22. April 1999 zu Drucksache 13/4100	8010
– Drucksache 17/14356 –	7982	Heike Raab, Staatssekretärin:	8010
Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	7983, 7989	Abg. Heike Scharfenberger, SPD	8011
Abg. Andreas Rahm, SPD:	7984, 7990	Abg. Thomas Barth, CDU:	8011
Abg. Jessica Weller, CDU:	7984, 7990	Abg. Martin Louis Schmidt, AfD:	8012
Abg. Matthias Joa, AfD:	7985, 7991	Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	8013
Abg. Marco Weber, FDP:	7987, 7991	Abg. Steven Wink, FDP:	8013
Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz: 7988		<i>Tagesordnungspunkt mit Besprechung erledigt.</i>	8014
Corona-Realitäten akzeptieren, wissenschaftliche Fakten nicht weiter leugnen – Schluss mit Notlösungen, Bildungschancen sicherstellen		Tätigkeitsbericht 2019/2020	
auf Antrag der Fraktion der CDU		Besprechung des Berichts der Beauftragten für die Landespolizei (Drucksache 17/13809) auf Antrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
– Drucksache 17/14364 –	7992	– Drucksache 17/14277 –	8015
Abg. Anke Beilstein, CDU:	7992, 7999	Abg. Wolfgang Schwarz, SPD:	8015
Abg. Bettina Brück, SPD:	7993, 7999	Abg. Dirk Herber, CDU:	8016
Abg. Joachim Paul, AfD:	7994, 8000	Abg. Uwe Junge, AfD:	8017
Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP:	7995		
Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 7996, 8001			
Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:	7997		

Abg. Monika Becker, FDP:	8018	Antrag der Fraktion der AfD	
Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	8019	– Drucksache 17/14330 –	8025
Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport:	8019	Abg. Michael Frisch, AfD:	8025, 8027
		8030, 8031
		Abg. Monika Becker, FDP:	8026
		Abg. Bernhard Henter, CDU:	8028
		Herbert Mertin, Minister der Justiz:	8029
<i>Tagesordnungspunkt mit Besprechung erledigt.</i>	8020		
Ehrenamtliches Engagement wertschätzen – Soforthilfen ausweiten – Weg für die Zukunft bereiten		<i>Mehrheitliche Ablehnung des Antrags – Drucksache 17/14330 –</i>	8031
Antrag der Fraktion der CDU		Einstellungs- und Beförderungspraxis in der Staatskanzlei und den Ministerien	
– Drucksache 17/14334 –	8020	Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der CDU	
Abg. Gordon Schnieder, CDU:	8020	– Drucksachen 17/13278/13881/14274 –	8031
Abg. Ingeborg Sahler-Fesel, SPD:	8021		
Abg. Martin Louis Schmidt, AfD:	8022	Abg. Dr. Helmut Martin, CDU:	8031
Abg. Monika Becker, FDP:	8023	Abg. Hans Jürgen Noss, SPD:	8033
Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	8023	Abg. Joachim Paul, AfD:	8034, 8035
Randolf Stich, Staatssekretär:	8024	Abg. Marco Weber, FDP:	8035
		Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	8036, 8037
<i>Mehrheitliche Ablehnung des Antrags – Drucksache 17/14334 –</i>	8025	Abg. Gabriele Bublies-Leifert, fraktionslos:	8038
		Randolf Stich, Staatssekretär:	8038
Konsequenzen aus dem Fall Maxda ziehen – Vermögensabschöpfung und -auskehrung im Strafprozess verbraucherfreundlicher und rechtsangemessener gestalten		<i>Tagesordnungspunkt mit Besprechung erledigt.</i>	8039

Präsidium:

Präsident Hendrik Hering, Vizepräsidentin Astrid Schmitt, Vizepräsident Hans-Josef Bracht.

Anwesenheit Regierungstisch:

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin; Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung, Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport, Herbert Mertin, Minister der Justiz, Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz (siehe Beschluss der Landesregierung nach Artikel 105 Abs. 2 der Verfassung für Rheinland-Pfalz – Drucksache 17/14028 –), Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur; Heike Raab, Staatssekretärin, Randolph Stich, Staatssekretär.

Entschuldigt:

Abg. Dr. Timo Böhme, fraktionslos, Abg. Guido Ernst, CDU, Abg. Heribert Friedmann, AfD, Abg. Jennifer Groß, CDU, Abg. Thomas Roth, FDP, Abg. Dr. Sylvia Groß, AfD; Clemens Hoch, Staatssekretär.

117. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 29. Januar 2021

Beginn der Sitzung: 9.30 Uhr

Präsident Hendrik Hering:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie recht herzlich zur 117. Plenarsitzung begrüßen.

Schriftführende Abgeordnete sind die Kollegen Sven Lefkowitz und Michael Wagner. Herr Wagner wird die Redeliste führen.

Entschuldigt fehlen heute die Kollegen Thomas Roth, Dr. Timo Böhme, Guido Ernst und Heribert Friedmann, die Kolleginnen Jennifer Groß und Dr. Sylvia Groß sowie Staatssekretär Hoch.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir fahren fort mit **Punkt 17** der Tagesordnung:

AKTUELLE DEBATTE

Forschungsland Rheinland-Pfalz – langer Atem in der Forschungsförderung zahlt sich aus auf Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/14355 –

Für die antragstellende Fraktion spricht der Abgeordnete Kломann.

Abg. Johannes Kломann, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir alle freuen uns aktuell darüber, dass eine Firma, die eine Ausgründung aus unserer Universitätsmedizin ist, diejenige ist, die in einer weltweiten Pandemie als erste einen Impfstoff entwickelt hat. Wir freuen uns, dass Özlem Türeci und Uğur Şahin, die auf dem Titelbild des TIME Magazine abgebildet waren, gleichzeitig in der Unimedizin lehren und forschen.

Wir müssen uns irgendwann fragen, ob das reiner Zufall ist oder nicht vielleicht auch das Ergebnis einer gut durchdachten Forschungspolitik in Rheinland-Pfalz, einer Forschungspolitik, die darauf abzielt, Wissenschaftsstandorte im Land Schritt für Schritt in die richtige Richtung zu entwickeln und etwas aufzubauen.

Es ist in der Tat etwas aufgebaut worden, Stein für Stein und mühevoll. Dafür braucht man einen langen Atem, bis es sich auszahlt.

Meine Damen und Herren, die Forschungslandschaft hat sich durch diese Aufbauarbeit in den letzten Jahren und Jahrzehnten enorm nach vorne bewegt und kann deswegen Großes leisten.

(Beifall der SPD und der Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP)

Damit die Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften im Land gut forschen können, braucht es ein Engagement des Landes in mehreren Stufen. Die erste Stufe hierfür ist die Forschungsinitiative Rheinland-Pfalz. Mit 20 Millionen Euro jährlich stehen den Hochschulen Mittel zur Verfügung, damit sie selbstbestimmt forschen. Im Jargon nennt man das „bottom up“, was im Englischen übrigens auch heißt, auf ex zu trinken. Hier heißt es aber, dass die Hochschulen von unten, von der Basis aus, Forschungsschwerpunkte entwickeln und ausbauen sowie selbst eine Profildigungsstrategie erarbeiten, immer im Austausch mit dem Land.

Das ist ein erfolgreiches Modell, das vor Ort dazu führt, dass es zum Beispiel in Kaiserslautern so viele Sonderforschungsbereiche gibt und sich dort an der TU so renommierte Projekte bilden wie beispielsweise OPTIMAS oder das Zentrum für Techno- und Wirtschaftsmathematik.

Das wurde übrigens in den 90er-Jahren mit großer Unterstützung des damaligen Wissenschaftsministers Zöllner an der TU Kaiserslautern angesiedelt und war so erfolgreich, dass es 1999 als Fraunhofer-Institut eingegliedert wurde. Dieses Zusammenspiel zwischen Politik und Hochschulen, um außeruniversitäre Forschungseinrichtungen anzulocken, ist eine weitere Stufe zur stetigen Verbesserung der Forschungsbedingungen.

Zusammen mit der dortigen Hochschule für angewandte Wissenschaften – wir bleiben in Kaiserslautern – hat sich die Stadt dadurch zu einem wichtigen Forschungsstandort gemauert.

Wenn man ein solches forschungsfreundliches Klima schafft, dann kommt man zur nächsten Stufe und kann dafür sorgen, dass Kaiserslautern eine zentrale Rolle zum Beispiel in der Strategie des Landes in Bezug auf künstliche Intelligenz spielen wird. Wenn man ein solches forschungsfreundliches Klima schafft, hat das auch zur Folge, dass ein großer Autokonzern dort ein Batteriezellwerk errichten will.

(Beifall der SPD und der Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP)

Das auch, weil sich unsere Ministerpräsidentin für diesen Standort eingesetzt und hart verhandelt hat. So funktioniert Wissenschaftspolitik, und so funktioniert auch Politik für gute und wertvolle Arbeitsplätze.

(Beifall der SPD und der Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP, und Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Nur so!)

Damit komme ich zurück ins goldisch Meenz. Die Johannes Gutenberg-Universität (JGU) hat sich als einzige Volluniversität – ebenfalls mit Unterstützung des Landes – stetig weiterentwickelt. 30 Millionen Euro sind seither aus der Forschungsinitiative geflossen. Die JGU hat damit ihre eigenen Schwerpunkte gesetzt, auf die Immunologie, auf die Neurowissenschaften und die Forschung in der vasku-

lären Biologie. Auch der Bereich der Resilienz spielt als Forschungsschwerpunkt eine Rolle, also die Frage, wie man einen Körper stabiler und widerstandsfähiger gegen schädliche Umwelteinflüsse machen kann.

Gerade der Schwerpunkt „Lebenswissenschaften“ an der JGU – mit Mitteln der Forschungsinitiative aufgebaut – hat zu einer Reihe außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in diesem Bereich geführt, zum Beispiel dem Institut für Molekulare Biologie. Wir sind mit dem Ausschuss vor Ort gewesen und konnten sehen, dass dort Spitzenforschung mit kräftiger Unterstützung des Landes betrieben wird. Ich erinnere an die 50 Millionen Euro für den Neubau und die 52 Millionen Euro Zuschuss für die Grundfinanzierung.

Ein anderes Beispiel ist das Leibniz-Institut für Resilienz-forschung, das erst im vergangenen Jahr neu eingerichtet wurde und in enger Kooperation mit der JGU und der Unimedizin die Widerstandsfähigkeit des Immunsystems untersucht und nach Wegen sucht, dieses zu stärken.

Dann noch die translationale Onkologie an der Universitätsmedizin. 2010 wurde die TRON GmbH von Frau Türeci und Professor Şahin gegründet, um im Bereich der Immuntherapie bei Krebstumoren zu forschen. Das Konzept wurde 2010 mit 13 Millionen Euro vom Land gefördert. Vor ein paar Jahren wurde TRON zu HI-TRON, nachdem das Helmholtz-Institut eingestiegen war.

Ich bin der Landesregierung und der Ministerpräsidentin dankbar, dass sie nun einen Prozess starten wollen, um genau an diesem Punkt anzusetzen und den Biotechnologiestandort Mainz weiterzuentwickeln. Wir reden bei gut funktionierender Forschungsförderung immer auch über entstehende zusätzliche und hoch qualifizierte Arbeitsplätze. Das bedeutet für eine Region immer eine Erhöhung des Wohlstands. Das ist es, was wir alle wollen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD, des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und der Abg. Cornelia
Willius-Senzer, FDP)

Präsident Hendrik Hering:

Für die CDU-Fraktion spricht Dr. Martin. – Entschuldigung, es spricht Herr Schreiner für die CDU-Fraktion. Das ist uns hier falsch mitgeteilt worden.

(Abg. Gerd Schreiner, CDU: Der mit der
Maske!)

– Und den netten Hinweisen.

Abg. Gerd Schreiner, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Halten wir fest: Wir haben top Wissenschaftler im Land an allen Hochschulen, auch wenn im Moment natürlich die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler rund um Bio-Tech im Rampenlicht stehen. An jeder Hochschule forschen

kluge Köpfe an den Ideen für das 21. Jahrhundert; denn die Patente sind der Wohlstand von morgen.

Kommen wir deshalb zur politischen Kernfrage: Unterstützen wir sie richtig? Leider nein. Das zeigt ein ganz nüchterner Blick auf die Zahlen. Rheinland-Pfalz liegt nach 30 Jahren SPD unter dem Schnitt. In absoluten Zahlen sowieso, aber ich will fair bleiben und Pro-Kopf-Vergleiche ziehen.

5 % der Deutschen leben in Rheinland-Pfalz, aber nur 3,5 % der staatlichen Mittel für Forschung und Entwicklung werden in Rheinland-Pfalz ausgegeben. 3,5 % sind nicht nichts, aber es ist eben unter dem Schnitt.

5 % der Deutschen leben in Rheinland-Pfalz, aber nur 3,3 % der Beschäftigten im Bereich Forschung und Entwicklung arbeiten in unserem Land. 3,3 %, das ist nicht nichts, aber das ist eben unter dem Schnitt.

Unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler leisten bahnbrechende Arbeit. Was aber könnten sie alles leisten, wenn sie richtig gefördert würden?

(Beifall der CDU)

Das ist der entscheidende Satz. Ich wiederhole ihn einfach noch einmal: Was könnten diese Wissenschaftler alles leisten, wenn sie nur richtig unterstützt würden?

Dass man über dem Schnitt liegen kann, zeigt beispielsweise ein Blick auf unser Nachbarland Baden-Württemberg. 13 % der Deutschen leben in Baden-Württemberg, aber 25 % der Forscherinnen und Forscher. Warum? Weil 28 % der staatlichen Mittel für Forschung und Entwicklung in Baden-Württemberg ausgegeben werden.

Herr Wolf, jetzt werden Sie sagen, das ist unfair, Herr Schreiner; denn vier der zehn deutschen Exzellenzuniversitäten liegen in Baden-Württemberg. Das ist gerade nicht unfair, Herr Wolf. Gerade das ist der Punkt.

Sie sind seit 30 Jahren am Ruder. In 30 Jahren haben die Sachsen in Dresden die Frauenkirche aufgebaut und die TU Dresden zur Exzellenzuniversität geführt. Was haben wir in Rheinland-Pfalz gemacht? Sie haben in 30 Jahren den ringoracer am Nürburgring gebaut, und wir haben eben gerade keine Exzellenzuniversität in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU –
Zuruf von der SPD)

Um das noch einmal zu betonen: An den Forscherinnen und Forschern liegt das nicht; das liegt an der zu schwachen Förderung durch das Land. Das ist belastend, und das sage nicht nur ich, sondern das sagt auch der Vorstandsvorsitzende der Universitätsmedizin, der wörtlich schreibt: Diese Situation belastet auch in negativer Weise die Attraktivität der Universitätsmedizin für junge Forscherinnen und Forscher, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegekräfte. –

Genau, die schlechte finanzielle Ausstattung belastet die

wissenschaftlichen Institute in Rheinland-Pfalz. Lieber Johannes Klomann, wenn Sie dann in Ihrem Antrag schreiben „langer Atem (...) zahlt sich aus“, dann muss ich schon sagen: Das ist frech. Das ist echt frech.

Ja, Özlem Türici und Uğur Şahin haben jahrzehntelang geforscht. Ja, jetzt ernten sie die verdienten Früchte ihrer Arbeit, und ja, BioNTech, Ganymed, Ci3 und alles, was wir darum herum an Institutionen haben, haben Geld bekommen, vor allen Dingen von der Europäischen Union, vom Bund und von privaten Dritten.

Dass sie jetzt ihre enormen wissenschaftlichen Erfolge feiern, das tun sie nicht wegen der Förderung des Landes Rheinland-Pfalz, sondern trotz der Förderung des Landes Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU)

Das sage nicht nur ich, das sagt auch der Aufsichtsratsvorsitzende von BioNTech, nachzulesen in der Zeitschrift Capital.

Da hilft es jetzt auch nicht, wenn sich die Vertreterinnen und Vertreter der roten Ampelregierung an der Goldgrube die Klinke in die Hand geben. Es lässt sich immer gut Fotos machen. Lieber Daniel Köbler, ich kann mich noch daran erinnern, wie Grüne in Mainz den Neubau an der Goldgrube verhindern wollten, weil nicht sichergestellt gewesen sei, so wörtlich, dass dort Tierversuche an Kaninchen durchgeführt werden. Das ist genau das Klima hier. Das ist das Gegenteil von Forschungsförderung, das ist Misstrauen gegenüber Forschung.

Jetzt habe ich Herrn Klomann und Herrn Köbler angesprochen; ich möchte auch Herrn Wissing ansprechen. Heute, am 28. Januar 2021, haben wir eine Antwort auf eine Kleine Anfrage bekommen. Forscher brauchen eben mehr als Misstrauen; Forscher brauchen echte Ermutigung, Förderung und mehr als blumige Worte.

Dazu sagt Herr Wissing – ich zitiere wörtlich aus der Anfrage –: Herr Minister Wissing war die Bedeutung von BioNTech bewusst. Er hat deshalb das Unternehmen besucht. – Sehr schön. – Im Nachgang des Besuchs hat der Minister seinem Ressort den Auftrag erteilt, das Unternehmen konstruktiv zu begleiten. – Auch schön. – Da Begegnungen am Rande von Veranstaltungen, in Gremien etc. nicht ausführlich erfasst und protokolliert werden, ist es leider nicht möglich, eine Dokumentation derselben zur Verfügung zu stellen. –

Was ist das denn? Das ist, dass wir hier in Rheinland-Pfalz, Sie als Landesregierung, blumige Worte übrig haben für die Forschungsförderung, während Europa, der Bund und private Dritte unsere Forschung im Land nach vorne bringen.

(Beifall der CDU)

Sie haben aber recht,

(Glocke des Präsidenten)

langer Atem zahlt sich aus. Wir als CDU treten an, das ab 18. Mai besser zu machen.

(Zuruf und Heiterkeit des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Geben wir den Forscherinnen und Forschern das Umfeld, das sie für ihren Erfolg brauchen, nicht nur blumige Worte.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Schmidt.

Abg. Martin Louis Schmidt, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kollegen! Als der SPD-Fraktionsvorsitzende Alexander Schweitzer am Montag das Thema der Aktuellen Debatte vorstellte, verwies er auf BioNTech, die Lebenswissenschaften sowie die KI- und IT-Gründungen in der Westpfalz. Richtig, Herr Schweitzer.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ach Gott!)

Der Impfstoffhersteller BioNTech und die Lebenswissenschaften in Mainz sowie der Technologiestandort in Kaiserslautern sind tatsächlich Leuchttürme. Wir können auf diese stolz sein.

Doch wessen Verdienst ist es, dass wir über solche Leuchttürme verfügen? Bei den Lebenswissenschaften in Mainz ist das schnell erzählt, abgesehen davon, dass sich diese für eine Aktuelle Debatte nun wirklich überhaupt nicht eignen;

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das entscheiden Sie? –

Abg. Martin Haller, SPD: Dann hocken Sie sich doch hin!)

denn gerade dort wird schon seit vielen Jahren hervorragende Arbeit geleistet. Bereits am 5. März 2009 wurde darüber übrigens auch im Landtag gesprochen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Hui!)

Das ist schon eine Weile her.

Nun also in aller Kürze ein paar Worte zu dieser Erfolgsgeschichte. Die Boehringer Ingelheim Stiftung erklärte sich vor gut einem Jahrzehnt bereit, über einen Zeitraum von zehn Jahren 100 Millionen Euro zur Errichtung und für den Betrieb eines Exzellenzzentrums für Lebenswissenschaften zur Verfügung zu stellen. Damit wurde dann in der Tat etwas Außergewöhnliches angestoßen, das bis heute fortwirkt.

Jedoch ist es nicht redlich, wenn die SPD nun kurz vor den

Landtagswahlen damit hausieren geht; denn es war die Boehringer Ingelheim Stiftung, die diese Erfolgsgeschichte möglich gemacht hat, und nicht die SPD. In Artikel 5 Abs. 3 unseres Grundgesetzes heißt es: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“ Diese zentrale Aussage können wir als AfD-Fraktion nur unterstreichen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD:
Interessiert mich nicht!)

Wissenschaft und Forschung sollen sich möglichst frei von staatlichen Eingriffen entfalten. Die Politik hat für geeignete Rahmenbedingungen zu sorgen, sich sonst aber zurückzunehmen. Insofern sind großartige Leistungen in Forschung und Wissenschaft zuallererst bedeutende Leistungen der Forscher und Wissenschaftler sowie ihres Mitarbeiterstabs,

(Beifall der AfD)

weit weniger Errungenschaften der Politik oder gar einer Landesregierung, erst recht, wenn es um die von dieser gesetzten Rahmenbedingungen eben nicht gut steht. Hierzu will ich auf drei Bereiche eingehen.

Erstens: Die Infrastruktur und den baulichen Zustand.

Zweitens: die Digitalisierung.

Drittens: die Finanzierung der Hochschulen.

Eine gute Infrastruktur und ein zumindest akzeptabler baulicher Zustand sind für uns von herausragender Bedeutung. Doch in Kaiserslautern ist man davon weit entfernt. Dort liegt ein gewaltiger Sanierungsbedarf vor, der sich bei der TU Kaiserslautern für die nächsten 20 Jahre auf mindestens 100 Millionen Euro beläuft.

Nun zur Digitalisierung: Wir stellen fest, dass es Bundes- und Landesregierung über Jahrzehnte versäumt haben, unser Land zukunftsgerichtet aufzustellen. Unsere digitale Infrastruktur befindet sich auf dem Niveau eines Schwellenlands. Es ist dringend geboten, den Glasfaserausbau voranzutreiben. Natürlich wirkt sich die beklagenswerte digitale Infrastruktur auch auf unsere Hochschulen und deren Wettbewerbsfähigkeit aus.

Über die Finanzierung der Hochschulen – damit komme ich zum dritten Kritikpunkt – gibt der Bildungsfinanzbericht 2019 seriöse Auskunft. Schauen Sie sich dort die vom Statistischen Bundesamt ermittelten Zahlen zu den Ausgaben pro Student an. Dann sehen Sie, Rheinland-Pfalz belegt unter den 16 Bundesländern Platz 14. Nur Nordrhein-Westfalen und Bremen stehen noch schlechter da.

Das bedeutet schlechtere Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen um die besten Köpfe und Forschungsprojekte. Das sind die Rahmenbedingungen, die Sie, liebe Kollegen von der SPD, in den letzten 30 Jahren gesetzt haben.

Starke Leistung in Forschung und Wissenschaft sind also eher kein Verdienst der Landesregierung. Sie werden trotz

der kritikwürdigen Rahmenbedingungen erbracht.

Abschließend gilt es festzuhalten: Es gibt ab Mai viel zu tun für die neue Regierung; denn die alte hat im büchstablichen wie im übertragenen Sinn zahlreiche Baustellen hinterlassen.

Danke sehr.

(Beifall der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Weber.

Abg. Marco Weber, FDP:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich vorab bei der SPD-Fraktion dafür entschuldigen, dass ich heute Morgen zuerst zwei Sätze zu einem aktuellen Thema sage, weil gestern vonseiten des Spitzenkandidaten der AfD-Fraktion das achte Gebot genannt worden ist und er damit versucht hat, Themen zu emotionalisieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, laut Wikipedia ist das achte Gebot das Falschzeugnisgebot. Ich fordere hier an dieser Stelle dazu auf, schnellstmöglich der Aufklärung über das Personalmanagement des Spitzenkandidaten der AfD-Fraktion Rechnung zu tragen.

(Beifall der FDP, der SPD, des BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der
CDU –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So sieht es
aus!)

So wie der Herr Kollege Frisch gestern hier mit einer emotionalisierten Rede aufgetreten ist,

(Zurufe des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

kann es im Endeffekt nur darum gehen, dass dieser Spitzenkandidat nicht mehr diesem Parlament angehört und dementsprechend die Konsequenzen aus der Berichterstattung des heutigen Tages zieht.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –
Abg. Martin Haller, SPD: Das war ein
wichtiger Vorschlag!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Rheinland-Pfalz verfügt über ein dichtes Netz an Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes von elementarer Bedeutung sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

– Herr Bollinger, Sie können hier dazwischenrufen, wie Sie wollen. Packen Sie sich an Ihrer Nase und sorgen Sie da-

für, dass bei Ihrer Fraktion und Ihren Mitarbeitern in den Wahlkreisbüros keine braune Soße mitarbeitet.

(Beifall der FDP, der SPD, des BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der
CDU –

Abg. Martin Haller, SPD: Sehr gut! –
Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Nazis raus,
auch aus AfD-Büros!)

Innovation und Fortschritt entstehen aus Ideen und Entdeckungen. Die Hochschulen sind neben der beruflichen Bildung der Motor unseres Wohlstands. Das aktuellste Beispiel ist natürlich die Entwicklung des Impfstoffs hier in Mainz.

BioNTech, eine Ausgründung aus der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, ist ein gutes Beispiel für die herausragenden Rahmenbedingungen des Wissenschaftsstandorts Rheinland-Pfalz. Neben der vielversprechenden Biotechnologie besetzt Rheinland-Pfalz eine weitere Schlüsseltechnologie, die bereits jetzt viele Wissenschafts- und Wirtschaftsfelder durchdringt. Künstliche Intelligenz ist ein entscheidendes Thema der Zukunft, und Rheinland-Pfalz ist schon heute ein Vorreiter in deren Erforschung und Anwendung.

Das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) in Kaiserslautern ist die Adresse für KI in Deutschland. Mit der rheinland-pfälzischen KI-Agenda fließen insgesamt 36 Millionen Euro in diese Schlüsseltechnologie. Es wird kräftig in den Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz und damit in die Zukunft unseres Landes investiert.

Das lässt sich auch am Haushalt 2021 erkennen. Die Hochschulkapitel und die Forschungsförderung bilden den größten Ausgabentopf. Die Haushaltsmittel der Hochschulen steigen um 119 Millionen Euro, das sind 17,7 % mehr als im Jahr 2020. Auch die Digitalisierung der Hochschulen ist ein Thema. Dafür sind rund 50 Millionen Euro an Sondermitteln für Digitalisierungsprojekte eingestellt worden. Ebenso werden zusätzlich 2,4 Millionen Euro für die Gesundheitsfachberufe veranschlagt, eine dritte Zukunftsbranche, die am Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz strukturell weiter gefördert wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz ist gut aufgestellt, und die Landesregierung unterstützt die Hochschulen und Forschungszentren mit guten Rahmenbedingungen. Das zeigen die Beispiele doch ganz deutlich.

Neben der eigentlichen Forschung ist uns Freien Demokraten aber besonders der Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ein Anliegen. Die Vernetzung zwischen Hochschulen auf der einen Seite und Unternehmen auf der anderen schafft Synergien, Mehreffekte und Wohlstand. Gerade bei kleineren und mittleren Unternehmen müssen wir auf Know-how und Transfer setzen; denn ohne innovative Geschäftsideen verliert unser Mittelstand seine Wettbewerbsfähigkeit.

Dazu müssen wir auch die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung stärker fördern, Quereinsteiger ermöglichen und Studiengänge flexibilisieren. Lebenslanges Lernen muss noch stärker vom Schlagwort in gelebte Realität münden.

Rheinland-Pfalz ist ein Wissenschaftsstandort und soll das auch in Zukunft bleiben.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Präsident Hendrik Hering:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abgeordnete Binz.

Abg. Katharina Binz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wissenschaftliche Erkenntnisse sind die Basis für eine faktenbasierte Politik. Die Corona-Pandemie hat den Fokus der Öffentlichkeit auf die Arbeit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gelenkt.

Das ist sehr gut so; denn die Herausforderungen der Gegenwart und ganz bestimmt der Zukunft werden wir nicht ohne Wissenschaft und Forschung lösen können. Das gilt nicht nur bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie, sondern unter anderem auch bei der anderen großen Umweltkrise, dem Klimawandel.

Wissenschaft und Forschung sind deshalb keine Spezialthemen für einige wenige Interessierte und Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker, sie sind in unseren Augen das Fundament für eine gute und lebenswerte Zukunft. Forschungsvorhaben werden in Rheinland-Pfalz im Rahmen der Forschungsinitiative gefördert.

Die Universitäten und die Hochschulen für angewandte Wissenschaften werden gezielt bei der Profilbildung unterstützt, um im Wettbewerb um Studierende, renommierte Forscherinnen und Forscher und Forschungsgelder bestehen zu können. Seit Beginn der Förderung konnten lokale Forschungsschwerpunkte herausgebildet und Kooperationen mit Partnern innerhalb und außerhalb der Hochschulen geschlossen werden. Hierfür stellt die Landesregierung jährlich 20 Millionen Euro bereit.

Wenn man betrachtet, was an den Hochschulen seitdem mit finanzieller Unterstützung des Landes geleistet wurde, dann kann man mit Recht von einer Erfolgsgeschichte sprechen. Gleichzeitig werden Schlüsseltechnologien und zukunftsweisende Forschungsfelder in besonderer Weise gefördert. Ein Beispiel dafür ist die KI-Agenda. Für den Zeitraum von 2018 bis 2023 waren bereits 18 Millionen Euro für die Forschung in diesem Bereich vorgesehen. Im Rahmen der KI-Agenda werden diese Mittel bis 2023 noch einmal

um 18 Millionen Euro aufgestockt und damit insgesamt verdoppelt.

Im Kontext der Pandemie muss natürlich – das haben meine Vorredner schon getan – als aktuell prominenteste Erfolgsgeschichte der rheinland-pfälzischen Spitzenforschung das Unternehmen BioNTech genannt werden.

Diese herausragenden Beispiele für Forschung in unserem Land sind den vielen klugen und innovativen Köpfen an unseren Hochschulen zu verdanken. Ihnen gelten unser besonderer Dank und unsere Anerkennung.

Was aber braucht das Forschungsland Rheinland-Pfalz, um strukturell gut für die Zukunft aufgestellt zu sein? Wir müssen vor allen Dingen den bisherigen Weg weitergehen, das heißt vor allen Dingen Grundlagenforschung finanzieren, statt nur auf Anwendungsorientierung und Vermarktbarkeit zu schielen. Das war in Rheinland-Pfalz immer der Weg, und das ist genau das, was am Ende zu solchen Anwendungen, wie sie BioNTech entwickelt hat, geführt hat.

Wir dürfen uns zudem nicht nur auf Lebenswissenschaften und MINT-Forschung beschränken. Unsere Gesellschaft steht vor großen Umbrüchen, in der Arbeitswelt, interkulturell, in unserem demokratischen Zusammenleben. Dafür brauchen wir starke Gesellschafts- und Geisteswissenschaften, Kulturwissenschaften und natürlich Bildungswissenschaften.

Der Kollege Klomann hat es bereits gesagt, Spitzenforschung muss von unten wachsen. Deshalb brauchen wir in Zukunft bessere Perspektiven für unseren akademischen Nachwuchs. Wir brauchen mehr Planbarkeit der Karrierewege, mehr Unterstützung dabei. Dazu ist in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren schon vieles gemacht worden und einiges entstanden. Ich bin aber überzeugt, wir brauchen dafür auch eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes auf Bundesebene und den weiteren Ausbau von Modellen wie Tenure-Track; denn sonst wandern uns gute Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler ins Ausland ab, oder sie verlassen den Wissenschaftsbetrieb ganz.

Forschung findet auch an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften statt. Das müssen wir anerkennen. Wir haben in dieser Legislatur die kooperative Promotion eingeführt. Das kann für uns aber nur ein erster Schritt in Richtung Promotionsrecht für die Hochschulen für angewandte Wissenschaften sein.

Noch einmal zum Thema „Bottom up“: Wir müssen auch unseren Blick auf das Studieren weiterentwickeln. Das haben wir mit dem neuen Landeshochschulgesetz gemacht. Wir haben das Studieren noch einmal flexibilisiert und die Möglichkeit eines Teilzeitstudiums eingeführt, was auch anderen Gruppen in der Bevölkerung die Möglichkeit gibt zu studieren. Da dürfen wir aber nicht stehen bleiben. Wer viel studiert, der sollte nicht bestraft, sondern unterstützt werden.

Ich habe angefangen, mich politisch zu engagieren, als die Landesregierung im Jahr 2004 Studiengebühren in Rheinland-Pfalz eingeführt hat – Langzeitgebühren, Zweitstudiumsgebühren –, und es gab einmal eine Zeit lang eine Landeskinderregelung über allgemeine Studiengebühren, eine Regelung, die glücklicherweise nie zur Anwendung kam. Die Abschaffung der Langzeitgebühren haben wir im Jahr 2011 mit Rot-Grün vereinbart. Es gab aber leider bislang außer uns Grünen keine Fraktion, die auch die Abschaffung der Zweitstudiumsgebühren unterstützt hätte.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das scheint jetzt anders zu sein. Ich hoffe deshalb, es gibt im nächsten Landtag eine Mehrheit dafür, und wir schaffen dieses Überbleibsel dann endlich ab. Das wäre nicht nur hochschulpolitisch sinnvoll, sondern auch mir persönlich eine ganz große Freude.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der
FDP und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung spricht Professor Wolf.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Henry Wolf!)

Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die erfolgreiche Impfstoffentwicklung von BioNTech erfährt derzeit weltweit große Aufmerksamkeit. Sie ist das Ergebnis der erfolgreichen Forschungsarbeit von Frau Dr. Türeci, Herrn Professor Şahin und Herrn Professor Huber sowie deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich freue mich, dass die Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz gestern bekannt gegeben hat, dass Frau Dr. Türeci und Herr Şahin den Akademiepreis des Landes Rheinland-Pfalz erhalten. Dazu gratuliere ich sehr gerne und sehr herzlich.

(Beifall der SPD, der FDP und des Abg.
Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Diese Erfolgsgeschichte ist aber auch aufs Engste mit dem Wissenschaftsstandort Mainz und damit dem Forschungsland Rheinland-Pfalz verbunden. Professor Şahin ist seit dem Jahr 2000, also seit 20 Jahren, an der Universitätsmedizin Mainz tätig, und so weit reicht auch die gemeinsame Arbeit und Unterstützung des Landes zurück.

Meilensteine in dieser Entwicklung seit 20 Jahren waren die Gründung der Ganymed AG, die Gründung des Forschungsinstituts TRON mit Unterstützung des Landes und entsprechenden jahrelangen Vorarbeiten im Jahr 2010 und zum Beispiel der Erfolg beim Spitzenclusterwettbewerb

des Bundesministeriums für Bildung und Forschung mit dem Ci3-Cluster im Jahr 2012.

Ja, Herr Abgeordneter Schreiner, zur guten Wissenschaftspolitik des Landes gehört auch die Unterstützung unserer Hochschulen und Forschungsinstitute bei entsprechenden Wettbewerben. Ich war über diese Unterstützung als Hochschulpräsident immer sehr froh, und das sind unsere Institute und Hochschulen auch.

Das Land hat diese Entwicklung seit 20 Jahren eng begleitet und unterstützt. Dabei geht es nicht um einzelne thematische Sonderfinanzierungen, sondern um langfristige Forschungsprozesse. Es geht um ein lebendiges Ökosystem von starken Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Forschungsinstituten. Es geht um Rahmenbedingungen, die deren fruchtbares, kreatives und stimulierendes Umfeld schaffen und erhalten. Das ist dann auch der Nährboden für Durchbrüche und Erfolge. Dafür braucht es in der Tat einen sehr langen Atem und ein langfristiges und planbares Fördermanagement des Landes.

Die Landesregierung ergreift dafür seit vielen Jahren gezielte Maßnahmen. Bleiben wir bei den Lebenswissenschaften. Durch die Forschungsinitiative, die im Grundsatz seit 2008 besteht, aber auch in Kontinuität immer weiterentwickelt wurde, und die dazugehörenden flankierenden Maßnahmen hat die Johannes Gutenberg-Universität zusammen mit der Universitätsmedizin Mainz bis 2020 rund 40 Millionen Euro für die Forschung erhalten. Dazu kommen Mittel für Infrastrukturmaßnahmen und Förderungen für die außeruniversitäre Forschung wie das Institut für Molekularbiologie, das TRON, das Helmholtz-Institut für Translationale Onkologie oder das Leibniz-Institut für Resilienzforschung.

Durch diese Förderung konnten wir allein in dieser Legislaturperiode vier Forschungsbereiche in die großen von Bund und Ländern geförderten Forschungsorganisationen integrieren. Vom HI-TRON bis zum Leibniz-Institut für Resilienzforschung, diese jahrelange Förderung ist erfolgreich, und diese erfolgreiche Förderung werden wir in diesem kontinuierlichen langjährigen Ansatz auch fortsetzen. Wir werden damit auch neue Themen erfolgreich erschließen, wie etwa die systemische Forschung für gesundes Altern.

Wir können als anderes typisches Beispiel auch die schon genannte künstliche Intelligenz betrachten. Vor über 30 Jahren haben wir mit dem DFKI in Kaiserslautern auf eine Zukunftstechnologie gesetzt und diese Technologie über Jahrzehnte weiterentwickelt und unterstützt. Das Land hat allein für die Zeit von 2018 bis Ende 2023 Fördermittel von rund 18 Millionen Euro für die Wissenschaft in Rheinland-Pfalz eingeplant. Im Zuge der KI-Agenda kommen in den nächsten Jahren weitere 18 Millionen Euro hinzu. Wir verdoppeln also die aktuelle Planungssumme.

Dabei entwickeln wir mit den KI-Methoden wiederum interessante Ansätze und Forschungsthemen für die Lebenswissenschaften und gerade auch für die Bekämpfung der Pandemie. Das ist dabei von größter Bedeutung. An unse-

ren Hochschulen und Forschungsinstituten beginnen oder laufen derzeit eine Vielzahl von Projekten, die dort dazu bearbeitet werden.

Meine Damen und Herren, Erfolgsgeschichten wie die von BioNTech kann man natürlich nicht planen, aber mit guter Wissenschaftspolitik kann man Rahmenbedingungen schaffen, die solche Erfolgsgeschichten ermöglichen. Man kann mit den Hochschulen und Forschungsinstituten zusammen Schwerpunkte definieren, so wie wir es tun, sie über Jahre hinweg begleiten, fördern, kontinuierlich in ihrer Arbeit unterstützen. Dann entstehen auch Erfolgsgeschichten, für die wir den Forscherinnen und Forschern im Land dankbar sind, weil es die Erfolge ihrer Arbeit sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Klomann.

Abg. Johannes Klomann, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stelle mir immer wieder die Frage, ob Ihnen selbst diese Oppositionsleier nicht so langsam zu den Ohren herauskommt. Die Logik zu sagen, wenn etwas schlecht läuft, ist zu 100 % das Land schuld, und wenn etwas gut läuft, hat das Land 0 % Anteil, kann irgendwie nicht so richtig stimmen. Es müsste auch Ihnen auffallen, dass dieser Absolutismus nicht so richtig funktionieren kann.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Niemand will hier behaupten, dass der Erfolg allein der Landesregierung geschuldet ist. Ich habe auch nicht behauptet, dass Professor Wolf im 11. Obergeschoss des Ministeriums dagesessen und diesen Impfstoff allein entwickelt hat.

(Heiterkeit der Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD)

Ich traue ihm viel zu, aber das vielleicht eher weniger.

(Abg. Martin Haller, SPD: Also, ich traue es ihm zu!)

Es ist immer ein Wechselspiel zwischen Politik und Wissenschaft, wenn etwas Neues entstehen soll. Deswegen wollen wir darauf hinweisen, dass es dieses Wechselspiel gibt und gut funktioniert hat und die Grundlagen gelegt worden sind, sodass auch außeruniversitäre Forschungseinrichtungen angelockt werden und zu uns kommen.

Wenn außeruniversitäre Forschungseinrichtungen kommen, dann sind das keine Lückenbüßer, sondern das ist immer ein Zeugnis dafür, dass etwas gut funktioniert und man eine gute Ansiedlungspolitik gemacht hat.

Ich habe mich in der ersten Runde eher um Mainz und Kaiserslautern gekümmert, möchte aber nicht versäumen zu sagen, dass die Forschung in Rheinland-Pfalz auch andere Highlights vorzuweisen hat, die sich gerade im Aufbau befinden. Der Gesundheitscampus Trier ist ein wesentlicher Schwerpunkt, um den Wissenschaftsstandort Trier nach vorne zu bringen.

(Beifall bei SPD, FDP und vereinzelt bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin mir sicher, wenn wir dasselbe Muster wie bei den anderen Standorten anwenden, können wir auch dort ähnliche Erfolge sehen. Auch die Eigenständigkeit der Universität Koblenz bietet in der Kooperation mit der HAW dort in vielen Bereichen die Möglichkeit, Forschungsschwerpunkte zu setzen und Alleinstellungsmerkmale herauszuarbeiten, um dann in Zukunft Wissenschaft nicht nur für sich selbst zu machen, sondern auch für die Region Koblenz, für die Wirtschaft und für gute Arbeitsplätze.

Das ist das Leitmotiv rheinland-pfälzischer Wissenschaftspolitik: Schritt für Schritt, wie bei einem rollenden, immer größer werdenden Schneeball, hin zu immer leistungsfähigeren Forschungsstandorten, die auch die Region beleben.

Danke.

(Beifall der SPD und bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Schreiner.

Abg. Gerd Schreiner, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss Ihnen leider widersprechen, Herr Wolf. Ich muss Ihnen widersprechen, lieber Johannes Klomann.

(Vereinzelt Unruhe im Hause –
Glocke des Präsidenten)

Die Forscherinnen und Forscher arbeiten nicht wegen, sondern trotz der Förderpolitik des Landes Rheinland-Pfalz noch hier bei uns.

(Beifall bei der CDU)

Es ist nicht so, dass Sie nichts machen, das habe ich vorhin auch gesagt. Es ist nicht so, dass Sie nichts machen, aber nach 30 Jahren SPD sind Sie einfach schlicht und ergreifend unter dem Schnitt, und heute ist Zeugnistag. Das, was Sie in der Forschungsförderung abliefern, ist keine Sechse, aber es ist eben auch nicht mehr befriedigend.

Dafür müssen wir einfach den Blick haben. Sie haben nach 30 Jahren einfach nichts mehr in der Pipeline und keine Ideen für Innovationen. Ich habe die Antwort von Herrn Kollegen Wissing auf unsere Kleine Anfrage zitiert. Außer Spesen nichts gewesen.

Das sieht man dann an Tausenden kleiner Beispiele: wenn Hochschulen ihre Forschung aus Heizkostenzuschüssen zahlen müssen, wenn Institute händeringend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter suchen, weil andernorts die Rahmenbedingungen besser sind, wenn, Frau Kollegin Binz, vermeintlich missliebige Forschung im Bereich moderner Landwirtschaft torpediert wird, wenn Universitäten mit veralteten Geräten arbeiten müssen, wenn Forschern im wörtlichen Sinn die Decke auf den Kopf fällt.

Wissenschaftsförderung ist der Wettbewerb um die besten Köpfe. Lasst uns deshalb um die besten Köpfe kämpfen, mit mehr Geld für die Forscher – wir als CDU wollen mehr Planstellen, insbesondere im akademischen Mittelbau –, mit mehr Geld für den Hochschulbau – wir wollen allein hier in unsere Universitätsmedizin in den nächsten Jahren 1,5 Milliarden Euro investieren –, beispielsweise aber auch mit solchen Dingen wie Dual-Career-Programmen, damit in Wissenschaftlerhehen beide Ehepartner eine Perspektive in Rheinland-Pfalz bekommen.

Nach 30 Jahren Durststrecke stehen wir mit solchen Programmen in 30 Jahren anders da. Dann haben wir einen blühenden Forschungsstandort Rheinland-Pfalz. Dann werden in Rheinland-Pfalz die Patente für das 21. Jahrhundert geschrieben. Unsere Verantwortung ist es, dafür zu arbeiten. Das haben Sie leider in den letzten 30 Jahren nicht getan.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Schmidt.

(Vereinzelt Unruhe bei der SPD –
Glocke des Präsidenten)

Abg. Martin Louis Schmidt, AfD:

Herr Präsident, liebe Kollegen! Gerne möchte ich in dieser zweiten Runde noch etwas zur Sache sagen, Herr Kollege Weber.

Lassen Sie mich deshalb aus wirtschaftspolitischer Sicht etwas zur anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung in Rheinland-Pfalz ausführen. Wir haben mehrere landeseigene Forschungsinstitute, die so vor sich hin dümpeln. Teilweise sind sie bereits unter Beschuss des Landesrechnungshofs geraten, siehe das Technologie-Institut für Metall und Engineering (TIME) in Wissen an der Sieg.

Das Gleiche gilt für die Technologiezentren (TZ), siehe das Technologiezentrum in Mainz. Die Probleme sind von der Landesregierung erkannt worden. Es gibt sogar schon Ideen, etwa das TZ in Mainz speziell auf Start-ups aus der Biotechnologiebranche oder das RP Tech Institute in Kaiserslautern speziell auf Start-ups im Bereich der Digitalisierung auszurichten.

Die von uns geforderte Digitalisierungsagentur ist auch deshalb wichtig, weil man mit ihr Impulse in die Forschungslandschaft senden kann.

Um an den Schluss meiner ersten Runde anzuknüpfen, so ist die Bilanz der Landesregierung am Ende der Legislaturperiode leider ebenso schlicht wie unbefriedigend: überall etwas angefangen, aber nichts zu Ende gebracht und umgesetzt.

Werte Kollegen, künstliche Intelligenz ist die Schlüsseltechnologie der 2020er-Jahre. Wir haben mit dem DFKI auch ein international anerkanntes Institut, das an vorderster Forschungsfront mit dabei ist. Im Forschungsbericht der Landesregierung tauchen die Stichworte „Künstliche Intelligenz“ bzw. „Artificial Intelligence“ aber nur dreimal auf, bei 166 finanzierten Projekten. Das für den Automobilsektor wichtige Feld des autonomen Fahrens taucht sogar überhaupt nicht auf.

Ist das die richtige Weichenstellung für die Zukunft? Eher nicht.

Danke sehr.

(Beifall der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abgeordnete Binz.

Abg. Katharina Binz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will die zweite Runde nutzen, um noch auf zwei weitere Aspekte einzugehen. Der eine Bereich, für den wir Grüne uns für die Zukunft wünschen oder für den wir anstreben wollen, noch stärker die Unterstützung zu intensivieren, ist der Bereich der Nachhaltigkeitsforschung.

Wir haben mit dem Umwelt-Campus in Birkenfeld bereits ein deutschlandweit und weltweit herausragendes Beispiel für Nachhaltigkeitsforschung, aber auch an anderen Hochschulen des Landes werden diese Bereiche bereits erforscht, die für die nachhaltige Transformation unserer Wirtschaft, unserer Verwaltung, unserer Gesellschaft nötig sind.

Diese Ansätze möchten wir stärken, stärker bündeln und auch die Hochschulen selbst bei der nachhaltigen Umgestaltung ihres Arbeitens stärker unterstützen;

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP)

denn – ich sagte es bereits in der ersten Runde – unsere stärksten Waffen im Kampf gegen den Klimawandel sind Wissen und technische Innovation.

Einen weiteren Bereich, den wir in den kommenden Jahren

ausbauen wollen, ist der Bereich des Wissenstransfers und der Wissenschaftskommunikation. Ich glaube, im letzten Jahr ist auch durch die Corona-Pandemie sehr deutlich geworden, dass hier ein großes Handlungsfeld liegt.

Allzu oft werden an den Hochschulen auch heute noch wichtige Erkenntnisse gewonnen, aber sie gelangen erst mit einer Zeitverzögerung an die entsprechenden Stellen in der Politik, in der Wirtschaft und auch in der Gesellschaft. Durch diesen zum Teil schleppenden Wissenstransfer geht wertvolle Zeit verloren, werden Erkenntnisse verschenkt und Modernisierung und Fortschritt gebremst.

In Rheinland-Pfalz ist auch hier schon viel passiert; denn um den Wissens- und Technologietransfer voranzutreiben, wurden an den vier Standorten Mainz, Kaiserslautern, Koblenz und Trier bereits regionale Wissens- und Innovationsallianzen aufgebaut. In diesen Allianzen haben sich die Menschen zusammengeschlossen, um ihr Wissen zu teilen und gegenseitig von den jeweiligen Erfahrungen zu profitieren. Auch das ist ein Erfolgsmodell dieser Landesregierung.

Die Landesregierung unterstützt außerdem regionale und thematische Kompetenzverbünde und -zentren, die sich um Einrichtungen der wirtschaftsnahen Forschung herum oder aus den Hochschulen heraus entwickelt haben.

Diese Ansätze wollen wir in Zukunft weiter ausbauen und stärken. In den nächsten Jahren gilt es hier, Strukturen zu schaffen. Auch wir hier im Landtag können unsere Arbeit an der Stelle noch weiterentwickeln. Auch wir hier im Landtag können unseren Austausch und unsere Vernetzung mit Wissenschaftlerinnen

(Glocke des Präsidenten)

und Wissenschaftlern noch vertiefen. Das ist der richtige Weg, um die Herausforderungen der Zukunft wissenschaftsgeleitet, wissenschaftsbasiert anzugehen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei SPD und FDP)

Präsident Hendrik Hering:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist der erste Teil der Aktuellen Debatte beendet.

Wir kommen zum zweiten Thema der

AKTUELLEN DEBATTE

Klimaschutz und Energiewende: Mit nachhaltigem Jobmotor aus der Klima- und Coronakrise

auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache [17/14356](#) –

Für die antragstellende Fraktion spricht der Abgeordnete Hartenfels.

Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Zuge der Corona-Pandemie erleben wir zurzeit einen dramatischen Einbruch der Wirtschaftsleistung, nicht nur in unserem Bundesland, sondern bundesweit. Gleichzeitig benötigen wir dringend Investitionen, um uns von der fossilen Energiewirtschaft zu verabschieden und auf 100 % erneuerbare Energien umzustellen, über alle Sektoren hinweg, und das in einem Zeitraum von 15, maximal 20 Jahren.

Das bedeutet, für uns Grüne ist klar, wir benötigen öffentliche Investitionen in einer Qualität, die ohne Klimaschutzleistungsleistung nicht mehr denkbar ist. Wirtschaftspolitik ist in der Zukunft untrennbar damit verbunden, auch klimapolitisch erfolgreich zu sein. Das muss uns bewusst sein, und dafür müssen wir uns in den nächsten Jahren einsetzen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
vereinzelt bei SPD und FDP)

Diese Herausforderungen zu meistern, sind wir gerade der jungen Generation schuldig. Es muss uns klar sein hier in den Parlamenten, wir als Abgeordnete werden im nächsten Jahrzehnt darüber entscheiden, ob dieser Planet für die junge Generation bewohnbar bleibt. Das nächste Jahrzehnt wird darüber entscheiden, und deswegen brauchen wir diese Transformation.

Die Transformation mit den erneuerbaren Energien gibt ungeheure Chancen und Potenziale, ungeheures Potenzial bezogen auf den Jobmotor, gerade auch den Jobmotor im ländlichen Raum. Es gibt enorme Chancen, was regionale Wertschöpfung betrifft, und es gibt enorme Chancen für die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz, selbst die Energieerzeugung und den Verbrauch in die eigenen Hände zu nehmen, damit wir Schritt für Schritt aus den monopolartigen Strukturen herauskommen und uns von ihnen verabschieden können.

Was heißt das ganz konkret, wenn wir einfach einmal bewusst vor der Haustür schauen? In meinem Bericht zum Beispiel die Stadtwerke Kusel. Die Stadtwerke Kusel sind seit zwei Jahrzehnten sehr erfolgreich unterwegs. Sie haben inzwischen unzählige Nahwärmenetze auf die Beine gestellt. Sie betreiben fast 40 Blockheizkraftwerke bei uns in der Region, die wichtig für die Sektorenkopplung sind, aber auch für die Netzstabilität, um die wir uns kümmern müssen.

Sie sichern damit nicht nur 30 hoch qualifizierte Arbeitsplätze innerhalb der Stadtwerke, sondern ganz nebenbei natürlich auch Arbeitsplätze im Handwerk. Sie sichern den Kommunen eine gute Beratung für Energieeffizienz in der Region, und sie sichern den Bürgerinnen und Bürgern hoch qualifizierte Beratung bezogen auf ihr Heizsystem vor Ort, was leider keine Selbstverständlichkeit mehr ist.

Fakt ist aber auch, wir verschenken immer noch Milliarden allein in Rheinland-Pfalz, die in Richtung fossile Energieträger abfließen. Der Rhein-Hunsrück-Kreis hat das einmal

ausgerechnet, ein 100.000-Einwohner-Landkreis. Dort sind es etwa knapp 300 Millionen Euro, die jedes Jahr in Richtung Naher Osten oder in Richtung Russland abfließen. Das gilt es zu beenden.

Der Rhein-Hunsrück-Kreis ist hier seit zwei Jahrzehnten konsequent unterwegs. Auch dazu ein, zwei Beispiele. Das Nahwärmenetz Neuerkirch-Külz hat ein Investvolumen von 5 Millionen Euro ausgelöst, was natürlich für die regionale Wirtschaft vor Ort sehr positiv ist. Noch wichtiger aber ist, 240.000 Euro fließen allein in dieser Ortsgemeinde nicht mehr jedes Jahr in Richtung Naher Osten ab. 240.000 Euro pro Jahr sind 2,4 Millionen Euro allein in einem Jahrzehnt.

Der Rhein-Hunsrück-Kreis hat es auch mit dem Ausbau der Windenergie geschafft, allein über Pachteinnahmen inzwischen 7 Millionen Euro pro Jahr zu generieren. Das sind über 20 Jahre Laufzeit 140 Millionen Euro für die Kommunen, für die Ortsgemeinden. Dann macht es auch wieder Sinn, Kommunalpolitik zu betreiben, zum Beispiel für den Ausbau eines lokalen Gesundheitswesens, für den Ausbau einer vernünftigen Innenentwicklung, für kulturelle Initiativen und, und, und. Die positiven Beispiele kann man dort zur Genüge bewundern.

Genau so muss auch in Zukunft die Wirtschaftspolitik, die Klimaschutzpolitik vor Ort laufen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
vereinzelt bei der SPD und der Abg.
Cornelia Willius-Senzer, FDP)

Wir von Landesseite haben das mit dem Sondervermögen im letzten Jahr und auch mit unseren Haushaltsaufstellungen noch einmal mit 200 Millionen Euro für den Klimaschutz hinterlegt. Allein 50 Millionen Euro gehen in Richtung erneuerbare Energien. Damit wollen wir weiter die Solar-Offensive der Landesregierung ausbauen. Sie wird zum Beispiel um das Modul der Wallboxen ergänzt. Hier geht es darum, die E-Mobilität vorzubereiten – gerade für ein Pendlerland wie Rheinland-Pfalz ungeheuer wichtig –, um Wertschöpfung künftig über die Solartankstelle auf dem Dach zu generieren und eben nicht mehr über die Zapfsäule an der Tankstelle abzugeben, so wie wir es bisher kennen.

Vor dem Hintergrund, die Chancen sind riesig. Wir wollen weiter an diesen Ausbauzielen arbeiten. Wir wollen nach wie vor die Energieagentur stärken, die einen super Job macht, gerade in die Vernetzung in die Regionen hinein. Jüngstes Kind der Energieagentur ist der Wertschöpfungsrechner. Es lohnt sich, auf die Seite zu gehen und sich dieses Instrument anzuschauen.

Über ein wichtiges zweites großes Feld werde ich in der zweiten Runde reden. Das ist der grüne Wasserstoff. Auch hier gibt es enorme Potenziale für das Land Rheinland-Pfalz.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
vereinzelt bei SPD und FDP)

Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Rahm.

Abg. Andreas Rahm, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Pandemie bestimmt leider immer noch unseren Alltag. Um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzumildern, haben Bund und Länder schnell gehandelt und in einer beispiellosen Kraftanstrengung milliarden-schwere Hilfsprogramme auf den Weg gebracht.

Rheinland-Pfalz hat die Hilfen des Bundes umfangreich ergänzt und gerade in diesen Zeiten auf gezielte Wachstumsimpulse gesetzt. Neben diesem verlässlichen Krisenmanagement der Landesregierung ist für uns auch in der nahen Zukunft verlässliches staatliches Handeln das Gebot der Stunde.

Meine Damen und Herren, die Corona-Pandemie trifft unseren Wirtschaftsstandort in einer Zeit des Wandels. Digitalisierung und Klimawandel verändern die Art, wie wir arbeiten, produzieren und Handel betreiben, grundlegend. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind davon überzeugt, dass der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen die Voraussetzung für ein wirtschaftlich erfolgreiches und innovatives Rheinland-Pfalz ist.

Wir werden unsere Unternehmen dabei unterstützen, ökonomischen Erfolg mit ökologischer und gesellschaftlicher Verantwortung zu verbinden und Nachhaltigkeit zu einem Wettbewerbsvorteil für unseren Wirtschaftsstandort zu machen. Beim Übergang in eine CO₂-neutrale Wirtschaftsweise setzen wir auf unsere Forschungsstärke und die Innovationskraft unserer heimischen Unternehmen.

Meine Damen und Herren, unser Ziel ist Rheinland-Pfalz als Land der nachhaltigen Wirtschaft. Das möchten wir durch gezielte Impulse für Investitionen in eine ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltige Wohlstandsentwicklung erreichen. Viele rheinland-pfälzische Unternehmen befinden sich längst auf dem Weg hin zu nachhaltigen Produktions- und Vertriebsbedingungen. Wir nehmen diese Dynamik auf, indem wir die Forschungs- und Entwicklungsstärke unserer exzellenten Wirtschaftsstandorte noch stärker für die Innovationskraft unserer Unternehmen nutzbar machen.

Rheinland-Pfalz ist Industrieland. Unsere Unternehmen aus Chemie-, Pharma- und Fahrzeugindustrie sind weltweit bekannte Aushängeschilder unseres Landes. Auf dem Weg zur CO₂-neutralen Wirtschaft gelten für uns zwei Prinzipien: Planungssicherheit durch verbindliche transparente Vorgaben sowie Technologieneutralität bei der Förderung klimafreundlicher Technologien. Gerade die für Rheinland-Pfalz so bedeutsamen Branchen der Chemie- und Fahrzeugindustrie sind hier auf eine differenzierte Betrachtung unbedingt angewiesen.

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz ist auf dem Weg zur Klimaneutralität. Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, der Erhalt der Artenvielfalt, der Schutz von Natur und Umwelt und unseres Klimaschützers Wald, die Verbesserung der Luftqualität und die Vorsorge gegen Extremwetter, das alles steht längst auf unserer Agenda.

Wir werden die existierende Wasserstoffstrategie für Nutzfahrzeuge weiterentwickeln und Wasserstoff als sektorenübergreifenden Energieträger in allen Wirtschaftsbereichen voranbringen. Für uns ist klar, um Wasserstoff als regenerativ erzeugten Energieträger der Zukunft in die Breite zu bringen und zu etablieren, bedarf es eines noch ambitionierteren Ausbaus der erneuerbaren Energien. Hierzu bekennen wir uns und verfolgen das Ziel einer rein regenerativen Energieerzeugung bis 2030.

Wir schaffen ein Förderprogramm zur Ressourceneffizienz, das rheinland-pfälzische Unternehmen durch Beratungsangebote dabei unterstützt, ressourceneffizientere Produktionsweisen umzusetzen und Produkte und Dienstleistungen zu realisieren. Durch die Modernisierung des öffentlichen Vergaberechts wollen wir nicht nur für Tariftreue, sondern auch für die Stärkung regionaler und ökologischer Kriterien sorgen.

Zudem dürfen Angebote, die besonders innovative Baustoffe, Materialien oder Technologien einsetzen, im öffentlichen Vergabeverfahren nicht mehr gegenüber der vermeintlich preisgünstigeren Lösung benachteiligt werden. Durch Einrichtung eines Nachhaltigkeitsfaktors wollen wir unser öffentliches Beschaffungswesen noch stärker an ambitionierten und nachprüfbareren ökologischen und sozialen Standards ausrichten.

Meine Damen und Herren, wir haben einen klaren Plan für einen nachhaltigen klimaneutralen Weg, und auch aus der Corona-Krise.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die CDU-Fraktion spricht die Abgeordnete Weller.

Abg. Jessica Weller, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Krise hat uns an vielen Stellen gezeigt, wo es noch Defizite in Rheinland-Pfalz gibt, aber auch, wo unsere Chancen liegen.

Viele Menschen fürchten aktuell um ihre Arbeitsplätze. Viele Unternehmer fürchten um ihr Hotel, ihre Boutique oder ihren Friseursalon. Hier ist es an der Politik zu helfen. Der Bund hilft auch, das Land unzureichend.

„Umfangreich ergänzt“, lieber Kollege Rahm, würde ich die

Kredite des Landes nicht nennen. Der Bund hat umfangreiche Zuschüsse an unsere Wirtschaftsunternehmen ausgeben,

(Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP: Och ja!)

und jetzt in der zweiten Welle kommt von Ihnen wieder nichts, außer ein paar nette Worte.

(Beifall bei der CDU)

Nicht nur finanziell hat unsere Wirtschaft aber Hilfe nötig. Wir müssen sie auch dabei unterstützen, sich zukunftsfähig aufzustellen. Insbesondere muss die Infrastruktur im Land stimmen. Was nutzt es den Unternehmen, wenn sie auch im Hinblick auf Einsparung von CO₂ künftig Dienstreisen durch Videokonferenzen ersetzen möchten, aber die Datenleitung vor Ort dies nicht zulässt?

(Beifall bei der CDU)

Eine gute Infrastruktur ist ebenfalls ein Jobmotor; denn nur mit einer guten Infrastruktur können unsere Unternehmen gut in die Zukunft gehen. Selbstverständlich ist auch der Bereich der Nachhaltigkeit und der erneuerbaren Energien ein Wirtschaftsfaktor, der Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz schaffen und halten kann. Die Wirtschaft hat sich schon lange auf den Weg gemacht, wie wir beispielsweise an der Ankündigung der BASF, ihre Produktion auf Wasserstoff umzustellen, erkennen können.

(Unruhe im Hause –
Glocke des Präsidenten)

Diese Transformation braucht aber insbesondere eines: Fachkräfte. Der Fachkräftemangel ist nach wie vor einer der größten Herausforderungen für unsere Wirtschaft. Wer Fachkräfte will, muss Fachkräfte ausbilden. Dazu gehören auch attraktive und innovative Studienplätze. Es ist daher umso bedauerlicher, dass unsere Forderung nach einem Lehrstuhl für Wasserstoff keine Zustimmung in der Haushaltsdebatte gefunden hat.

Wir brauchen dringend mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung; das hat die Debatte vorhin schon gezeigt. Die Kernkompetenz unserer dringend benötigten künftigen Fachkräfte wird unter anderem im digitalen Bereich liegen. Wir müssen daher insbesondere die Ausbildung im Bereich der MINT-Fächer stärken.

(Beifall bei der CDU)

Die Nachfrage und der Bedarf an MINT-Fachkräften werden in den nächsten Jahren strukturell bedingt weiter stark zunehmen. Das geht aus dem aktuellen „MINT-Report“ hervor, der zweimal jährlich vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln erstellt wird. Hier hat Rheinland-Pfalz aber immer noch großen Nachholbedarf. Wir brauchen nicht nur Modellprojekte, sondern eine flächendeckende Initiative zur Gewinnung von MINT-Fachkräften.

Die Ausstattung unserer Schulen, wo der Grundstein für die

berufliche Zukunft unserer Kinder gelegt wird, ist für die MINT-Fächer oftmals mangelhaft. Es fehlt an Geräten, aber häufig auch an Fachlehrern. Auch hier ist mehr Initiative durch die Landesregierung dringend notwendig.

Für die Fachkräfte von morgen ist Klimaschutz mehr als ein politisches Thema. Klimaschutz ist eine Haltung und spielt eine zunehmende Rolle bei der Rekrutierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Nachhaltigkeit ist auch unter diesem Gesichtspunkt ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Wir müssen Rheinland-Pfalz als ein Bundesland voranbringen, in dem Wirtschaft und Klimaschutz innovativ und zukunftsweisend zusammen gedacht werden. Dazu gehören der Ausbau der erneuerbaren Energien ebenso wie die Förderung innovativer Technologien und wirksame Maßnahmen zur Einsparung von CO₂-Emission.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf des Abg. Marco Weber, FDP)

Wir als CDU sind uns dieser Verantwortung bewusst. Wir denken Ökonomie und Ökologie zusammen. Wir wollen auch in Zukunft Wirtschaftskompetenz mit praktischer Solidarität und effizientem Schutz der Umwelt verbinden. Dabei setzen wir auf Anreize statt Verbote, auf Freiheit statt Bevormundung, auf Vertrauen in die Menschen statt auf Misstrauens- und Kontrollgesetzgebung.

(Beifall bei der CDU)

Gerade in einer Zeit wachsender Unsicherheit und Risiken wollen wir die Grundlagen für künftiges Wachstum und Innovation gestalten, die neuen Wohlstand für alle, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Fortschritte für Umwelt und Klima mit sich bringen; denn nur wenn dieser Treibstoff vorhanden ist, wird die Energiewende zum Jobmotor.

Mehr dazu gern in der zweiten Runde.

(Beifall der CDU)

Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Joa.

Abg. Matthias Joa, AfD:

Geehrter Präsident, liebe Kollegen! Schon der Titel der aktuellen Debatte „Mit nachhaltigem Jobmotor aus der Klima- und Coronakrise“ sagt einiges aus. Für uns stellt sich hierbei eine Grundfrage: Wie weit und wie tief soll der Staat steuern und in die Wirtschaft eingreifen?

Ja, selbstverständlich können massive Eingriffe im Ausnahmefall gerechtfertigt sein. Wenn man das Handeln der Politik in der Corona-Krise mit weitgehender Schädigung großer Teile der Wirtschaft als Beispiel nimmt und dies als eine Art Naturkatastrophe bezeichnet, sind massive Hilfen unabdingbar, so lange wie nötig und so kurz wie möglich.

Deswegen hat die AfD-Fraktion alle Hilfsmaßnahmen nicht nur mitgetragen, sondern auch eine entsprechende Ausweitung gefordert. Dass diese bitter nötig waren, zeigt sich bis zum heutigen Tag. Leider ist der Ruf nach immer weiteren Hilfen und der Ruf nach Staatsbeteiligung für die Politik nur ein allzu bequemer Trumpf. Die Kosten werden sozialisiert. Es zahlt schon irgendjemand, irgendwann und irgendwo. Erst einmal sind alle glücklich, solange man die Hilfe nur genug erhöht. Trotzdem ist diese spendable Großzügigkeit auf Kosten Dritter gerade keine Dauerlösung, erst recht nicht, wenn der Staat zur Misere selbst beigetragen hat.

Corona ist eine ernste Sache, und doch zeigt sich gerade hier, was herauskommt, wenn sich der Staat am Management komplexer Prozesse versucht. Fehlallokationen, Missmanagement, Behördenwirrwarr und Fehler in der Planung machen stets weitere Eingriffe erforderlich. Selbst kurzfristige Beschaffungs- und Schutzprozesse überfordern die staatliche Bürokratie. Das Unvermögen, ausreichend Impfstoffe zu beschaffen, ist nur ein Beispiel, auch die Energiepolitik, aber so weit müssen wir gar nicht gehen.

So war diese Landesregierung schon heillos nur damit überfordert, trotz monatelanger Vorbereitung für die Schüler eine digitale Lernplattform zur Verfügung zu stellen. Die Bräsigkeit des Filzes, die Versorgung verdienter grüner Parteigänger, Beförderungsskandale und Misswirtschaft durchdringen die antragstellende Fraktion und die zugeordneten Ministerien.

Nun wollen gerade Sie, die unter Ministerin Lemke nicht geruht haben, bis die Gentechnik erfolgreich aus Rheinland-Pfalz vom BASF-Standort in Limburgerhof vertrieben war, die große Transformation ausrufen. Diese Episode zeigt wie unter dem Brennglas, wie sehr Sie sich selbst widersprechen. Heute sind Sie froh über die Impfstoffe, die unter Ihrer eigenen Lehre wohl niemals entwickelt worden wären: böse Gene, schlimme Atome und furchterregende Kobolde.

(Beifall der AfD)

Natürlich wollen Sie nun die staatliche Allmacht und die Willkür der letzten Monate irgendwie mit der selbst erkannten Klimakrise und der Energiewende verbinden. Einmal Blut geleckt, muss der Staat eine noch mächtigere Rolle bekommen. Dabei ist die Energiewende gerade das beste Beispiel dafür, was schief laufen kann. Sie können dies wieder bestreiten, doch die gigantischen Kosten, die Über- und Unterproduktion von Elektrizität, den Förderdschun-gel mit ineffektiver Produktion und die fehlenden Speicher können Sie kaum ernsthaft bestreiten,

(Unruhe im Hause –
Glocke des Präsidenten)

ohne sich der Lächerlichkeit preiszugeben; denn würden Sie diese nachprüfbareren Fakten ernsthaft bestreiten, dann hätten wohl gerade diejenigen recht, die in der grünen Partei hauptsächlich eine sozialistisch geprägte Bande von Einfaltspinseln und Utopisten unter einem grünen Deckmantel sehen.

(Beifall bei der AfD)

Jedenfalls sind subventionierte Arbeitsplätze gerade nicht nachhaltig, sondern sie sind von den Launen der Politiker abhängig. Beispiel Photovoltaik: 29.000 Jobs im Jahr 2006, 133.000 Jobs im Jahr 2010 und aktuell wieder 24.000 Jobs. Im Bereich Windkraft sieht es etwas besser aus, aber das Grundprinzip gilt genauso.

Im Gegenzug müssen Sie den Jobs die Zehntausenden Stellen gegenüberstellen, die durch zu hohe Strompreise in anderen Sektoren zerstört wurden, nämlich aufgrund nicht mehr gegebener Wettbewerbsfähigkeit. Ein Gutteil der energieintensiven Produktion wurde so ins Ausland vertrieben und verschmutzt dort weiter die Luft.

Vermeehrt tauchen die Rufe von linker Seite auf, ein starker Staat solle nun die Probleme lösen, so Alexander Schweizer im Dezember. Doch der angeblich so starke Staat hat sich zuerst bei der Beschaffung von Masken blamiert, dann bei der Beschaffung von Impfstoffen und beim Schutz der Risikopatienten, beim Wirtschaften allgemein.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Ziel der Zurückdrängung fossiler Brennstoffe ist ein legitimes staatliches Ziel. Liebe Grüne, doch müssen Sie endlich lernen, dass Sie auf die falschen Methoden setzen. Haben Sie eine Ahnung, wie hoch das jährliche Wachstum des CO₂-Ausstoßes in China ist? Haben Sie dies nur einmal mit dem Reduktionsbeitrag Deutschlands verglichen? Wir können in Deutschland nicht die Welt retten, indem wir unseren eigenen Wohlstand zugrunde richten. Unsere Fraktion steht für Umwelt und Naturschutz,

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN: Ha, ha, ha!)

doch im Gegenzug zu Ihnen ideologiefrei und pragmatisch. Gerade EEG und Co. haben unser Versorgungssystem so durcheinandergebracht

(Glocke des Präsidenten)

– ich komme zum Ende –, dass wir nun innehalten müssen, um das System zu stabilisieren. Anders gesagt, ich glaube nicht, dass Ihr Ansatz, noch einmal extra Gas zu geben, wenn man schon auf die technische Betonwand des Machbaren zufährt,

(Glocke des Präsidenten)

ein sinnvoller Ansatz ist.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Für die FDP-Fraktion spricht Abgeordneter Weber.

Abg. Marco Weber, FDP:

Sehr geehrter Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum einen danke ich der antragstellenden Fraktion für dieses Thema, das mir ermöglicht, vonseiten der FDP-Fraktion der Spannweite der erneuerbaren Energien bzw. den Akteuren in Rheinland-Pfalz, aber auch in Deutschland, die gerade im ländlichen Raum mit dazu beitragen, Raum zu geben. Dazu fallen mir zwei Begriffe ein, die ich auch beruflich vertrete bzw. selbst ausübe. Das sind die Landwirtschaft und der Waldbau.

Ich konnte eben bei der Vorrednerin der CDU-Fraktion feststellen, dass die einen oder anderen Haushaltsmittel im letzten Haushalt von ihr nicht zur Kenntnis genommen worden sind. Man kann erwähnen – ich tue das jetzt einfach einmal –, dass wir gerade beim Thema „Wald“ bei Forstleuten Stellenaufwüchse haben und Gelder im zweistelligen Millionenbereich in den letzten Sonderhaushalten bereitgestellt haben.

Da kann man sich doch nicht hier hinstellen und im Prinzip sagen, diese Landesregierung tut nichts. Diese Landesregierung tut fortlaufend etwas. Ich bin gespannt, wie der Wähler die Strategie, die Sie bzw. die CDU verfolgen, alles negativ zu reden, letztendlich honorieren wird.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir über Landwirtschaft und erneuerbare Energien reden, dann reden wir über Windkraft. Wir reden über Freiflächen-Photovoltaik-Solaranlagen. Wir reden aber auch über Biogas- oder Rapsölerzeugung.

Bei diesen Themen kommen viele Bürger in einen Konflikt. Ich sage, wir müssen schauen, dass wir nicht pauschal von unserer Seite aus sagen, wir müssen diese Ziele erreichen, sondern wir müssen zusammen mit den Akteuren und Bürgern vor Ort Kompromisse schließen. Das haben wir in den letzten Jahren ganz gut hinbekommen. Wir stellen aber auch fest, dass eine oder andere wird in den Regionen doch hart diskutiert.

Diese Diskussion müssen wir berücksichtigen. Wir müssen die Bürger ernst nehmen, wenn es zum einen um Windkraftanlagen, aber zum anderen auch Freiflächen-Photovoltaik geht. Wenn wir über Freiflächen-Photovoltaik reden, dann reden wir auch über Flächen, die für die nächsten 20, 30 Jahre aus der landwirtschaftlichen Produktion herausgenommen werden.

Da ist doch die Frage: Wir verbrauchen in Deutschland täglich eine Fläche durch Bebauung – mit Hausbau, Straßenbau und allem, was dazugehört – von 60 ha. Vielleicht können wir dann im Gegenzug die Freiflächen, die mit Photovoltaik für die nächsten 20, 30 Jahre aus der landwirtschaftlichen Produktion herausgenommen werden, als Ausgleichsfläche für die Bebauung hernehmen, um keine weiteren Ausgleichsmaßnahmen in der Freifläche vornehmen zu müssen.

Wir brauchen auch weitere Lösungen bei der Biogastechnologie. Biogas ist ein Medium, das über 365 Tage eine 24-stündige Energieversorgung gewährleistet. Wir brauchen vonseiten des Bundes Zukunftskonzepte. Rheinland-Pfalz hat Vorschläge gegenüber dem Bund gemacht. Wir brauchen aber für die Anlagen, die jetzt auslaufen, genau wie bei der Windkraft, bei der nach 20 Jahren die Verträge am Ende sind, eine Perspektive, die Attraktivität vor Ort heißt, damit die Anlagen weiterlaufen.

Ich komme noch einmal zum Thema „Wald“. Wald und Windkraft ist ein sehr schwieriges Thema. Wir vonseiten der FDP sagen, in geschlossenen und intakten Wäldern keine Windkraft. Wir müssen aber aufgrund der letztjährigen und mehrjährigen Umstellung der Wetterverhältnisse schauen, wo Kalamitäten sind, um vielleicht auf der einen oder anderen Fläche, auf der kein Waldbau mehr möglich ist, neben der Neuanpflanzung das eine oder andere vielleicht doch möglich zu machen, indem wir das – ich wiederhole mich gern – in Zusammenarbeit mit den Bürgern vor Ort tun.

Ich bin gespannt – seit gestern ist das Wahlprogramm der CDU online –, inwieweit sich die CDU in Sachen Umwelt und erneuerbaren Energien aufstellt. Wir vonseiten der FDP sind sehr gespannt, weil ich unterschiedliche Diskussionen erlebe. Ich erlebe einmal die Rede von Frau Weller heute. Ich erlebe die Aussage der Kollegin Lohr im Umweltausschuss. Ich erlebe es aber auch vor Ort, wenn sich der direkte Abgeordnete Schnieder dahin gehend äußert, dass er absolut keine Windkraft im Wald haben will.

(Zuruf des Abg. Gordon Schnieder, CDU)

Daher bin ich gespannt, wenn wir das Wahlprogramm lesen, was letztendlich drinsteht.

(Abg. Gordon Schnieder, CDU: Einfach lesen!)

– Herr Schnieder, Frau Lohr zeigt sich sehr offen für die Windkrafttechnologie an jedem Standort in Rheinland-Pfalz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Landwirtschaft gehört – ich springe ein wenig –, dass wir Pflanzenschutzmittel einsetzen und zum Beispiel stellenweise noch Glyphosat einsetzen dürfen, wenn wir über andere, wassersparende, pfluglose Anbaumethoden in der Landwirtschaft reden.

(Glocke des Präsidenten)

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. Ich bin froh, dass auch für die Zuckerrübenanbauer die Lösung gefunden worden ist,

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hat mit dem Thema nichts zu tun!)

künftig über eine gewisse Beize Zuckerrübenanbau in

Rheinland-Pfalz zu ermöglichen.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung spricht Staatsministerin Spiegel.

Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Pandemie und ihre Folgen hinterlassen tiefe Spuren in unserer Gesellschaft und auch bei der Wirtschaft. Die Corona-Krise hat viele Menschen umso mehr verunsichert, weil sie uns in einer Phase des Umbruchs getroffen hat. Schon vor Corona standen wir vor der großen Herausforderung, unsere Volkswirtschaft reformieren zu wollen und in einigen Bereichen sogar revolutionieren zu müssen; denn wir wollen die deutschen, europäischen und globalen Klimaziele, die wir uns gesetzt haben, auch erreichen.

Für das Klima war es deshalb eine gute Nachricht, dass die USA dem Klimaschutzabkommen von Paris endlich wieder erneut beitreten will. Der neue US-Präsident Biden hat recht, wenn er darauf hinweist, dass es unsere Aufgabe ist, die Corona-Krise und die Klimakrise gleichzeitig zu bekämpfen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
vereinzelt bei der FDP)

Er hat in seiner Rede zu seiner Vereidigung gesagt, dass wir Politikerinnen und Politiker auch von künftigen Generationen daran gemessen werden, wie wir es schaffen, die gleichzeitigen Krisen zu bewältigen. Meine Damen und Herren, deshalb gilt unser Landesziel Klimaneutralität auch in der Pandemie weiter.

Übrigens zeigt die Corona-Krise auch, es ist notwendig, gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen Taten folgen zu lassen. Wer heute sagt, das Klima habe sich doch schon immer geändert, und der Klimawandel sei kein Problem, der sagt womöglich in der Corona-Pandemie auch, es sei alles nicht schlimmer als eine leichte Grippe. Wir begreifen Klimaschutz auch während Corona als vordringliche Aufgabe, die wir mit Entschlossenheit, Ernsthaftigkeit und Konzentration vorantreiben.

Deshalb hat der Ministerrat kurz vor Weihnachten die Fortschreibung des Landesklimaschutzkonzepts beschlossen. Dort ist als zentrales Ziel der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien und eine neue Dynamik für die Energiewende festgeschrieben. Die installierte Leistung der Windenergie wollen wir bis 2030 mindestens verdoppeln und die Photovoltaik-Leistung mindestens verdreifachen, damit die Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien ausgebaut wird. Sie wird zunehmend ein Standortfaktor werden.

Es war von Beginn an ein zentrales Anliegen der Landesregierung, dringend notwendige wirtschaftliche Corona-Soforthilfen zukunftsgerichtet auszugestalten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Hilfsprogramme eröffnen die Chance, die wirtschaftliche Erholung mit Transformation von Unternehmen hin zu Klimaneutralität zu verbinden. Die Grundvoraussetzung hierfür ist der Ausbau der erneuerbaren Energien, die einen gewaltigen neuen Schub brauchen. Diese Woche wurde glücklicherweise gemeldet, erneuerbare Energiequellen haben im vergangenen Jahr rund 38 % des Stroms in der EU erzeugt und damit erstmals Kohle und Gas überholt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
vereinzelt bei SPD und FDP)

In Rheinland-Pfalz lag deren Anteil sogar unter Berücksichtigung der industriellen Eigenstromerzeugung bereits im Jahr 2018 bei 51,2 % und damit auf einem Rekordhoch. Insbesondere die Solarenergie hat sich in den letzten Jahren sehr dynamisch entwickelt. Betrug die installierte Gesamtleistung von Photovoltaik im Jahr 2010 noch 830 MW, so lag sie im November des vergangenen Jahres schon bei 2.500 MW. Zugleich ist die Solarenergie derzeit die kosteneffizienteste Energieerzeugungsart, die wir in Deutschland haben. Sie genießt hohe Akzeptanz, sie vermeidet Nutzungskonkurrenz, und sie stärkt die dezentrale Energiewende.

Auch das möchte ich an dieser Stelle anmerken: Unsere Konzepte, die Energiewende voranzubringen, sind sozial gerecht und ausgewogen. Für uns wird beides zusammen gedacht; denn jede Photovoltaikanlage auf dem Dach ist ein Auftrag im Auftragsbuch der lokalen Handwerkerinnen und Handwerker und sorgt dafür, dass das Geld vor Ort bei unseren Arbeitsplätzen in den Kommunen bleibt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
vereinzelt bei SPD und FDP)

Wir haben die Solar-Offensive weiter ausgebaut. Wir haben neben der Förderung für Speicher nun auch die Wandladestationen in der Förderung in Verbindung mit Solaranlagen. Unser neuester Baustein ist das gerade an den Start gegangene Solarkataster; denn damit kann sich jede Bürgerin und jeder Bürger – egal ob privat, als Unternehmerin oder als Vorsitzende des Sportvereins – mit wenigen Klicks darüber informieren, ob sich eine Dachsolaranlage lohnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so motivieren wir die Menschen vor Ort, die Potenziale der Solarenergie auch auszuschöpfen, konkrete Angebote einzuholen und dadurch den Handwerksbetrieben bei uns vor Ort in Rheinland-Pfalz durch die Wirtschaftskrise zu helfen. Der Erfolg des Solarkatasters ist bereits jetzt beachtlich. Wir hatten in der ersten Woche des Internetportals 8.243 Klicks.

Gleichzeitig haben wir mit dem zwischenzeitlich erweiterten Solarspeicherprogramm als Land Privathaushalte, Schulen und andere kommunale Liegenschaften, Unternehmen, Vereine und karitative Einrichtungen dabei unterstützt, Photovoltaikanlagen mit den Batteriespeichern

zu installieren. Wir sind also im Bereich Solar als Land sehr, sehr gut aufgestellt. Es ist davon auszugehen, dass durch die weiteren Bausteine noch ein neuer Schub herinkommt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei SPD und FDP)

Ich möchte aber auch einen Satz zur rheinland-pfälzischen Wirtschaft verlieren.

(Abg. Marco Weber, FDP: Ui!)

– Ja; denn dort nehme ich richtiggehend eine Aufbruchstimmung bei vielen Unternehmen wahr, die sich schon längst auf den Weg in Richtung Klimaneutralität gemacht haben und machen wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Aufbruchstimmung gilt es durch gute politische Rahmenbedingungen zu unterstützen; denn teilweise sind die Unternehmen und die Menschen vor Ort in Rheinland-Pfalz in ihrem Denken und Handeln schon viel weiter als es die politischen Rahmenbedingungen sind. Deshalb wollen wir hier nachsteuern. Deshalb sind auch der grüne Wasserstoff und eine gute grüne Wasserstoffstrategie ein wichtiger Baustein, um die Energiewende weiter voranzubringen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Schluss: Wir arbeiten mit Hochdruck daran, uns mit den Mitteln, die wir in die Hand nehmen, um gut durch die Corona-Pandemie zu kommen und gleichzeitig Impulse für ein klimaneutrales Wirtschaften zu setzen, nach der Corona-Krise als Rheinland-Pfalz in eine bessere Ausgangsposition zu bringen, um auf umkämpften Weltmärkten zu bestehen, Arbeitsplätze und Wertschöpfung bei uns zu sichern und die Klimaziele, die sich Rheinland-Pfalz gesetzt hat und denen sich auch Deutschland verpflichtet hat, einzuhalten.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei SPD und FDP)

Präsident Hendrik Hering:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Kollege Hartenfels.

Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Joa, jeder Ihrer Redebeiträge hilft massiv mit, dass sich die AfD immer mehr wieder zu einer kleinen Nische entwickelt. Dazu müssen wir gar nicht mehr Weiteres beitragen. Jede Ihrer politischen Reden ist ein weiterer kleiner politischer Sargnagel für die AfD. Ich freue mich darüber innerlich immer wieder. Genauso werden wir hoffentlich alle dazu beitragen können, dass die AfD diesem Parlament

in naher Zukunft nicht mehr angehört. Das ist eine wichtige Botschaft, die hiervon ausgeht.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU – Abg. Martin Haller, SPD: Starker Auftakt!)

Frau Weller, ganz kurz zu Ihnen: Ich bin mir anhand Ihres Redebeitrags nicht ganz sicher, ob Ihnen wirklich deutlich geworden ist, vor welcher Herausforderung wir stehen. Ich hätte mir da ein bisschen mehr Substanz aus Richtung der CDU-Landtagsfraktion erhofft.

Leider ist auf Bundesebene gerade die EEG-Novelle ein gutes Beispiel dafür, dass die CDU nicht ihre Chancen nutzt und liegen lässt, obwohl wir so enorm unter Zeitdruck stehen, obwohl wir die Pariser Klimaschutzziele unterschrieben haben und obwohl gerade die CDU als Volkspartei auf Bundesebene ihrer Verantwortung endlich einmal gerecht werden müsste.

Da ist leider nur sehr viel heiße Luft in den letzten Jahren produziert worden. Ganz im Gegenteil, vieles wurde auf den Weg gebracht, was den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien aktiv verhindert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Gut ist, dass wir eine breite Wasserstoffdiskussion führen. Wir Grüne machen uns dafür stark, dass wir über grünen Wasserstoff reden. Es ist gut, dass der Bund hier 7 Milliarden Euro in den nächsten Jahren in die Hand nehmen wird. Nach dem Königsteiner Schlüssel reden wir dann über 350 Millionen Euro im Land Rheinland-Pfalz, die es gilt, sinnvoll zu investieren. Das ist für uns Grüne ein Anliegen. Das haben wir über unsere – ich gebe zu, kleine – Wasserstoffstudie noch einmal deutlich gemacht.

Dabei geht es nicht in erster Linie darum, großen Playern die Gelder zuzuschieben, sondern wir müssen dafür sorgen, dass diese 350 Millionen Euro – wie es die Ministerin gerade deutlich gemacht hat – dezentral im Land in möglichst viele kleine Projekte bei den Akteuren, die für die Umsetzung der Wasserstoffstrategie wichtig sind, investiert werden.

Das sind zum Beispiel Stadtwerke. Das sind die kommunalen Player, die zum Beispiel über Elektrolyseverfahren in Verbindung mit dem Aspekt der Kläranlagen – dort brauchen wir zum Beispiel Sauerstoff für die Ozonierung und den Umweltaspekt –, aber auch in Verbindung zum Beispiel mit der Versorgung von Gewerbegebieten mit dieser neuen Technologie kluge Win-win-Situationen schaffen.

(Glocke des Präsidenten)

Wir müssen darauf achten, dass die 350 Millionen Euro klug im ländlichen Raum investiert werden. Das wird eine große Herausforderung sein. Wir Grüne sind jetzt Gott sei Dank gut aufgestellt und freuen uns auf diese Herausforderung und die Umsetzung dieser Wasserstoffstrategie.

Vielen Dank.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD
und FDP)

Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion spricht Abgeordneter Rahm.

Abg. Andreas Rahm, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ja, Herr Joa, außer Spesen nichts gewesen, wieder einmal nur Panikmache. Gestern sprachen Sie von einem Strom-Blackout. Heute greifen uns schon die Koblode an. Also ich weiß nicht, ob Ihre Partei, was Klimaschutz und Klimawandel angeht, hier noch reden sollte.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD und des Abg.
Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN –
Heiterkeit des Abg. Alexander Schweitzer,
SPD)

Nun zur CDU: Frau Weller, natürlich ist es schwer, gerade in Wahlkampfzeiten die Maßnahmen einer Regierung zu loben. Immer und überall ist es Ihnen einfach zu wenig, was wir machen. Ich glaube aber, Ihnen fehlt einfach eine Menge an Informationen.

Herr Hartenfels hat es eben erwähnt. Er hat über unsere Wasserstoffstrategie gesprochen. Das haben Sie angelehnt. Haben Sie sich denn einmal bei den kommunalen Versorgern informiert, was hier schon alles läuft? Kennen Sie überhaupt schon die Maßnahmen, die das Land im Bereich Wasserstoff plant? Aufgrund Ihres Redebeitrags denke ich, nein. Bitte informieren Sie sich.

Ich würde Ihnen auch empfehlen, besuchen Sie doch einmal die Energieagentur in Kaiserslautern. Ich weiß, die CDU ist kein Freund der Energieagentur und kämpft schon seit Bestehen der Agentur gegen diese Agentur. Bitte informieren Sie sich doch einmal, was dort alles läuft und entwickelt wird.

Frau Weller, noch ein Letztes: Es trifft Sie jetzt, aber Sie haben auch die MINT-Strategie des Landes angesprochen. Auch hier meine große Bitte: Informieren Sie sich. Kennen Sie die MINT-Strategie des Landes? Kennen Sie die Strategie, dass in allen Bereichen vom Kindergarten bis zur Hochschule hier ganz hervorragend gearbeitet wird, eine ganz hervorragende Strategie entwickelt wurde, die bundesweit Aufmerksamkeit erreicht hat und jetzt den einen oder anderen Nachahmer bundesweit finden wird?

Ich denke also, das ist eine hervorragende Strategie. Man darf, auch wenn Wahlkampf ist, nicht alles schlechtreden. Ich glaube, wir sind auf einem sehr, sehr guten Weg. Als Ampelkoalition haben wir tolle Dinge eingeschlagen. Man sollte auch einmal die Größe haben, dies zu würdigen.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die CDU-Fraktion hat Abgeordnete Weller das Wort.

Abg. Jessica Weller, CDU:

Lieber Kollege Weber, ich fange gern bei Ihnen an. Ich glaube, Sie haben mir eben nicht richtig zugehört. Ich habe von den Hilfen für die Wirtschaftsunternehmen gesprochen. Es ist durchaus richtig, dass unser Forst mehr Personal braucht.

(Beifall des Abg. Marco Weber, FDP)

Ich darf Sie an die Debatte in der letzten Sitzung des Umweltausschusses erinnern. Das haben wir auf die Tagesordnung gebracht.

(Beifall der Abg. Gerd Schreiner und Hedi
Thelen, CDU)

Auch hier gilt aber, wer mehr Fachkräfte will, muss Fachkräfte ausbilden und gute Rahmenbedingungen für diese Fachkräfte schaffen. Das gilt genauso für den Wald.

Lieber Herr Rahm, ich bin auch viel im Land unterwegs. Wenn mir Schulen sagen, dass sie seit Jahren verzweifelt Informatiklehrer oder teilweise Physiklehrer suchen, dann frage ich mich, wo die MINT-Strategie ist, weil das Rahmenbedingungen sind, die wir für unsere Kinder schaffen müssen.

(Beifall der CDU)

Herr Hartenfels, Sie zeigen immer gern und viel nach Berlin. Doch wir müssen uns der Aufgabe in Rheinland-Pfalz annehmen. Das ist unsere Aufgabe, und das ist auch unser Anspruch als CDU-Fraktion. Deshalb müssen wir im Bereich der erneuerbaren Energien vor allem an die Akzeptanz und Länge der Genehmigungsverfahren heran. Das ist ein wichtiges Thema für unsere Kommunen, die Sie im ersten Teil richtigerweise so hervorgehoben haben. Hier habe ich von Ihnen in Ihrer Rede aber leider nichts gehört. Schade.

Auch sollte die Landesregierung selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Allerdings scheitern Sie seit vielen Jahren an Ihrem eigenen Anspruch, liebe Kolleginnen und Kollegen der regierungstragenden Fraktionen. Schauen wir uns zum Beispiel einmal das Projekt „Klimaneutrale Landesverwaltung“ an. Mehr als sechs Jahre nach Verabschiedung des Landesklimaschutzgesetzes im Jahr 2014 kommt der aktuelle Status immer noch nicht über ein Pilotprojekt hinaus.

Dem aktuellen Nachhaltigkeitsbericht können wir daher nur entnehmen, dass zum Thema „Klimaneutrale Landesverwaltung“ – ich zitiere – noch keine Daten vorliegen. So kann das nicht funktionieren, liebe regierungstragende Fraktionen. Es bedarf in der Klimapolitik einer klaren Priorisierung und Fokussierung, die auch Transparenz herstellt.

(Beifall bei der CDU)

Der Ansatz der Landesregierung wird diesem Anspruch eines effizienten sowie vermittelnden Handelns aktuell nicht gerecht. Daran ändert auch Ihr Selbstlob in dieser Debatte wenig.

(Beifall der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, am Ende meines letzten Redebeitrags in diesem Parlament kurz Danke zu sagen. Meine Zeit endet im Mai. Ich bedanke mich für die kurze, aber intensive Zeit in diesen Reihen, für die gute Zusammenarbeit hier und in den Ausschüssen und für die Kollegialität. Ich wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall im Hause)

Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Joa.

Abg. Matthias Joa, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen! Herr Weber, Sie hatten ein gutes Zitat: Diese Landesregierung, die tut andauernd irgendetwas. – Genau hierin liegt das Problem. Sie gehen nämlich nicht strukturiert vor, sondern wir haben ein Sammelsurium, ob bei der Energiewende, der Digitalisierung oder im Forschungsbereich. Es ist hier kein wirkliches Ziel erkennbar.

Frau Spiegel will die Volkswirtschaft gar revolutionieren. Frau Spiegel, fragen Sie doch einmal die Entlassenen, die jetzt vor dem Nichts stehen oder die perspektivisch vor dem Nichts stehen, was sie davon halten, wie Sie die Wirtschaft mit Ihrer überhasteten und inhaltlich ahnungslosen Ideologie revolutionieren wollen.

Dann gibt es die Aussage über gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse. Das ist aus Ihrem Munde geradezu ein Hohn; denn genau diese wissenschaftlichen Erkenntnisse zu ignorieren, ist quasi die DNA Ihrer Partei

Zum Windkraftausbau sage ich etwas. Erzählen Sie im Plenum etwas dazu, was passiert, wenn Sie die 100 % bei der Windkraft erreicht haben. Wird dann alles gut sein? Werden wir dann keine Stromimporte mehr brauchen? Werden wir nicht mehr überschüssigen Strom exportieren? Dass Sie sich gerade zu diesen Fragen nicht einlassen, zeigt mir am Ende eigentlich nur, dass Sie für Ihr aktuelles Amt inhaltlich und fachlich überhaupt nicht geeignet sind.

Übrigens sage ich zur Vervollständigung noch Folgendes: Wir importieren in dieser Stunde gerade 2.855 MW bösen Atomstrom direkt nach Rheinland-Pfalz.

Herr Hartenfels, Sie sind kein Visionär, sie sind ein Fantast. Das zeigt sich schon während der gesamten Legislaturperiode.

(Zuruf von der AfD: Sehr gut!)

Sie sind unfähig zu einer inhaltlichen Debatte.

(Staatsminister Roger Lewentz: Lieber Fantast als Faschist! –
Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer, SPD –
Weitere Zurufe von der SPD –
Glocke des Präsidenten)

– Ich komme zum Ende.

Abschließend sage ich etwas, was wir zumindest noch als Gemeinsamkeit haben. Beim Thema „Wasserstoff“ stehen wir ein Stück weit bei Ihnen,

(Abg. Martin Haller, SPD: Dann stellen wir uns woanders hin!)

weil wir Lösungen brauchen. Die Wasserstofftechnologie wird mit Sicherheit ihren Teil dazu beitragen können.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD –
Abg. Martin Haller, SPD: Er soll sich woanders hinstellen!)

Präsident Hendrik Hering:

Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Weber.

Abg. Marco Weber, FDP:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte noch kurz zwei, drei für mich Ungeheimheiten in Sachen erneuerbare Energien nennen und dazu nachfragen.

Auf der einen Seite sehen wir auf der Landesebene die CDU mit gewissen Themen zum Bereich der erneuerbaren Energien, Photovoltaik, Freiflächenwindkraft. Ich erlebe aber auf der anderen Seite vor Ort die Orts- oder Verbandsbürgermeister – wir haben Verbandsbürgermeister aus der Region Eifel/Wittlich, die für den Landtag kandidieren –, die ein CDU-Parteibuch haben und bei den Themen der erneuerbare Energien, Freiflächen-Photovoltaik und Windkraft sehr stark vorgehen.

Das sind gerade die Dinge, die sie versuchen, hier zu bekämpfen und zu negieren. Dies machen Ihre Parteikollegen vor Ort, um ihre kommunalen Haushalte zu sanieren. Diese gehen ganz stramm gegenüber der Landwirtschaft und den Grundeigentümern vor. Sie sind ein Paradebeispiel für die Produktion von erneuerbaren Energien.

Ich nenne einen zweiten Hinweis. Ich habe in der Zeitung – im Trierischen Volksfreund – von Ihrem Kompetenzteam gelesen. Die junge Frau Zelder spricht sich grundsätzlich für Freiflächen-Photovoltaik in der Landwirtschaft aus. Ich sage, Respekt. Ihr Schwiegervater, Vizepräsident des Bauern- und Winzerverbands Rheinland-Nassau, Kreisvorsitzender

des Bauernverbands Bernkastel-Wittlich, kontaktiert mich und andere. Jede Präsidiums- und Verbandsratsitzung des Bauernverbands beschäftigt sich mit dem Thema der Freiflächen-Photovoltaik und wie schlimm es ist, dass landwirtschaftliche Flächen dort so verbraucht und zugepflastert werden.

Ich bitte die CDU, diese Ungereimtheiten – Kompetenzteam, CDU-Mitgliedschaften auf der Ortsebene – zu klären. Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Frau Weller, zum Abschluss möchte ich mich als Vorsitzender des Umweltausschusses bei Ihnen für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Ich sage vielen Dank für den Austausch und Wünsche für die Zukunft alles Gute.

(Vereinzelt Beifall bei FDP, SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zum dritten Teil der

Aktuellen Debatte

**Corona-Realitäten akzeptieren, wissenschaftliche
Fakten nicht weiter leugnen – Schluss mit Notlösungen,
Bildungschancen sicherstellen**
auf Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 17/14364 –

Für die antragstellende Fraktion spricht die Abgeordnete Beilstein.

Abg. Anke Beilstein, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Tausendfach Enttäuschung bei Kindern, die sich gefreut hatten, ihre Freunde wiederzusehen. Tausendfach Wut bei Eltern, die anders geplant hatten.

(Unruhe im Hause –
Glocke des Präsidenten)

Tausendfach Frust bei Lehrkräften, die wieder einmal ihre Vorbereitungen umsonst gemacht hatten. All das war vermeidbar, hätten sich Frau Dreyer und Frau Hubig an den Bundesbeschluss gehalten.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Staatsministers Roger Lewentz)

Das ist genau der Weg, um Vertrauen in politisches Handeln zu zerstören:

(Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

wissenschaftliche Erkenntnisse zur Infektiosität von Kindern nachhaltig ignorieren.

Kitas bleiben im Regelbetrieb geöffnet. Für die Schulen gibt es immer wieder kurzfristig Änderungen, mit neuen Notlösungen. Technische Pannen reihen sich aneinander. Noch immer herrscht das Prinzip „Augen zu und durch“.

Frau Ministerin Hubig, blicken Sie der Realität doch endlich ins Auge. Corona wird nicht in den nächsten Tagen und Wochen vorbei sein. Corona wird uns wahrscheinlich noch auf Monate erhalten bleiben.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Da wollen Sie die
Schulen zumachen!)

Deswegen muss endlich Schluss sein mit Notlösungen, mit dieser engen Denke. Wir brauchen neue Ideen. Wir brauchen ein langlebiges Konzept, das in dieser Krise bestehen kann, damit die Bildungschancen unserer Kinder sichergestellt werden.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Aktuell haben Sie doch völlig den Überblick verloren. Die Krise dauert seit zehn Monaten an. Sie haben keine Kenntnis darüber, auf welchem Wissensstand die Kinder im Moment sind. Sie haben keine Ahnung davon, wie viele Kinder seit Wochen keinen Kontakt mehr mit ihren Lehrern hatten. Sie haben den Überblick darüber verloren, wie die technische Ausstattung an den Schulen, bei den Lehrkräften oder bei den Kindern ist.

Sie wissen auch nicht, auf wie vielen privaten Laptops Dienst verrichtet wird, wie es um den Datenschutz bestellt ist, wann Lernsysteme und Plattformen ordentlich funktionieren. Kurzum, Sie wissen überhaupt nicht, in welchem Bildungsmodus Lehrer und Schüler aktuell sind.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, selbst der Überblick über gerade gefasste Beschlüsse geht quasi schon auf dem Weg von Berlin nach Mainz verloren. Da trifft man sich in brennender Sorge, beschließt Schulschließungen, und am nächsten Tag verkünden Frau Dreyer und Frau Hubig, macht hoch die Tür, die Tor macht weit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Präsenzunterricht ist das Beste.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Ja, eben!)

Ja, wir wissen, Kinder brauchen ihre Freunde. Viele Kinder leiden und haben psychische Probleme,

(Abg. Joachim Paul, AfD: Dann ziehen Sie
endlich Schlüsse!)

aber es ist aktuell nicht verantwortbar, und vielleicht noch länger nicht. Deswegen sagen wir ganz klar, es bedarf Lösungen für diese Situation. Das alleinige Schielen auf Inzi-

denzwerte verbunden mit dem Prinzip Hoffnung ist keine Bildungspolitik.

(Beifall bei der CDU)

Starten Sie durch. Schaffen Sie endlich zunächst einmal stabile digitale Kommunikationsmöglichkeiten. Wenn aktuell bei Schulen Teams super läuft, dann ist es unverantwortlich, das in dieser Situation zum Schuljahresende zu unterbinden.

Legen Sie einen radikalen Kraftakt an den Tag und starten Sie mit den notwendigen digitalen Voraussetzungen. Wir erleben doch gerade gigantische Überbrückungshilfen für Unternehmen. Ein solches Kraftpaket wünsche ich mir auch für den Bildungsbetrieb.

Schließen Sie alle Schulen ans Netz an. Statten Sie alle mit digitalen Endgeräten aus, und zwar ohne Fragen und Diskussion über Zuständigkeiten. Nehmen Sie die Wirtschaft mit ins Boot bei einer solch gigantischen Aktion. Ich bin mir sicher, sie wird sich nicht verweigern; denn auch sie profitiert später von gelingenden Bildungsbiografien.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen diese digitale Struktur nicht nur zur Vermittlung von Bildung. Nein, darüber kann man auch Kontakt halten, Stichwort „Psyche“. Man kann zum Beispiel Sportunterricht machen, Stichwort „Kinder werden dicker“. All das gelingt aber natürlich nicht, wenn man eine Handreichung hat, in der steht, dass man höchstens dreimal die Woche für eine halbe Stunde Videokonferenz machen kann. Das funktioniert nicht.

Ich nenne einen weiteren Punkt. Sorgen Sie für Personal, und zwar so viel, wie Sie bekommen können. Das gilt nicht nur für Vertretungen für Lehrkräfte, die jetzt ausfallen. Machen Sie Verträge mit Referendaren, pensionierten Lehrkräften oder Studenten. Überlegen Sie, wie man demnächst Wechselunterricht kombinieren und ergänzen kann durch kleine Gruppenbetreuungen, in denen zum Beispiel nachbereitet wird.

Sorgen Sie zum Beispiel für aufsuchende Betreuung statt spätere Nachhilfe. Schaffen Sie endlich klare Strukturen, wie der Kontakt zu Kindern in dieser Zeit zu halten ist.

Die überwiegende Zahl der Lehrkräfte gibt wirklich alles. Sie telefonieren. Sie schreiben E-Mails. Sie sorgen sich.

Es gibt aber tatsächlich auch Kinder, die wochenlang nichts von ihren Lehrern gehört haben.

(Glocke des Präsidenten)

Das kann nicht sein.

(Beifall bei der CDU)

Hier braucht es verbindliche Vorgaben, ein Mindestmaß an direkter oder digitaler Kommunikation. Wenn Sie wirk-

lich wollen, dass kein Kind verloren geht, dann können wir nicht später ein bisschen Nachhilfe in den Volkshochschulen machen, sondern sorgen Sie dafür, dass den Kindern jetzt geholfen wird und sie Unterstützung bekommen.

(Beifall der CDU)

Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Brück.

Abg. Bettina Brück, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! So wenig wie die Rede von Herrn Baldauf gestern an die aktuelle Situation angepasst war, so wenig ist es die heutige Aktuelle Debatte, bei der die CDU es noch nicht einmal geschafft hat, aufgrund der aktuellen Situation den Titel zu ändern.

(Beifall bei der SPD)

Vermutlich muss aber Frau Beilstein heute nachlegen, was ihr Fraktionsvorsitzender gestern mithilfe von zwei Sekundanten nicht hinbekommen hat.

(Beifall der SPD)

Ich war gespannt, was Sie uns heute Neues erzählen, wo Ihre Konzepte und Vorschläge sind. Da war Fehlanzeige. Es geht einzig nur um das Kritisieren und Schlechtreten.

Frau Beilstein, all das, was Sie angemahnt haben, gibt es in den Konzepten der Landesregierung. Sie müssen vielleicht in den Debatten im Bildungsausschuss und im Plenum einfach nur zuhören und akzeptieren, dass wir eine Strategie haben. Wir haben ein verantwortungsbewusstes Handeln.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade bildungspolitisch ist Rheinland-Pfalz unter den Bundesländern handlungsmaßgebend für viele Bundesländer in dieser Corona-Pandemie.

Da wir die Realitäten genau erfassen und ständig neu bewerten, ist klar, die Ausbreitung und die Veränderung des Virus sind nicht planbar. Hier ist äußerste Flexibilität gefragt. Wir versprechen nicht das Blaue vom Himmel und jagen nicht jeder Forderung hinterher. Das machen Sie. Egal, wer was fordert, Sie springen auf jedes Pferd auf.

Eine alle gleichermaßen zufriedenstellende Lösung wird und kann es nicht geben. Deswegen müssen wir einen verantwortungsvollen Weg suchen. Sie versuchen uns weiszumachen, wir hätten keine Strategie. Sie ändern doch gerade jeden Tag ihre Richtung und Meinung an irgendeinem Punkt. Mal wollen Sie Präsenzunterricht, mal wollen Sie Wechselunterricht, jetzt wollen Sie die Schulen geschlossen halten.

Dass wir gestern etwas falsch verstanden haben sollen mit dem Inzidenzwert 50, glauben Sie wohl selbst nicht, sonst

hätten es nicht alle Medien genauso geschrieben. Das ist jetzt aber populär bei der CDU. Man setzt etwas in die Welt – genauso wie das Herr Baldauf mit den Schulträgern und der Schulträgerschaft gemacht hat –, und wenn man merkt, man hat sich verritten, dann wird es relativiert. Das ist schwierig. Das machen wir nicht.

Wir haben einen klaren Kompass und eine klare Haltung in dieser Pandemie. Darauf wird aufgebaut.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte Ihnen noch einmal sagen, was die klare Haltung und der klare Kompass sind. Wir unterstützen unsere Kitas und Schulen mit Hygienemaßnahmen und mit klaren Konzepten und Handreichungen in den Schulen zum Unterricht.

(Zuruf der Abg. Marion Schneid, CDU)

Eine Videoplattform hatten wir als erstes Bundesland. Wir haben Hinweise zu Leistungsfeststellungen und zu Bewertungen. Wir haben eine ganze Reihe von Fortbildungen, die von den Lehrkräften sehr engagiert wahrgenommen wird. Wir haben das Abitur sichergestellt, die Busbörse auf den Weg gebracht, das Förderprogramm für die Lüftungsgeräte auf den Weg gebracht. Wir haben die Antragstellung beim DigitalPakt erleichtert.

Die Idee, Leihgeräte für alle Schüler anzuschaffen, die zu Hause kein Gerät haben, stammt aus Rheinland-Pfalz, von Malu Dreyer und Stefanie Hubig. Das muss man hier auch einmal ganz klar sagen. Das sind Bemühungen, die auf dieser Landesregierung fußen.

Die digitale Infrastruktur in unseren Schulen hat einen großen Schub bekommen.

(Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Bei allem, was noch zu verbessern wäre – das ist überall so, es ist überhaupt nicht zu kritisieren, dass es zu verbessern ist –, ist zu sagen, das ist ein Weg, den wir gehen. Ich glaube, bei diesem Weg muss man ganz klar sehen, dass alle ihre Hausaufgaben machen müssen. Alle politischen Ebenen müssen das tun, am Ende auch die Schulträger bei der digitalen Ausstattung die Anträge stellen. Das Geld war schon vor der Pandemie dafür da.

Wir werden im Frühjahr mit dem Schulcampus starten, einer einheitlichen Plattform, in der alle digitalen Maßnahmen des Landes in der Schule gebündelt werden. Das hat noch kein Land geschafft, übrigens auch nicht die Hasso-Plattner-Plattform, die von der Bundesregierung so favorisiert wird.

Da unsere Ministerin Stefanie Hubig ein klares Konzept hat, hat sie bereits Anfang Januar den weiteren Schritt vorgestellt, den wir in der Planung für die bildungspolitischen Schritte haben, und sie hat das nach dem Bund-Länder-Beschluss vom 19. Januar noch einmal fortgeschrieben.

Es haben viele gute Gründe dafür gesprochen, jetzt den Einstieg in den Wechselunterricht in der Grundschule zu verschieben. Ja, das war eine schwierige Entscheidung. Ja, es war auch klar, dass es damit Enttäuschungen gibt, weil es viele gerne anders gesehen hätten und die Notwendigkeit von Präsenzunterricht unbestritten ist. Es ist jetzt aber ein verantwortungsvoller Weg. Darüber haben wir gestern schon lange gesprochen.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Das war eine falsche Entscheidung, Sie haben kalte Füße bekommen!)

Wir wollen so viel gute Kita-Betreuung wie möglich. Wir wollen so viel Schule in der Schule wie möglich, weil das der beste Weg für die Kinder ist. Wir wollen das aber verantwortungsvoll und mit Augenmaß, den Gesundheitsschutz auf der einen Seite und das Recht auf Bildung auf der anderen Seite, abgewogen darbringen. Dabei basieren wir auf den Bund-Länder-Beschlüssen.

Sie wollen das wohl nicht einsehen bezüglich all der Maßnahmen, die wir haben. Wir haben einen Blick in die weitere Richtung. Wir haben einen Blick darauf, wie wir die Kinder während und nach der Pandemie fördern.

All die Maßnahmen, die Sie einfordern, sind längst auf dem Weg.

(Glocke des Präsidenten)

Insofern sollten Sie nicht die Augen vor der Realität verschließen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der FDP)

Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Paul.

Abg. Joachim Paul, AfD:

Sehr verehrtes Präsidium, liebe Kollegen! Die CDU hat diese Debatte nachgeschoben, weil sie in Erklärungsnot ist. Sie haben nämlich mitbekommen, dass die Bevölkerung oder große Teile der Bevölkerung mit Ihrer „Wir machen die Schulen auf unbestimmte Zeit zu“-Politik nichts anfangen kann. Die SPD hat kalte Füße bekommen. Frau Ministerin hat sich verzwerger lassen.

Kommen wir zum ersten Teil des Titels, also zu den wissenschaftlichen Fakten und zur Corona-Realität. Der Virologe und Epidemiologe Klaus Stöhr, der viele Jahre für die WHO gearbeitet hat, sagt – ich zitiere –: „Wir können (...) einen guten Mittelweg bei Inzidenzen von 130 bis 160, vielleicht sogar 180, ermöglichen.“

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Frau Dreyer hat gestern im Plenum mitgeteilt, dass wir in

Rheinland-Pfalz bei einer Inzidenz von 90 liegen, also deutlich darunter.

Die Bundeskanzlerin und Herr Baldauf wollen dagegen eine Inzidenz von 50 oder gar darunter erreichen und davon alles abhängig machen. Sie machen keine Politik, die die bildungspolitischen und gesamtgesellschaftlichen Folgen des Schul-Lockdowns mit dem Infektionsgeschehen in Abwägung bringt. Nein, Sie klammern sich stur an Inzidenzwerte, und zwar auch noch an kaum erreichbare; denn Herr Stöhr hält diese Inzidenzzahl gerade im Winter für völlig realitätsfern. So viel sage ich zu den wissenschaftlichen Fakten und Corona-Realitäten.

Realitätsfremd sind also nicht die Wissenschaftler wie Stöhr oder die konstruktive AfD-Opposition, sondern die hiesige CDU-Fraktion und ihre Kanzlerin in Berlin. Stöhr bringt das auf den Punkt, indem er fordert, dass man sich von der Wünsche- in die Realitätssphäre begeben müsse, auch deshalb, weil wir den Schul-Lockdown bis April durchziehen müssten. Das ist die Konsequenz aus dem CDU-Ansatz.

Schulschließungen hält der Virologe für falsch. Für die AfD sind Inzidenzwerte ein Kriterium unter zahlreichen anderen. Regierungen, die gedankenlos und nahezu unterschiedslos auf unbestimmte Zeit alles dichtmachen, darunter Schulen, befinden sich im Prinzip im Generalstreik. Die Bürger wollen aber nicht bestreikt, sondern klug regiert werden, klugen Schutz der Alten- und Pflegeheime, offene Kitas und Schulen, perfekte Impfstoffe.

Die Altparteienpolitik findet ständig neue Ausflüchte, um uns zu erklären, warum das hier angeblich nicht geht. Das ist ein Armutszeugnis. Ihr Schul-Lockdown ist längst zu einer drängenden sozialen Frage geworden. Es gibt genug Schüler, die den Halt eines geordneten Tagesablaufs brauchen, eine gezielte Förderung, gerade weil sie sozial benachteiligt sind, und denen die Schulgemeinschaft und das Miteinander fehlen.

Diese Problematik erkennt auch Frau Eisenmann, CDU-Kultusministerin aus Baden-Württemberg. Sie wollte deshalb ursprünglich die Grundschulen schon nach den Weihnachtssferien wieder öffnen, und zwar – ich zitiere noch einmal – „unabhängig von den Inzidenzen“. Allein ihr fehlt der Mut.

Liebe Kollegen von der rheinland-pfälzischen CDU-Fraktion, ich glaube, es ist deutlich geworden, die wissenschaftlichen Fakten und die Corona-Realität sind gerade nicht auf Ihrer Seite.

Ich komme zum zweiten Teil des Titels Ihrer Aktuellen Debatte: „Schluss mit Notlösungen, Bildungschancen sichern“. Die Kritik der CDU am Digitalchaos in der Bildungspolitik teilen wir. Es kann nicht sein, dass Lernplattformen wie Moodle wegen Überlastung zusammenbrechen. Das hat sich zwar deutlich gebessert, aber es ist grundsätzlich untragbar – das sind weitere Punkte –, dass viele Schulen digital so schlecht ausgestattet sind, dass gerade einmal

50 Mbit/s abgerufen werden können.

Fazit: Unser Land bleibt digitales Schwellenland. Der Fernunterricht ist weit davon entfernt, ausgereift zu sein. Er kann es aber auch nicht sein. Das räumen wir hiermit ein.

Wenn wir aber in einer Pressemitteilung vom 21. Januar 2021 lesen, dass Frau Dreyer allen Schulen bis Ende des Jahres einen Internetzugang mit WLAN verspricht, dann fragen wir uns: Wer hat dieses Land fast 30 Jahre regiert? Ist das nicht eine Meldung aus den späten 1990er-Jahren? Das ist keine Pressemeldung, sondern ein umfassendes Geständnis, Frau Dreyer. In diesem Punkt gibt es also Übereinstimmung mit der CDU.

Die ungenügende Digitalisierung ist aber ein Resultat eines jahrzehntelangen Versäumnisses von Landes- und Bundesregierung. Die CDU sitzt im Glashaus, und sie zieht die falschen Schlüsse. Vor dem beschriebenen Hintergrund der mangelhaften Digitalisierung ist es nämlich geradezu unverantwortlich, bis April am Fernunterricht festzuhalten, und zwar, wie Frau Eisenmann es richtig erkannt hat, unabhängig von den Inzidenzen.

(Glocke des Präsidenten)

– Ich komme zum letzten Satz.

Herr Baldauf, Sie haben doch gestern selbst das Beispiel von einem Mädchen in der Realschule plus genannt, das in diesem Monat dreimal 30 Minuten Unterricht erlebt hat. So stellt man keine Bildungschancen sicher, sondern so, wie wir das als AfD-Fraktion gemacht haben, Öffnung der Schulen zum 1. Februar, Rückkehr zum Präsenzunterricht.

Mehr folgt in der zweiten Runde.

(Beifall der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Für die FDP-Fraktion spricht die Abgeordnete Willius-Senzer.

Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP:

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Beilstein, bei dem Titel „wissenschaftliche Fakten“ habe ich gedacht, es würde irgendetwas kommen. Das, was kam, war genau das, was wir die ganze Woche und gestern immer wieder besprochen haben, immer wieder dieselbe Leier. Ich dachte, irgendwie muss jetzt irgendetwas kommen. Es kam aber immer wieder die dämliche Kritik, die Sie ständig üben, die nicht richtig auf Fakten basiert.

Ihre Zickzack-Entscheidungen sind so schlimm, das ist ein derartiger Mangel an Verlässlichkeit, das wird Ihnen im Wahlkampf mit Sicherheit nicht helfen.

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Sie haben gesagt, tausendfach hätten wir neue Entscheidungen. Ich sage Ihnen, tausendfach machen Sie Zickzack. Im Dezember haben Sie uns vorgeworfen, wir würden den Wechselunterricht nicht machen, der gewünscht ist. Jetzt wollen Sie davon gar nichts mehr wissen.

Sie haben jetzt schon wieder das mit den Schließungen gesagt. Dass Frau Eisenmann genau wie wir öffnen wollte, ist richtig. Es war gut so, dass wir das überlegt haben. Es war wirklich sehr schwer für unsere Bildungsministerin, da sie diese Entscheidung treffen musste.

Wir kommen jetzt zu Baden-Württemberg. Was ist in Baden-Württemberg passiert? Die Viren sind nicht vor der Tür, die sind schon längst drin. Was sagt die Wissenschaft?

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Sie wollen wissen, was die Wissenschaft sagt. Die Wissenschaft sagt nur einen Satz: Impfen, impfen, impfen.

Wenn Sie jetzt die Nachrichten gehört hätten, was wir seit gestern alles im Rundfunk, Fernsehen und überall hören, dann wüssten Sie, es geht darum, wie wir die Mutation, die jetzt aufgetaucht ist, in den Griff bekommen können. Wie kommen wir zu mehr Impfstoff? Das geht nur, wenn wir jetzt richtig entscheiden. Es war sehr gut, dass unsere Bildungsministerin gesagt hat, es fällt mir schwer, aber ich treffe jetzt die Entscheidung.

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU –;
Weitere Zurufe von der CDU)

Es war sehr weise, dass sie das gemacht hat. Das ist besser, als wenn irgendetwas bei uns passiert.

Wo ist die Notlösung? Sie sagen, Sie brauchen Lösungen und Notlösungen. Wo ist sie? Wo ist Ihre wissenschaftliche Erkenntnis, wenn noch nicht die ganze Welt weiß, was passiert? Die ganze Welt weiß noch nicht, was passiert ist und wo es herkommt. Wenn es stimmt, dass BioNTech es abgelehnt hat, 200 Millionen Dosen zu liefern, die es Europa geben wollte, dann ist das schlimm. Da ist Aufklärung zu machen. Wir wissen es noch nicht.

Dass der Impfstoff von AstraZeneca von Menschen, die über 60 Jahre alt sind, nicht genommen werden soll, wird natürlich dazu führen, dass über die ganze Impfstrategie – nicht hier, sondern in Berlin – noch einmal nachgedacht werden wird. Das sind die Punkte, die uns zu interessieren haben, und nicht das Geschwafel, das Sie hier ständig bringen, dass wir dies und jenes nicht machen.

Unsere Bildungsministerin macht eine hervorragende Arbeit, und die Lehrenden machen das auch.

(Beifall des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Wir wissen, was das für die Kinder bedeutet, die jetzt wieder nicht in die Schule gehen können. Die Eltern und die

Kinder weinen. Wir wissen, wie schwer das ist.

(Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU)

Wir wissen das ganz genau.

(Glocke des Präsidenten)

Sie reden immer nur Zeug, mit dem man nichts anfangen kann.

Danke.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN –

Abg. Sven Teuber, SPD: Am besten tragen
Sie erst mal eine Maske, Herr Baldauf!)

Präsident Hendrik Hering:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abgeordnete Köbler.

Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bildung, Schulen und Kitas sind systemrelevant. Wir erleben gerade mit der Schließung von Kitas und Schulen, welche gesellschaftlichen Folgen das für uns hat. Die Expertenkommission der Friedrich-Ebert-Stiftung warnt davor, dass sich ungleiche Bildungschancen in Deutschland weiter verfestigen. Das wirtschaftsnahe ifo Institut schätzt, dass der Lockdown für die Schülerinnen und Schüler von heute bis zu 3 bis 4 % weniger Einkommen im späteren Berufsleben bedeutet, und zwar mit allen ökonomischen Folgen.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Siehste!)

Familien und Eltern sind am Limit zwischen Homeoffice und Homeschooling. Eine halbherzige Pflicht zum Homeoffice, ein paar lächerliche Kinderkranktage mehr können das nicht ausgleichen, was an Belastungssituationen im Moment in den Familien ist, und das ohne eine klare Perspektive.

Vor allem sind die sozialen Folgen für unsere Kinder zu nennen; denn Kinder brauchen Kinder. Kein digitales Endgerät, keine Serverkapazität, keine stabile Internetverbindung ersetzt, dass Kinder Kinder treffen, dass sie miteinander lernen, leben und zusammen sind.

Meine Damen und Herren, ja, es ist richtig, dass wir im Moment in einer Ausnahmesituation sind. Es ist absolut richtig, dass die Strategie zur Bekämpfung dieser Pandemie darauf setzt, möglichst schwere Krankheiten und Tote zu vermeiden, Intensivstationen an unseren Kliniken zu entlasten und Gesundheitsämter in die Lage zu versetzen, wieder Kontaktnachverfolgungen zu machen.

Ich würde mir aber wünschen, dass auch klar ist, dass das Ziel dieser Pandemiebekämpfung auch sein muss, dass

Kinder wieder eine Perspektive haben, in Schulen und Kitas gehen zu dürfen;

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

denn wir müssen auch schauen, dass wir nicht nur die Gesellschaft von heute schützen, sondern auch die gesellschaftliche Perspektive für morgen sicherstellen. Das geht am allerbesten dann, wenn die Kinder auch wirklich faktisch in die Kitas und Schulen gehen.

Gleichzeitig gibt es natürlich berechtigterweise bei Erzieherinnen und Erziehern, bei Lehrerinnen und Lehrern, aber auch bei Eltern Ängste vor Ansteckungsgefahren, den Infektionen und mit Blick auf den Gesundheitsschutz.

Das ist eine immens schwierige, vielleicht die schwierigste Abwägung in der ganzen Debatte in der Corona-Pandemie. Deswegen ist es gut und richtig, dass man sich das nicht leicht macht und es immer wieder diskutiert und hinterfragt.

Ich glaube, es muss noch stärker das Ziel von Bund und Ländern sein, einen möglichst sicheren Besuch von Schulen für Kinder, aber auch für Erzieherinnen und Lehrkräfte zu organisieren. Das kann gelingen, indem wir jetzt in Rheinland-Pfalz noch einmal ein – wie ich finde – starkes Paket zur Stärkung der Hygiene und des Gesundheitsschutzes in den Einrichtungen auf den Weg gebracht haben, was Masken angeht, was Desinfektionsmittel angeht, aber auch was das Wissen und die Umsetzung der Maßnahmen in den Einrichtungen angeht.

Ich finde auch, dass wir beim Thema „Testen“ noch stärker sein müssen. Wir brauchen noch mehr Testmöglichkeiten für Erzieherinnen und Lehrkräfte. Einmal wöchentlich ein Test sollte das Ziel sein. Ich finde, was beim Profisport funktioniert, muss perspektivisch auch in unseren Bildungseinrichtungen möglich sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Ich glaube, wir müssen jetzt schon die Weichen stellen, damit in dem Moment, wenn genug Impfstoff da ist und die Erzieherinnen und Lehrkräfte dran sind, diese Gruppen auch möglichst schnell mit den verfügbaren Impfstoffen geimpft werden, und schauen, wenn Kindergärten und Schulen wieder auf sind, ob man nicht auch dort die erfolgreichen mobilen Teams einsetzen kann; also sozusagen jetzt schon die Weichen für das Frühjahr stellen.

Meine Damen und Herren, es ist wichtig und es ist die Aufgabe des Bildungssystems, dass die Kinder die besten Lebenschancen für ihren gesamten Lebensweg bekommen, und da ist mir wichtiger als die Frage, ob sie im nächsten Halbjahr ein oder zwei Mathearbeiten schreiben, dass sie die Kompetenzen erhalten und das soziale Miteinander lernen.

Es muss prioritär auf die Agenda, Bildung in Kitas und Schu-

len schnellstmöglichst wieder möglich zu machen. Es ist unsere vornehmste Aufgabe, die Lebenschancen und die gesellschaftlichen Chancen unserer Kinder bestmöglichst auszugestalten.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung spricht Bildungsministerin Dr. Hubig.

Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Beilstein, Sie sagen, wir hätten den Überblick verloren. Ich kann nur sagen: Die CDU hatte den Überblick in der Bildungspolitik noch nie.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie mäandern seit Jahren, seit Jahrzehnten durch die Bildungspolitik. Es geht bei Ihnen hin und her, je nachdem, wie Sie es gerade brauchen, mit wem Sie gerade gesprochen haben und wem Sie es gerade rechtmachen wollen.

Schauen Sie sich doch Ihren Spitzenkandidaten, Herrn Baldauf, an. Erst sagt er in einer munteren Runde: Wir wollen, dass die Schulen möglichst in Landsträgerschaft überführt werden.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Stimmt!)

Dann kommen seine Landräte und sagen: Um Gottes Willen! – Dann sagen Sie: Oh, alles nicht so gemeint. – Wird er zurückgepfiffen, sagt er: Nein, ganz so habe ich es nicht gemeint.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Dann sagt er, er will Präsenz. Dann sagt er, er will Wechsel. Jetzt kam die klare Aussage diese Woche: Schulen auch nach dem 14. Februar geschlossen halten, wenn die Inzidenz über 50 ist. Das hat am Anfang der Woche gegolten. Dann kam die Pressemitteilung der CDU: Also oberhalb einer Inzidenz von 50 brauchen wir regional differenzierte Lösungen in Verantwortung des Landes. – Das hört sich schon wieder ganz anders an; von Montag bis Mittwoch oder Donnerstag etwas anderes.

Wer hier auf Inzidenzen schießt, sind ja wohl nicht wir. Das haben Sie doch gerade gemacht. Sie haben doch die Inzidenzen angeführt.

Dann heißt es immer, wichtig in der Grundschule sind Lesen, Schreiben und Rechnen, das müssen die Kinder lernen, das müssen sie können. Vorschlag der CDU dazu: mehr Be-

treuung am Nachmittag, aber keine schulischen Angebote. Super Idee, kann ich nur sagen.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie sich jetzt hier hinstellen und sagen, bei Teams müsse man endlich einmal etwas machen, dann kann ich Ihnen eines sagen: Wir leben in einem Rechtsstaat, und da gilt auch das Datenschutzrecht. Wenn eine datenschutzrechtliche Lösung bei einer Plattform nicht möglich ist und eine Plattform, ein Instrument wie Teams, gegen Datenschutzrecht verstößt, dann kann ich sagen, ist meine Lösung, dass ich mich mit dem Landesdatenschutzbeauftragten in Verbindung setze, dass wir sagen: Können wir für dieses Schuljahr eine Lösung finden, ist es vertretbar? Der sagt: Ja, unter Auflagen, damit es weitergehen kann.

Was ist der Vorschlag Ihres Spitzenkandidaten, der in dieser Woche der AZ zu entnehmen ist? Na ja, wenn man keine Lösung findet, dann müsse man das halt irgendwie anders machen und auf diese alten Systeme setzen – ich zitiere jetzt nur sinngemäß –, und das Land müsse dann eben die Haftung übernehmen.

(Zuruf von der CDU)

Das ist die Problemlösungskompetenz Ihres Spitzenkandidaten. Vielen Dank, kann ich nur sagen.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Konzept, das Sie immer von uns einfordern, ist bei Ihnen Fehlanzeige. „Langfristig“ sagen Sie immer, es muss alles langfristig gemacht werden. Da darf ich Ihren Parteivorsitzenden vom vergangenen Wochenende zitieren, der sagt: „Auf-Sicht-fahren [ist] das einzig Richtige.“

Das ist genau das, was wir machen, in Kombination mit einem Konzept und einer Strategie. Wir haben eine klare Linie, und diese klare Linie hat bei uns immer geheißen: so viel Präsenz wie möglich und so viel wie mit Blick auf das Infektionsgeschehen vertretbar. Deshalb ist die Entscheidung gestern so gefallen, wie sie gefallen ist. Sie musste so fallen, und sie ist auch richtig gewesen.

Ich habe mich für Präsenzunterricht eingesetzt. Ich habe immer gesagt: Wir müssen es schaffen, dass die Kinder in die Schulen kommen. Schulen und Kitas müssen möglichst schnell wieder aufgemacht werden, wenn es das Infektionsgeschehen zulässt.

Wir haben diese Entscheidung nicht getroffen, weil wir auf einmal festgestellt hätten, dass es Mutationen gibt – das wussten wir auch vorher –, sondern wir haben es mit Blick auf die unklare Lage in Baden-Württemberg getan, und zwar weil wir von Experten beraten werden. Weil wir die ganze Zeit in der Frage, wie wir mehr öffnen können, beraten werden, und natürlich auf solch einen Rat hören. Wir nehmen solch einen Rat an, wenn es heißt, eine Situation ist unübersichtlich, und der Schulstart, die weitere Öffnung

muss verschoben werden.

Was hat Baden-Württemberg getan? Baden-Württemberg, die von Herrn Paul viel gelobte Kollegin Eisenmann, die auch ich schätze, hat genau das Gleiche getan. Sie haben gesagt: Nein, wir können das im Moment nicht verantworten, und deshalb verschieben wir eine weitere Öffnung.

(Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

So ist das eben. Sie kommen halt nicht überall mit dem Kopf durch die Wand, Herr Paul. Die Realitäten sind andere, und Sie müssen Dinge auch gegeneinander abwägen.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mir geht es darum, dass die Kinder Chancengerechtigkeit und Bildungsgerechtigkeit haben, und deshalb setze ich mich dafür ein, dass wir die Schulen dann, wenn es verantwortbar ist und es das Infektionsgeschehen zulässt, möglichst schnell wieder an den Start bringen. Das war immer meine Linie, das ist meine Linie, und das wird auch meine Linie bleiben, kurz-, mittel- und langfristig. Das kann ich Ihnen versprechen.

Wenn Sie jetzt sagen, wir hätten kein Konzept, dann kann ich Ihnen nur sagen: Schauen Sie sich doch an, was wir bei der Digitalisierung gemacht haben. Natürlich sind wir noch nicht da, wo wir sein wollen, völlig klar. Wir können auch nicht in einem Dreivierteljahr oder in einem Jahr aufholen, was wir in fünf, sechs, sieben, acht, neun Jahren, und zwar mit geballten, vereinten Kräften auf kommunaler Ebene mit den Schulträgern, dem Land und dem Bund gemeinsam hätten schaffen können, wenn sich diese Gesellschaft früher auf den Weg in die Digitalisierung gemacht hätte.

Wir stehen heute aber doch ganz anders da als im März. Schauen Sie doch mal, wie weit der Ausbau bei Moodle gekommen ist. Wir haben als eines der wenigen Länder sehr schnell allen Schulen, allen Eltern ein Webkonferenzsystem zur Verfügung gestellt. Wir haben die Videoplattform BigBlueButton, die funktioniert. Ab März gibt es einen Schulcampus, der entwickelt ist, der an den Start geht, der schon pilotiert wird und super läuft.

Wir haben Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer massiv ausgebaut; sie werden massiv nachgefragt. Da passiert total viel. Pädagogische Handreichungen, pädagogische Unterstützung. Wir haben übrigens auch Vorgaben gemacht, wie der Fernunterricht laufen soll. Das wissen Sie, auch wenn Sie es hier immer wieder unterschlagen.

WLAN-Ausbau: Wir unterstützen die Kommunen, wir unterstützen die Schulträger, damit sie schneller werden. Wir haben bei ihnen nachgeschaut, wie viel Breitband sie haben, wie viel sie abrufen können. Das haben wir an die Kommunen geschickt und gesagt: Schaut hier, Ihr könnt mehr beantragen. – Frau Beilstein, Sie wissen aber auch, dass wir es nicht für das Land beantragen können. Das muss vor Ort geschehen, und das geschieht auch vielerorts.

Man sieht, wie viel Dynamik jetzt hineinkommt, und ich bin froh, dass die Schulträger so viel tun, aber natürlich sind wir noch nicht am Ende. Deshalb ist es gut und richtig, dass unsere Ministerpräsidentin eine Zielmarke formuliert hat, und die werden wir auch einhalten.

Noch einen letzten Satz: Was machen Sie mit den Schülerinnen und Schülern, bei denen die Situation jetzt dazu führt, dass sie nicht standhalten können? Wir wissen, dass es die gibt, und das ist auch der Grund, warum ich immer sage, sie müssen wieder in die Schulen kommen. Wir haben uns Gedanken darüber gemacht.

Wir haben die Schulen mit Vertretungsmitteln in Höhe von 48 Millionen Euro ausgestattet. Der Landtag, die Regierungsfractionen haben genau das im Nachtragshaushalt getan, damit wir in dieser Corona-Pandemie möglichst viele Vertretungslehrkräfte einstellen können.

Die gibt es nicht überall. Deshalb haben wir die Universitäten angeschrieben und gesagt, ihre Studierenden im Bereich des Lehramts sollen jetzt Vertretungsverträge mit übernehmen und mit in die Schulen kommen.

Wir müssen natürlich auch überlegen, dass die Referendarinnen und Referendare, von denen Sie meinen, die könnten jetzt auch noch alle Vertretungsverträge übernehmen, ausgebildet werden müssen, und die sollen ausgebildet werden, damit sie zur Verfügung stehen. Deshalb gehen wir da mit Plan vor.

Genauso gehen wir mit Plan vor, was die Schülerinnen und Schüler anbelangt, die Bildungsdefizite haben. Wir haben gestern schon vorgestellt, dass wir zusätzliche, additive Lernangebote machen, dort, wo die Schule für den Unterricht gut ausgestattet ist; das ist der eine Teil. Außerhalb der Schule kommen zusätzliche Angebote hinzu, weil wir alle zusammen helfen müssen. Da gibt es verschiedene Kurse, die gemacht, die nachmittags belegt werden können.

Es gibt die Ferienschule, die Sommerschule, die wir weiterführen werden. Es gibt zusätzlich Sprachkurse, um Deutschdefizite aufzuarbeiten. Es gibt mehr Hausaufgabenhilfe für Kinder mit Migrationshintergrund.

Ihr Angebot darauf ist, dass Sie sagen: Na ja, wir wollen statt eines schulischen Ganztags lieber eine Nachmittagsbetreuung. – Das ist die Bildungspolitik der CDU.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die CDU-Fraktion spricht die Abgeordnete Beilstein.

Abg. Anke Beilstein, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man

diesem Parlament einige Jahre angehört, dann kennt man langsam die üblichen pawlowschen Reflexe, und genau das haben wir jetzt gerade wieder erlebt.

(Beifall bei der CDU)

Das Skript von Frau Brück enthielt die üblichen Satzbausteine, dass alles bestens ist, verbunden mit der Aufforderung, wir sollen akzeptieren, dass Sie eine klare Haltung haben. Ja, die klare Haltung sehe ich darin, dass Sie ständig einen Sonderweg gehen, und das akzeptieren wir nicht als Strategie.

(Beifall bei der CDU)

Von Frau Willius-Senzer sind mir eigentlich nur zwei Worte in Erinnerung geblieben, nämlich „Geschwafel“ und „dämlich“. Das lasse ich dann einmal so stehen.

(Beifall der CDU)

Frau Hubig hat davon gesprochen, na ja, bei Teams gibt es halt Datenschutzbedenken. Frau Hubig, wenn das so ist, dann müssten Sie es konsequenterweise schon jetzt verbieten. Ich sage Ihnen, wenn das System läuft, dann sorgen Sie dafür, dass es datenschutzrechtlich möglich ist.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

Herr Köbler hat davon gesprochen, dass eine Perspektive her muss. Ja, Herr Köbler, genau das, und genau das ist unser Anliegen gewesen. Wir haben hier konkrete Vorschläge gemacht, eine alte Denke aufzubrechen,

(Zuruf des Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

andere Wege zu gehen, und zwar nicht nur mit diesen Geschichten Präsenzunterricht, Wechselunterricht, Fernunterricht, sondern additiv noch etwas dazu zu geben, etwas, was den Kindern Unterstützung gibt mit ganz anderen Möglichkeiten, diese Dinge inhaltlich auch auszugestalten.

Was wir möchten, ist nicht irgendeine Ankündigung, so wie es jetzt hier wieder geschehen ist. Wir wollen jetzt Unterstützung. Wir wollen jetzt einen Plan haben, damit keine Kinder verloren gehen. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Hendrik Hering:

Gibt es weitere Wortmeldungen in der zweiten Runde? – Die Abgeordnete Brück für die SPD.

Abg. Bettina Brück, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Beilstein, wir gehen keinen Sonderweg, sondern wir gehen den Weg, der für Rheinland-Pfalz vertretbar ist und der für die

Kinder und für die Eltern in Rheinland-Pfalz wichtig und richtig ist.

(Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU)

Der Sonderweg, den Sie gehen wollen, ist, alles zuzulassen bis Inzidenz 50.

(Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU)

– Das ist Ihr Sonderweg, Herr Brandl. Das ist Ihr Sonderweg.

(Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU –
Unruhe bei der SPD)

Wenn Sie sagen, Sie wollen darüber hinaus Dinge in Gang setzen, dann akzeptieren Sie tatsächlich nicht, dass es diese Dinge in Rheinland-Pfalz schon gibt und wir auf dem Weg sind, diese Dinge auch umzusetzen. Das hat Ministerin Hubig gerade noch einmal gesagt.

Es gibt Anweisungen und Hinweise für Lehrkräfte, wie sie Kontakt mit ihren Schülerinnen und Schülern halten sollen. Wir haben doch aus den ersten Monaten des Lockdowns im März/April gelernt. Da sind doch schon längst Veränderungen in Gang gesetzt worden. Insofern gibt es Ansprechpartner, und es gibt auch Anweisungen, wie das gemacht werden soll.

Es gibt Unterrichtskonzepte für den Fernunterricht, die auch unterrichtliche Dinge wie Sport, Musik oder Kunst einbeziehen, die man im Fernunterricht oder Wechselunterricht machen kann.

Wir haben Konzepte für die Aufarbeitung von Lernrückständen, zum einen Dinge, die Kinder auch in der Notbetreuung machen können, zum anderen aber auch, was Hilfen außerhalb und innerhalb der Schule anbelangt, über die Ganztagschule, über Ferienkurse, über zusätzliche Lernangebote in Absprache oder Kooperation mit außerschulischen Partnern.

Da gibt es ganz viel, aber das erkennen Sie nicht an, weil Sie wahrscheinlich mit Menschen geredet haben, die das nicht machen oder gar nicht wissen, dass es das gibt. Es ist eigentlich ein Unding, dass diese Dinge nicht anerkannt werden. Dass sie von Ihnen negiert werden, das ist das Unding, denke ich einmal.

Frau Ministerin Hubig hat noch einmal darauf hingewiesen, wir haben Geld für Vertretungskräfte. Das ist nicht nur Geld für Vertretungskräfte, wenn Lehrkräfte fehlen, sondern auch, wenn ein erhöhter Organisations- und Betreuungsaufwand besteht. Auch dafür gibt es Möglichkeiten.

(Glocke des Präsidenten)

Insofern denke ich, wenn man Teams ansieht, sieht man, Teams ist eine Kommunikationsplattform, aber keine Lernplattform. Darüber ist viel diskutiert worden.

(Glocke des Präsidenten)

Auch die Ansage, man sollte auf den Datenschutz verzichten, ist eigentlich ein Unding in unserem Staat.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Deshalb lasst
Ihr es ja auch bis Sommer zu!)

Da sollten Sie sich als CDU-Fraktion also noch einmal Gedanken machen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Paul.

Abg. Joachim Paul, AfD:

Sehr verehrtes Präsidium, liebe Kollegen! Ich möchte direkt auf das Thema „Digitale Plattform“ eingehen.

(Vizepräsident Hans-Josef Bracht
übernimmt den Vorsitz)

Es ist richtig, dass wir in Rheinland-Pfalz einen eigenen Weg gehen und eine eigene Plattform aufbauen, Stichwort „Technologische Souveränität“. Das können wir nicht an profitorientierte Großkonzerne delegieren. Das sieht auch die AfD-Fraktion so. Da müssen wir etwas Eigenes schaffen.

Der Start von Moodle war holprig und mangelhaft und hat uns noch einmal die schweren Defizite und den großen Nachholbedarf, den wir in Deutschland und in Rheinland-Pfalz auf dem Gebiet der Digitalisierung haben, krass vor Augen geführt.

Ich möchte noch auf eine andere Schwachstelle hinweisen. In vielen Kollegien sind aktuell nur etwa 50 % der Lehrer und Lehrerinnen in Moodle geschult. Das ist unzureichend, das ist zu knapp. Man hätte Moodle-Muffel unter den Lehrern viel früher per Dienstanweisung verpflichten müssen, sich nachhaltig zu informieren und sich einweisen zu lassen. Das muss geändert werden.

Ja, wir reden von Mutationen. Wir wissen nicht, wie viele in der Zukunft noch auftauchen werden, aber – ich sage das jetzt etwas zugespitzt – Kfz-Werkstätten sind offen, weil sie als systemrelevant gelten. Das kann man so sehen, das macht Sinn, aber unsere Schulen sind auch systemrelevant.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben von sozialen, von wirtschaftlichen, von bildungspolitischen Folgen gesprochen, und die müssen wir im Auge behalten, egal welche Mutation auftaucht.

Weil Sorgen natürlich berechtigt sind, mache ich noch einmal auf eine Sache aufmerksam. Gerade in der Schule haben wir – durch nachhaltiges Einhalten der Hygieneregeln, durch den Einsatz von Luftentkeimern, durch das Erkennen von Infektionsketten, durch gute Lüftungen – doch viel bessere Bedingungen, um Kinder und Jugendliche zu schützen,

als wenn wir sie jetzt im Grunde genommen unkontrolliert, ohne strukturierten Alltag einfach so lassen.

(Glocke des Präsidenten)

– Ich komme zum Schluss. Ich möchte noch einmal den Virologen Stöhr zitieren:

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Wie man allerdings die hohen Fall- und Todeszahlen bei den Alten durch unbestimmte Schließungen der Schulen und Kindergärten umdrehen will, verstehe ich nicht.“ Wir von der AfD verstehen das auch nicht.

(Glocke des Präsidenten)

Schulen auf zum 1. Februar! Daran halten wir fest.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Als weiterer Redner in dieser Runde hat sich der Abgeordnete Köbler für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet.

Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur ganz kurz, weil es mich wirklich ärgert, dass sich diese Fake News verfestigen. Es ist keinesfalls so, dass Bundesländer von dem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) abweichen würden. In diesem MPK-Beschluss steht wörtlich: Die Schulen bleiben geschlossen, oder der Präsenzunterricht wird ausgesetzt. –

Frau Beilstein, man kann darüber streiten, welcher von diesen jetzt der bessere Weg ist. Rheinland-Pfalz ist keineswegs das einzige Land, das gesagt hat: Wir schauen, ob wir den zweiten Halbsatz nach vorne stellen. – Ich finde aber, es muss zu solch einer Debatte dazugehören, dass hier endlich aufhört, sich festzusetzen, dass da etwas anderes beschlossen wurde als hier und übrigens auch in Bremen und Hamburg umgesetzt wird. Baden-Württemberg wollte es auch so umsetzen.

Beide Möglichkeiten stehen explizit in dem Beschluss. Man kann für eine von beiden streiten, keine Frage, aber man sollte aufhören, hier diese Fake News zu verbreiten.

Abschließend: Frau Beilstein, Sie haben gesagt, die CDU präsentiert Kindern und Eltern eine Perspektive. Wir haben jetzt mitbekommen, was die Perspektive ist. Das passt sogar auf Ihre Wahlplakate: Wir lassen die Schule zu, CDU.

Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Wir sind damit am Ende der Aktuellen Debatte des heutigen Tages.

Ich rufe **Punkt 18** der Tagesordnung auf:

Schlussbericht der Enquete-Kommission 17/2 „Corona-Pandemie“

– Drucksache [17/13900](#) –

Ich darf für die Berichterstattung zunächst dem Vorsitzenden der Enquete-Kommission, Herrn Abgeordneten Jochen Hartloff, das Wort erteilen. Bitte schön.

Abg. Jochen Hartloff, SPD:

Vielen Dank, Herr Präsident! Enquete-Kommission „Corona“. Das Thema „Corona“ hat uns eben und gestern vielfältig im Landtag beschäftigt. Die Enquete-Kommission hat sich intensiver damit beschäftigt.

Meine Damen und Herren Parlamentarische Geschäftsführer, ich habe, wenn ich Berichterstatte bin, den Vorteil, dass, wenn ich es richtig weiß, in der Geschäftsordnung keinerlei zeitliche Begrenzung für das vorgesehen ist, was ich Ihnen hier erzähle,

(Beifall bei der SPD –
Heiterkeit im Hause)

aber keine Angst, ich weiß, das Wochenende steht vor der Tür, und ich werde ihn nicht überstrapazieren.

Ich will nicht verhehlen, dass ich, als wir am 27. Mai letzten Jahres den Beschluss gefasst haben, eine Enquete-Kommission zu bilden, die ihren Abschlussbericht schon im Dezember vorlegen sollte, Bedenken hatte, ob es sinnvoll ist, in einer solch kurzen Zeit fundierte Erkenntnisse über ein pandemisches Geschehen, das wir so in der parlamentarischen Zeit dieses Landtags noch nicht erlebt haben, zu gewinnen.

Ich muss Abbitte leisten. Ja, es war sinnvoll. Ich glaube, alle, die daran beteiligt waren, haben eine Menge Erkenntnisse bekommen. Ob diese dann alle so in das parlamentarische Leben eingeflossen sind, ist eine andere Frage, aber es ist sicher auch die Aufgabe künftiger Parlamente, sich damit noch einmal intensiver zu befassen und zu schauen, welche Schlussfolgerungen man daraus zieht.

Wir hatten sieben Sitzungen, also ein – neudeutsch würde man sagen – knackiges Programm. Das fand, bis auf die erste Sitzung, alles digital statt. Auch das ist eine Novität einer ersten Enquete-Kommission bundesweit, die sich damit beschäftigt hat.

Das war gut. Das hat es ermöglicht, dass die vielen Sach-

verständigen, die uns mit Wissen gefüttert haben, nicht anreisen mussten. Das ist auch ökologisch sinnvoll, aber es fehlt natürlich dann und wann die Spontanität eines Austauschs miteinander, wenn man sich in die Augen schaut und nicht nur auf einen Bildschirm.

Ich will aber all den Sachverständigen – 21 fremden an der Zahl und noch einmal sieben, die in der Enquete-Kommission waren – herzlich dafür danken, dass sie sich eingebracht haben mit dem vielfältigen Wissensstand, den es schon gibt. Es war für mich durchaus faszinierend, wie schnell sich Wissenschaft in den verschiedensten Bereichen mit einem solchen Geschehen beschäftigt und welchen Fortschritt es da gibt. Die Herstellung des Impfstoffs ist dann nur eines der Beispiele, die uns Erkenntnisse bringen. Für ein parlamentarisches Leben ist das sicher von Vorteil.

Mein Dank geht in dem Zusammenhang natürlich an Herrn Dr. Mensing und Herrn Schlenz vom Wissenschaftlichen Dienst, die uns bestens versorgt haben, genauso wie an die Damen und Herren der Technik, sodass das geklappt hat, und auch an den Sitzungsdokumentarischen Dienst, der uns rechtzeitig mit Protokollen versorgt hat, sodass wir danach weiterarbeiten konnten.

Ich will den Dank erweitern, und Sie wissen, aus welchen Gründen ich mich für diese Mitarbeit, für diese Unterstützung als Parlamentarier ganz allgemein herzlich bedanke. Ohne die Mitarbeiter auch in den Fraktionen wären wir wahrscheinlich nur halb so viel wert. Der hier stehende Abgeordnete sagt dann auch, wenn ein Vorzimmer nicht funktioniert oder Sonstiges ist: Oh, das wäre schlecht. – Also herzlichen Dank an alle, die da nicht so oft gesehen arbeiten. Die Gelegenheit war günstig, dass jetzt hier loszuwerden.

(Beifall der SPD, der FDP, des BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN, bei der AfD und der Abg.
Hedi Thelen, CDU)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen in dieser Halle, die etwa den Charme des chinesischen Volksgongresses hat,

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Ist auch rot!)

auch wenn wir froh sind, in diesen Zeiten in diesem Ausweichquartier als Parlament tagen zu dürfen – das ist auch Corona geschuldet – und das machen zu können, ist es hier immer etwas schwierig zu debattieren.

In Vorwahlkampfzeiten fällt den Kolleginnen und Kollegen das Zuhören erfahrungsgemäß immer etwas schwerer, und die eigene Meinung ist oft sowieso die beste. Das gilt wahrscheinlich parteiübergreifend.

Vielleicht ist es hilfreich, immer auch einmal den einen oder anderen Zwischenton zu hören und davon auszugehen, dass die Disziplin in einer Partei das eine und das Notwendige ist, damit Fraktionen funktionieren können und man etwas durchsetzen kann, dass sich aber die Fra-

ge, ob es ein netter oder nicht netter Mensch ist, nicht an Parteigrenzen festmacht

(Heiterkeit der Abg. Hedi Thelen, CDU)

und auch nicht jeder Satz und jeder Gedanke, den eine missliebige Partei äußert, oder jemand, der sich dahin verlaufen hat, wie bei der AfD, unbedingt falsch sein muss. Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei CDU und AfD)

Lassen Sie mich kurz einige Punkte aus meiner Perspektive ansprechen. Wer hätte vor einem Jahr gedacht, dass die Sehnsucht der Menschen nach Normalität, auch von uns, so groß sein würde? Wie ist Normalität in schwierigen, besonderen Corona-Zeiten zu erreichen? Nicht so, und da haben uns die Wissenschaftler – Herr Frisch, wir haben nicht nur Wissenschaftler von einer Richtung gehört, sondern ein breites Spektrum, und das geschieht bei den Entscheidungen der Regierungen auf der Landes- und auf der Bundesebene genauso, und dann muss man entscheiden – durchaus überzeugend gesagt, welche Perspektiven zu berücksichtigen sind.

Ja, die Regierungen machen Fehler, wie die Parlamente auch. Das ist normal, das ist menschlich, wie die Menschen, von denen wir gewählt sind, Fehler machen.

Gleichwohl glaube ich, dass wir, wenn wir uns im internationalen Vergleich sehen, dank einer guten Industrialisierung, dank einer guten Kommunikation und insbesondere dank der Aufstellung mit Bund, Ländern und Kommunen für die Menschen, für die wir als Parlamente handeln, ganz vernünftig durch diese Krise kommen.

Zentral regierte Staaten oder Staaten, die sehr abhängig davon sind, wie eine Regierung das sieht – Brasilien, USA, aber auch schon das Nachbarland Frankreich – tun sich da deutlich schwerer. Auch das ist eine Erkenntnis aus dieser Enquete-Kommission.

Natürlich wissen wir alle, wie sich unser gesellschaftliches Leben verändert hat. Ich nenne ein läppisches Beispiel, das da auch eine Rolle spielt: Der Absatz von Jogginghosen hat sich im letzten Jahr um 47 % erhöht, der Verkauf von Anzügen hat sich um 58 % reduziert.

(Heiterkeit bei der SPD und der Abg. Hedi
Thelen, CDU)

Welche nachhaltigen Verhaltensänderungen haben wir gesellschaftlich durch eine solche Pandemie? Welche bleiben, oder welche bleiben nicht? Das ist eine Frage, die uns intensiv beschäftigt hat, natürlich mit den Belastungen, die sie mitbringt für die Bevölkerung, die Wirtschaft und die Kultur.

Ja, wir müssen Methoden entwickeln, dass nicht nur manche Zweige, wie die Kultur, die ganz darnieder liegen und nur noch digital funktionieren, auch in der Praxis Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten haben. Das

muss uns als Demokratie gelingen, die sich natürlich schwerer tut damit, als meinetwegen eine Diktatur wie in China oder andere, in denen Menschen weggesperrt oder par ordre du mufti mit der Wasserspritze abgespritzt werden; denn das verbietet sich bei uns in einer Demokratie.

Wir streiten alle für diese Demokratie. Deshalb sind solche Erkenntnisse, wie wir sie in der Enquete-Kommission gewonnen haben, für uns wertvoll für ein sicher anspruchsvolleres Handeln eines Staates als in vielen anderen Systemen, mit denen wir konkurrieren. Sie alle kennen sicher das Bonmot: Von allen schlechten Regierungsformen ist die Demokratie immer noch die beste.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Aristoteles!)

Deshalb streiten wir in Parlamenten, was mich freut, dass das passiert. Ich meine, dass die Entscheidungsbefugnisse der Parlamente, ob Landes- oder Bundestparlament, auch wenn ich weiß, dass das Infektionsschutzgesetz verbessert worden ist, auch wenn ich weiß, dass wir, wie wir es gestern erlebt haben, von der Ministerpräsidentin eine Regierungserklärung gehört haben, hierüber diskutieren und auch über andere Schritte – Frau Bildungsministerin weiß das – en detail immer wieder diskutieren, wenn solch gewichtigen Eingriffe in Grundrechte passieren – das sollten künftige Parlamente bedenken –, aus meiner Sicht noch größer sein sollten.

Das kann man gestalten, und es gelingt den Parlamenten auch sehr schnell zu entscheiden. Das ist bei der Änderung des Infektionsschutzgesetzes genauso geschehen, wie das bei den Änderungen in der Finanzkrise gelungen ist. Also warum nicht auch jetzt. Das ist eine Herausforderung, die wir aber, glaube ich, stemmen können.

Die Digitalisierung, ja, wir haben es vorhin diskutiert. Unsere Citys sind leider noch nicht so smart, auch wenn sie Smart Citys genannt werden,

(Heiterkeit des Abg. Alexander Schweitzer,
SPD)

wie wir sie uns vielleicht vorstellen wollen. In sie muss weiter investiert werden. Der hier stehende Bürgermeister einer kleinen Stadt im Westen dieses Landes weiß, wie mühselig das ist und wie fragwürdig manchmal die Prioritäten, wo Digitalisierung gefördert wird, sind, wenn ich weiß, dass jede Schülerin und jeder Schüler zu Hause einen Anschluss haben muss, aber die Leitung gerade einmal vorbeigelegt wird, weil dieser Anschluss nicht in der Priorisierung ist. Das gilt auch für Schulen oder andere Gebäude.

Die Vielfalt der Förderung und die privatrechtliche Organisation der Digitalisierung knirscht und könnte in Deutschland durchaus noch ein Stück besser werden. Ich glaube, da sind wir uns alle einig, die sich intensiv damit befassen. Digitalisierung ersetzt aber natürlich nicht Präsenzen. All diejenigen, die das sagen, haben damit recht, keine Frage.

Deshalb nenne ich Ihnen auch nur das kleine Beispiel. Wir haben so viel über Bildung und darüber, wie sie stattfindet,

heute und gestern diskutiert und werden es in Zukunft tun. Ich kann Ihnen aber sagen, dass mir mehrere Schüler und Schülerinnen, die jetzt gerade das Abitur geschrieben haben, sehr dankbar dafür waren, dass sie es hinter sich gebracht haben, sie es schreiben konnten, und zwar in Präsenz. Es hat Veränderungsdiskussionen dazu gegeben, aber ich glaube, wir in Rheinland-Pfalz können stolz darauf sein, dass uns das in dieser Art und Weise gelungen ist.

(Beifall der SPD, bei der AfD und vereinzelt
bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn manche wissenschaftlichen Hypes stattfinden, die durch die Presse gehen, was wir nachher an Veränderungen des Bruttosozialprodukts in zehn oder 20 Jahren dadurch haben, dass jetzt ein Verlust an Bildung entstanden sei, dann darf ich anfügen: Liebe Leute, hier steht jemand, der zwei Kurzschuljahre hinter sich hat, sie aber als Schüler im Übrigen genossen hat, weil nur wenig Unterricht stattgefunden hat. Wahrscheinlich merkt man mir das heute noch an mangelnder Produktivität und anderem an.

(Beifall und vereinzelt Heiterkeit bei der
SPD –
Zuruf des Staatsministers Roger Lewentz)

Ich will diese Krise überhaupt nicht herunterspielen, aber ich will auch den alten Satz sagen: „Lasst die Kirche im Dorf.“ Nicht jede ist ein solcher Beinbruch, wie wir meinen. Gleichwohl funktioniert es nicht so, wie Sie, Herr Frisch, und Ihre Kollegen das meinen, dass Sie sagen, wir müssen nur die vulnerablen Gruppen, wie insbesondere die Menschen in Altenheimen, besser schützen. Ja, das ist notwendig. Obwohl ich kein Fan von Boris Palmer bin, muss ich sagen, er macht das in Tübingen ganz gut. Sie haben dort früher angefangen, mehr zu testen. Das ist ein guter Weg, der für verschiedenste Bereiche weiterentwickelt werden muss. Auch das ist eine Erkenntnis aus der Enquete-Kommission.

Das zu tun, heißt aber nicht, dass einschränkende Maßnahmen, Lockdown und andere, überflüssig werden, wie es von Ihnen plakatiert wird. Das hieße den Schutz der Bevölkerung zu vernachlässigen, und das entspricht eben nicht den wissenschaftlichen Erkenntnissen, dass dann alles gut läuft. Wir haben ein schwedisches Modell, wir haben andere Modelle. Wir konnten uns leider in der Enquete-Kommission diesen vergleichenden Studien im Ausland und wie manche vulnerablen Gruppen insbesondere betroffen sind – ich denke im ersten Lockdown an die Bewohner von Behinderteneinrichtungen, ich denke an Menschen, die vereinsamt sind – nicht widmen. Da muss man schauen, wie man mehr macht.

Ich will aber meine Redezeit nicht zu sehr überstrapazieren. Ich glaube, dass die App, die wir teuer entwickelt haben und in Deutschland von vielen gebraucht wird, herzlich wenig Nutzen hat für das, was hineingesteckt worden ist. Mit diesen Methoden und manchmal mit einfachen, die in anderen Ländern funktionieren, kann man aber mehr erreichen.

Die Erkenntnis aus der Enquete-Kommission war sicher

auch, es herrscht ein soziales Ungleichgewicht der Betroffenheit. Menschen, die sozial schwach sind, sind von der Pandemie deutlich mehr betroffen als andere Menschen, die sich etwas leisten können. Das ist nicht gut. Wir arbeiten mit vielen Instrumenten dagegen; Kurzarbeitergeld ist ein Beispiel und andere Maßnahmen. Diese fangen das aber nicht in Gänze auf. Ich glaube, man darf den Menschen auch nicht erzählen, dass alles aufgefangen werden kann. Das wird nicht gehen. Hier müssen wir dabei bleiben, wie wir entsprechend zu Lösungen kommen.

Mein letztes kurzes Thema „Impfungen“. Auch darüber haben wir hier gestritten. Es ist toll, dass in solch kurzer Zeit Impfstoff entwickelt werden konnte. Ja, die öffentliche Hand hat in Deutschland und in den anderen Ländern mit enormen Geldern die Forschung gefördert. Das ist üblich und notwendig, sonst würde sie in dem Maße gar nicht erfolgen.

An dem Streit mit AstraZeneca, aber auch mit anderen, sieht man, wir brauchen die Konzerne, damit sie den Impfstoff produzieren und dieser in die Welt kommt. Wir haben aber zu wenige Regelungen, dass er gleichmäßig in die Welt kommt und das, was als Benefit von der öffentlichen Hand in die Forschung gegangen ist, dann auch in eine vernünftige Verteilung des Impfstoffs im In- und Ausland mündet.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen uns dafür deutlich bessere Regelungen einfällen lassen. Da ist Politik gefordert, wie in vielen anderen Fällen.

Ich will abschließend allen Kolleginnen und Kollegen danken, dass es in dieser Enquete-Kommissionen ein angenehmes Zusammenarbeiten war, wir miteinander etwas erarbeitet haben, in dem ein Stück weit nachgelesen werden kann, wohin es gehen könnte.

Ich will die Gelegenheit nutzen, in diesen Dank für eine lange Zeit im Parlament, die ich hier sein durfte, alle Kolleginnen und Kollegen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einzubeziehen, aber auch der Freude Ausdruck zu verleihen, ich war gerne hier im Parlament.

Sie wissen, ich diskutiere gerne, bin dabei auch dem einen oder anderen über die Füße gegangen – nicht alle sind jetzt mehr hier im Parlament –, weil es für den Hartloff durchaus auch Zeiten gab, in denen er mehr am Streiten war. Dafür entschuldige ich mich ausdrücklich. Ich meine Sie nicht als Person, wenn ich streite, sondern es geht um die Sache. Im Eifer und in einer Demokratie gehört das dazu. Das sollten Sie weitermachen mit einem Stück Mut und mit Mut zu Veränderungen. Das gehört in einem Parlament dazu, in einem Parlament, das sich behaupten muss gegen eine starke Regierung, aber gleichwohl sei Dank gesagt für ein gutes Zusammenarbeiten mit der Regierung und vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die dort einen prima Job machen.

In einem nicht so großen Land wie Rheinland-Pfalz meint

man von außen oft, es seien Heerscharen von Mitarbeitenden in den Ministerien tätig. Dabei sind es oftmals nur zwei oder drei oder einer oder eine allein, die zu einem bestimmten Punkt rund um die Uhr und am Wochenende arbeiten, damit wir vernünftige Ergebnisse haben. Manche Anfragen, die Parlamentarier wie wir stellen, sind eine mittlere Beschäftigungstherapie für ganz viele Menschen. Das sollten wir bei unserer eigenen Arbeit, die für mich jetzt endet, mit ein paar Monaten Nachlauf noch, immer bedenken.

Ich will mit zwei Aspekten zur Pandemie enden. Einmal will ich Dietmar Wischmeyer zitieren. Der eine oder andere kennt ihn.

(Zuruf des Abg. Martin Haller, SPD)

Sie haben sogar diese Postille, diese Kolumne bekommen. Der schreibt jetzt dazu: „Für die Zeit nach Corona gibt es zwei große Befürchtungen. Zum einen, dass nichts mehr so sein wird wie vorher, und zum anderen, dass alles so bleibt wie zuvor.“

(Heiterkeit der Abg. Kathrin Anklam-Trapp,
SPD)

Gegensätze ziehen sich bekanntlich an, und deshalb wird wohl beides eintreten. Allein die Verteilung der Ereignisse auf das, was bleibt, und jenes, welches sich ändert, gehört zur dritten großen Befürchtung: Es wird alles noch viel schlimmer und von ganz anderem Übel als erwartet.“

(Heiterkeit des Abg. Alexander Schweitzer,
SPD)

Ich teile diese Auffassung nicht. Die Lehren, die wir aus Corona ziehen werden, werden wahrscheinlich eher bescheidene sein. Es ist an der Politik, notwendige Veränderungen, die wir aus den Erkenntnissen der Pandemie gewonnen haben, dann zu vollziehen. Das ist dann auch Ihr Job, wenn Sie hier wiedergewählt werden sollten.

Ich sehe, dass ich meine Zeit ganz enorm überzogen habe. Der Wunsch wäre, im Sinne von Saint-Exupéry – der einmal gesagt hat, es geht nicht darum, in die Zukunft zu sehen, sondern es geht darum, die Zukunft zu ermöglichen – Danke zu sagen für eine gute Zeit. – Santé!

(Beifall im Hause)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Berichterstatter, die Geschäftsordnung sagt nichts, wie Sie zu Anfang dargelegt haben, zur Dauer der Rede eines Berichterstatters. Daher kann die Redezeit nicht überzogen worden sein. Ich stelle dann auch fest, dass der Berichterstatter aufgrund seiner langjährigen Erfahrung als Parlamentarier diese seine letzte Chance angemessen genutzt hat. Danke schön. Alles Gute.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei AfD
und FDP)

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Aussprache über den Bericht der Enquete-Kommission. Die Fraktionen haben eine Grundredezeit von 5 Minuten vereinbart. Ich darf als Erstes Abgeordneter Anklam-Trapp von der Fraktion der SPD das Wort erteilen.

Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Heute führen wir unsere Arbeit in der Enquete „Corona-Pandemie“, die wir unter der profunden Leitung von Jochen Hartloff geführt haben, zu ihrem planmäßigen Ende, auch wenn wir uns noch immer in der Pandemie befinden und es schon mit vielen Herausforderungen zu tun hatten, die im Bericht aufgrund seines Entstehungszeitraums gar nicht mehr abgebildet werden konnten.

In der Kürze der Zeit, die ich mir auferlegt habe, werde ich den Aspekten des Berichts nicht gerecht werden können. Da verweise ich auf die Lektüre des Berichts. Es lohnt sich als grundlegendes Dokument, auch wenn sich die Pandemie nun schon weiterentwickelt hat.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir im Parlament die Anregungen der Enquete zur Beteiligung unserer Gremien an der Pandemie-Bekämpfung der Landesregierung schon aufgegriffen haben. Ich möchte heute nur einige wenige persönliche Schlussfolgerungen ziehen.

Wir alle verneigen uns Tag für Tag vor der Leistung der Menschen in unseren Gesundheits- und Pflegeberufen. Hier sind wir uns alle einig, dass wir in den kommenden Jahren eine Kraftanstrengung brauchen, die über das Klatschen als Dankeschön hinausgeht. Auch hier – darauf bin ich besonders stolz – gibt uns der Bericht Schlussfolgerungen an die Hand, die wir umsetzen müssen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, der Abschluss fällt mir besonders schwer, da ich mich hier vom Pult von zwei lieb gewonnenen und besonderen Kollegen verabschieden muss. Mit Jochen Hartloff verlässt uns einer der erfahrensten und aufrichtigsten Politiker unseres Landes. Lieber Jochen, nach all den Jahren der Zusammenarbeit in unserer gemeinsamen Fraktion hoffe ich, dass der Grundsatz gilt, niemand geht so ganz. Vielen Dank, lieber Jochen, für alles, was Du für uns getan hast.

(Beifall der SPD, der FDP, des BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der
CDU)

An dieser Stelle möchte ich meiner Kollegin Hedi Thelen danken, die heute ihre letzte Rede als Abgeordnete hält. Liebe Hedi, herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit. Wir haben in vielen gemeinsamen Jahren oft unterschiedliche Meinungen gehabt, aber wir waren immer an dem gemeinsamen Ziel orientiert, unser Land besser zu machen.

Für Euren neuen Abschnitt wünsche ich, auch im Namen meiner SPD-Landtagsfraktion, alles Gute.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der CDU, der FDP, des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt
bei der AfD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nun erteile ich das Wort der vorhin angesprochenen Abgeordneten Hedi Thelen von der Fraktion der CDU. Bitte schön.

Abg. Hedi Thelen, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Zunächst danke ich dem Vorsitzenden unserer Enquete-Kommission, Dir, lieber Jochen, für Deinen anschaulichen Bericht, der sicherlich auch noch einige Randbemerkungen beinhaltet hat, aber dem ich an vielen Stellen sehr gerne zustimme. Wir kennen uns auch schon sehr lange. Seit 1996 sind wir zusammen hier im Parlament und haben uns in den verschiedensten Zusammenhängen näher kennengelernt, auch in anderen Kommissionen. Vielen Dank dafür.

Ich schließe mich auch ausdrücklich seinem Dank an all diejenigen an, die uns in der Vorbereitung dieser Enquete geholfen haben, in der Verfassung des Einsetzungsbeschlusses, in der Durchführung, und vor allen Dingen an die Landtagsverwaltung für die aufwendige Zusammenstellung unserer Erkenntnisse in dem Abschlussbericht. Ich glaube, er ist wirklich sehr gelungen und auch, wenn einem das eine oder andere heute in dieser strammen Pandemie-Situation schon wieder als ein bisschen überholt erscheint, sind doch wichtige grundsätzliche Überlegungen und sehr gute Erkenntnisse enthalten. Herzlichen Dank an die Landtagsverwaltung und auch an das Ministerium für die umfangreiche Faktenlieferung.

Vor einem Jahr begann auch unser Kampf gegen die vom neuen Virus SARS-CoV-2 ausgelöste Seuche, die schnell den Weg von China nach Europa und Deutschland gefunden hat. In Deutschland wurde der erste Fall einer Infektion am 27. Januar 2020 gemeldet, in Rheinland-Pfalz am 26. Februar. Mit den noch frischen Eindrücken des schwierigen Kampfes, der Nöte und Sorgen sahen wir uns als CDU-Fraktion in der Verantwortung, mit einer Enquete-Kommission ein erstes Resümee zu ziehen: Was ist gut gelaufen, was hat heftig geruckelt, und was sollte auf keinen Fall wieder passieren?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dabei erinnere ich mich gut und schmerzlich an Gespräche mit schier verzweifelten Heimleitungen, egal ob ambulante oder stationäre, Pflegeeinrichtungen oder Wohneinrichtungen für behinderte Menschen, die damals nicht mehr wussten, wie sie sich, wie sie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und vor allem wie sie die ihnen anvertrauten Menschen, die pflegebedürftigen und behinderten Menschen, schützen konnten, weil alles fehlte, was Schutz gegeben hätte, Masken und, und, und. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das darf uns nie mehr passieren.

(Beifall der CDU)

Auch wegen der befürchteten zweiten Infektionswelle wollten wir zeitnah Erkenntnisse zusammentragen und aus den Schwierigkeiten Lehren ziehen, damit sie nicht wiederholt werden. Unsere CDU-Fraktion beantragte daher Mitte März die Einsetzung einer entsprechenden Enquete-Kommission. Ich bin sehr froh, wir waren insgesamt sehr froh, dass die Regierungsfractionen dieses Ansinnen gerne mit aufgegriffen haben und wir gemeinsam nach einem guten Abstimmungsprozess einen Einsetzungsbeschluss im Mai-Plenum fassen konnten.

Wir sind dankbar für die Damen und Herren, die wir als ständige Experten gewinnen konnten. Von uns war es Frau Dr. Franke, die Direktorin des Landkreistags, und Sebastian Rutten, der seit vielen Jahren Geschäftsführer der PflegeGesellschaft ist. Wir hatten noch den Präsidenten der Krankenhausgesellschaft, den Geschäftsführer der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU), wir hatten Wissenschaftler, wir hatten wirklich eine gute Bandbreite dabei, um alle Themen mit Experten beraten zu können. Deshalb danke ich ausdrücklich für die Unterstützung und die Bereicherung allen ständigen Sachverständigen.

Im zweiten Halbjahr führten wir drei intensive Anhörungen mit Wissenschaftlern und Experten aus der Praxis durch. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist natürlich nicht selbstverständlich, wenn wir noch mitten in der Pandemie sind, diese Praktiker zu gewinnen. Schon zu diesem relativ frühen Zeitpunkt nach Beginn der Pandemie wissenschaftliche Expertise finden zu können, als wir wirklich Wissenschaftler hatten, die sich mit unseren Fragestellungen sehr intensiv auseinandergesetzt haben und bereit waren, ihr Wissen in unsere Arbeit einzubringen und uns teilhaben zu lassen, hat mich sehr beeindruckt. Ich kann nur empfehlen, dies auch in Zukunft in der normalen alltäglichen Arbeit viel mehr zu nutzen.

Die Wissenschaft war sehr froh, dass sie diese Expertise in dieses Gremium einbringen konnte. Eine junge Wissenschaftlerin sagte mir, oft gibt es nur den Artikel in einer Fachzeitschrift, und das war es mit der ganzen Arbeit. Dafür ist diese Arbeit zu schade. Lesen Sie es nach, es sind wunderbare wichtige Erkenntnisse, auch zu dem, was die Pandemie mit unserer Gesellschaft gemacht hat, in unserem Abschlussbericht enthalten.

Ich will nur auf einige wenige Empfehlungen eingehen, die uns wichtig sind. Sie können alles nachlesen, aber für uns ist das noch einmal wichtig, weil diese Pandemie wie ein Schlaglicht darauf gewiesen hat, wo unser Gesundheitssystem tatsächlich Probleme hat. Ich danke allen Ärzten, allen Pflegekräften, all denjenigen, die kranken und pflegebedürftigen Menschen helfen, aber wir brauchen dringend mehr. Ich glaube, da sind wir uns einig. Wir brauchen mehr Ärzte, wir brauchen mehr Pflegekräfte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, ich bin froh, dass wir zu diesem Thema einige wirklich wich-

tige Empfehlungen zusammen beschlossen haben, gerade was den Aufbau der Fachkräfte in den Gesundheitsberufen angeht. Wir wollen aber zusätzlich an unseren Zielen festhalten, dass wir dringend 200 zusätzliche Medizinstudi- enplätze in diesem Land brauchen, damit die Basis wieder stimmt;

(Beifall der CDU)

denn nur mit einer guten Basis können auch die Quoten, die wir haben, die Landarztquote und die Quote für den Öffentlichen Gesundheitsdienst, der auch schon seit Jahren unter Personalmangel leidet, vielleicht eine spürbare Wirkung entfalten. Das würde uns sehr freuen.

Wir müssen natürlich diese gute und ausreichende Versorgung der nötigen persönlichen Schutzausrüstung durch verlässliche Lieferketten und möglichst auch Produktionsstandorte in Deutschland oder Europa gewährleisten. Wir brauchen Kommunikations- und Entscheidungsinfrastrukturen mit Blick auf die Pandemie-Lagen. Die müssen erst einmal überprüft werden. Sind sie gut? Dort, wo nachgesteuert werden muss, muss das geschehen, und zwar unabhängig von der Frage, wer wo welche Regierung führt. Es müssen die Ebenen besser miteinander kommunizieren.

Gerade was das Thema „Kommunikation“ angeht, brauchen wir unseres Erachtens auch dringend ein Landesgesundheitsamt. Die Probleme mit der Einführung der neuen Software zeigen,

(Glocke des Präsidenten)

wie wichtig ein solches Landesgesundheitsamt wäre, gerade in der Unterstützung der Gesundheitsämter vor Ort.

(Beifall der CDU)

Ich sage vielen Dank, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, ich sage vielen Dank für das Miteinander. Ja, ich kann es gerne auch an viele Kolleginnen und Kollegen, denen ich begegnet bin hier in dieser Arbeit, in den Ausschüssen, in denen ich Mitglied war, und auch den Regierungsvvertreterinnen sagen; denn nur in der Anfangszeit hat es Männer auf dieser Position gegeben: Galle, Florian Gerster, dann kam die jetzige Ministerpräsidentin Frau Dreyer, und nach ihr ist es seit einigen Jahren Frau Bätzing-Lichtenthäler.

Ich sage auch Dankeschön, weil es nicht selbstverständlich ist. Beiden war es immer wichtig, selbst in unsere Ausschüsse zu kommen. Es war lange Jahre nur ein Ausschuss, jetzt sind es zwei. Vielen Dank auch für diese Wertschätzung.

Das ist ein Punkt, den ich gerne ansprechen möchte. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, dass es in den Wochen vor den Wahlen besonders schwierig ist, aber wenn wir nicht wertschätzend bei aller Schärfe in der sachlichen Auseinandersetzung miteinander umgehen, wie können wir dann erwarten, dass die Bürgerinnen und Bürger uns wertschätzen?

(Beifall im Hause)

Erhalten Sie sich dies. Die allermeisten sind hier, weil sie sich auf dem Boden unserer Verfassung für eine positive Fortentwicklung unserer Gesellschaft einsetzen wollen. Dabei dienen wir den Menschen und dem Land und sollten uns selbst nicht so wichtig nehmen.

Leben Sie wohl, bleiben Sie gesund. Es war mir eine Freude und eine Ehre.

(Beifall im Hause)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Sehr geehrte Frau Abgeordnete Thelen, liebe Hedi, der Applaus zeigt Dir die Wertschätzung der Kolleginnen und Kollegen. Alles Gute.

Meine Damen und Herren, ich darf nun den nächsten Redner ans Rednerpult bitten. Das ist der Abgeordnete Frisch von der Fraktion der AfD.

Abg. Michael Frisch, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Frau Thelen, zunächst einmal vielen Dank für die wirklich schönen und guten Worte zum Thema „Respektvoller Umgang und Wertschätzung“. Ich kann das nur ausdrücklich unterstreichen.

(Zuruf aus dem Hause: Ui, ui!)

Ich wünsche Ihnen im Namen meiner Fraktion alles Gute für die parlamentsfreie, aber sicherlich nicht politikfreie Zeit, die jetzt vor Ihnen liegt.

(Beifall der AfD)

Frau Dr. Groß hat meine Fraktion in der Enquete-Kommission zur Corona-Pandemie vertreten. Leider kann sie an der heutigen Sitzung aufgrund eines Sterbefalls in ihrer Familie nicht teilnehmen. Ich werde deshalb ihre Stellungnahme hier für sie vortragen.

Meine Damen und Herren, der Landtag hat in seiner 102. Sitzung am 27. Mai 2020 auf Antrag der regierungstragenden Fraktionen und der CDU die Einsetzung einer Enquete-Kommission mit dem Titel „Vorsorge- und Bekämpfungsmaßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus in Rheinland-Pfalz und Konsequenzen für die Pandemiepolitik“ beschlossen. Ziel war es, eine fundierte Bewertung unter Inanspruchnahme anzuhörender Experten vorzunehmen und daran anschließend Handlungsempfehlungen vorzuschlagen.

Am 27. November 2020 wurde der Abschlussbericht verabschiedet. Die von unserer Fraktion abgegebenen Empfehlungen wurden, wie üblich, allesamt abgelehnt und als Minderheitenvotum dokumentiert.

Rückblickend betrachtet waren die Sitzungen der Enquete-Kommission sehr aufschlussreich. Das Anhörungsverfahren

in dem die Vortragenden mit ihrer jeweiligen spezifischen Expertise unsere Grundkenntnisse angereichert und einen Einblick in das jeweilige Sachthema gewährt haben, war für alle Beteiligten wertvoll. Die einzelnen Fraktionen haben jeweils eigene Schwerpunkte gesetzt, und das war gut so.

Für die AfD-Fraktion war es von essenzieller Bedeutung, den Lockdown als staatliche Maßnahme auf seine Verfassungsmäßigkeit hin untersuchen zu lassen, ist es doch insbesondere dieses Instrument zur Pandemie-Bekämpfung, das über das Ausmaß der Kollateralschäden bestimmt.

So erleben wir zurzeit umfangreiche Freiheitseinschränkungen, die in der jüngsten Geschichte unseres Landes beispiellos sind. Wir erleben die größten ökonomischen Schäden, die je in Friedenszeiten nicht durch ein Virus, sondern durch politische Entscheidungen verursacht worden sind und aktuell weiter verursacht werden.

Wir erinnern uns: Ziel des Lockdowns war nicht die Bekämpfung von SARS-CoV-2, sondern es ging – jedenfalls zu Beginn – darum, die Überlastung der Krankenhäuser zu verhindern. Professor Murswiek, Experte für öffentliches Recht, konnte in seiner umfangreichen Stellungnahme darlegen, dass der Lockdown am 15. April nicht hätte verlängert werden dürfen; denn der damals als Richtwert für staatliche Handlungsmaßnahmen geltende R-Wert lag bereits dauerhaft unter dem angestrebten Zielwert von 1, und das sogar schon am 23. März, der Ausrufung des ersten Lockdowns.

Damit hatte die Verlängerung des Lockdowns keinen Einfluss mehr auf das Infektionsgeschehen. Das Argument, Kliniken vor Überlastung schützen zu wollen, wurde gegenstandslos. Die Notwendigkeit einer weiteren Lockdown-Verlängerung über den 15. April hinaus habe es nicht mehr gegeben, so Professor Murswiek. Die wider besseren Wissens dennoch beschlossene Verlängerung sei damit retroaktiv verfassungswidrig gewesen.

Die infolgedessen eingetretenen ökonomischen, gesellschaftlichen und sozialen Kollateralschäden hätten ebenso vermieden werden können wie die unzähligen schweren menschlichen Schicksale, die mit ihm verknüpft waren und sind.

Die rechtliche Untersuchung des staatlich angeordneten Lockdowns mit seinem ambivalenten Charakter als Instrument zur Bekämpfung der Pandemie, gleichzeitig aber auch als Ursache enormer Schäden, hatte insofern eine erhebliche Bedeutung für uns.

Ausdrücklich betonen möchten wir, dass die insgesamt sechs Sitzungen der Kommission ruhig und sachlich abgelaufen sind. Diese Einschätzung wurde durch den Dank des Sachverständigen Rutten, Geschäftsführer der Pflege-Gesellschaft Rheinland-Pfalz, an die Abgeordneten aller Fraktionen bestätigt. Damit hob sich Herr Rutten in erfrischer Weise von der unprofessionellen und wenig qualifizierten Aussage einer SPD-Kollegin ab, die nach fünf Jahren immer noch nicht wahrhaben wollte, dass in dieser

Legislaturperiode fünf und eben nicht vier Fraktionen im Landtag vertreten sind.

Meine Damen und Herren, eine Enquete-Kommission ist eine wichtige Plattform, um einen fundierten Blick aus unterschiedlichen Perspektiven auf den Beratungsgegenstand zu erhalten, diese Erkenntnisse zu diskutieren, zu bewerten und darauf aufbauend schließlich Empfehlungen abzugeben. Dieses Ziel hat die Enquete-Kommission zweifellos erfüllt. Es ist zu hoffen, dass alle guten Vorschläge Gehör finden werden, auch diejenigen, die als Minderheitenvotum dargestellt sind.

Abschließend möchten wir uns ausdrücklich bei allen bedanken, die mittelbar und unmittelbar an der Durchführung der Enquete-Kommission mitgewirkt haben, insbesondere auch bei dem Vorsitzenden der Kommission für seine stets souveräne und respektvolle Leitung.

(Beifall der AfD)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der AfD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nun erteile ich dem Abgeordneten Wink für die Fraktion der FDP das Wort.

Abg. Steven Wink, FDP:

Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die eingesetzte Enquete-Kommission „Corona-Pandemie“ sollte die unterschiedlichen Auswirkungen der Pandemie auf die Gesellschaft, das soziale Leben, die Wirtschaft und den Alltag eines jeden Menschen aufgreifen, bewerten und dazu Empfehlungen entwickeln.

Es wurde angesprochen, in intensiven Sitzungen haben wir zusammen mit den Sachverständigen einen Schlussbericht beschlossen, der Ihnen heute vorliegt. Er ist dem Namen nach zwar ein Schlussbericht, kann in dieser Zeit aber allenfalls nur ein Zwischenbericht sein.

Seit dem Beschluss des Landtags im Mai habe ich in der Kommission persönlich viel gelernt, viel erfahren, aber auch feststellen müssen, dass uns der Verlauf der Pandemie in den Beratungen oftmals überholt hat. Die Infektions- und Todeszahlen sind heute ganz anders als zu Beginn der Enquete-Kommission. Gleiches gilt für die Einschränkungen und andere Themen.

Trotz dieser Bedingungen haben wir parteiübergreifend – dafür darf ich danken – Themen herausgearbeitet, die auch uns Freien Demokraten wichtig sind. Ich möchte einige Punkte erwähnen, die teilweise zeitlos sind.

Erstens – der Vorsitzende Hartloff hat dieses Thema vorhin angeschnitten –: Einschränkungen müssen wir immer begründen, kontrollieren, legitimieren und den Menschen

transparent und verständlich darlegen. Gerade für Politikerinnen und Politiker ist es aber wichtig, dafür zu sorgen, dass wir diese ehrlich und fundiert in die Öffentlichkeit tragen. Das ist kein Extra; das ist eine fundamentale Voraussetzung.

Zweitens: Wir haben ebenfalls über die enormen Herausforderungen, aber auch Chancen im Bereich der Digitalisierung gesprochen. In allen Bereichen gab und gibt es gewaltige Digitalisierungsbemühungen. Auch im Gesundheitswesen und in der Pflege sollten digitale Anwendungen die Beschäftigten entlasten und das Gesundheitssystem unterstützen. Die Telemedizin – das war auch Teil der Anhörung – kann über die Pandemie hinaus die Versorgung im ländlichen Raum stärken, wenn sie in Balance mit der menschlichen Leistung der Ärzte und Pflegekräfte steht.

Im Arbeitsleben wurde verstärkt auf das Homeoffice gesetzt, das mit Video- und Telefonkonferenzen – wir haben es selbst erlebt – ergänzt wurde. Es gab einen enormen Schub, der unter der Berücksichtigung der Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen sowie Arbeitgebern über die Pandemie hinaus gelten wird. Es sind wahnsinnige Herausforderungen. Eines wurde aber deutlich: Es sind auch sehr große Chancen.

Drittens: Wir haben festgestellt, dass Rheinland-Pfalz die Pandemie bisher und im Vergleich gut bewältigt hat. Wir haben es gestern gehört; viele meiner Vorredner haben das heute auch angesprochen. Deswegen möchte ich nicht weiter darauf eingehen. Ich möchte nur sagen: Ein Versagen der Landesregierung, wie es manch einer behauptet, sieht anders aus. – Das möchte ich in aller Deutlichkeit noch einmal betonen.

Meine Damen und Herren, es ist nur dem Namen nach ein Schlussbericht. Wir alle müssen partei- und fraktionsübergreifend weiter daran arbeiten, dass Rheinland-Pfalz durch diese Pandemie kommt.

Am Ende darf auch ich noch einmal den Herren Schlenz und Mensing für die Betreuung der Enquete-Kommission danken. Mit Herrn Schlenz durfte ich jetzt schon die zweite Enquete-Kommission erleben. Danke für die Zusammenarbeit. Ich darf den Sachverständigen und Anzuhörenden danken, die uns sehr fundiert und mit viel Sachkenntnis weitergebracht haben. Ich darf dem Kollegen Hartloff danken für die gute Zeit. Wir kennen uns noch nicht so lange, aber wir kommen aus derselben Region. In Zukunft komme ich nach Kusel gefahren, dann holen wir das dort nach. Es hat immer Spaß gemacht, in der Zeit, in der ich Sie – Dich – kennenlernen durfte.

Ich darf auch Frau Thelen danken. Liebe Hedi, ich kenne Dich noch nicht so lange wie die Kollegin Anklam-Trapp, aber es war immer sehr respektvoll und auf Augenhöhe in der Diskussion. Auch dafür noch einmal vielen Dank. Beiden und allen anderen Kollegen an dieser Stelle viel, viel Gutes für den Unruhestand, wie man es so schön nennt.

Danke schön.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nun erteile ich der Abgeordneten Binz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Abg. Katharina Binz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu Beginn noch einmal ganz an den Anfang der Arbeit der Enquete-Kommission gehen. In der konstituierenden Sitzung habe ich gesagt, dass sich der Föderalismus nach meinem Dafürhalten, anders als oft in der öffentlichen Debatte behauptet, in der Krise bewährt hat.

Auch heute, schon einige Monate nach dem Ende unserer Enquete-Kommission, aber mitten in der bislang schwierigsten Phase der Pandemie, bleibe ich bei dieser Feststellung. Unsere föderale behördliche Struktur hat sehr dazu beigetragen, dass die notwendigen Maßnahmen schnell und effizient in die Fläche des Landes gebracht wurden.

Ein Teil des Föderalismus sind eben auch wir, sind die Länderparlamente. Es ist unsere Aufgabe, die ergriffenen Maßnahmen und Einschränkungen transparent zu diskutieren und so zum demokratischen Prozess beizutragen. Das hat der Landtag Rheinland-Pfalz in ganz außerordentlicher Weise mit dieser Enquete-Kommission getan, die bislang immer noch die einzige der Länderparlamente geblieben ist.

Ja, es gab und gibt immer noch Einschränkungen und Eingriffe, die in normalen Zeiten in einer liberalen Demokratie wie der Bundesrepublik nicht zu rechtfertigen wären. In einer Pandemie, wie die, in der wir uns befinden, sind sie jedoch mitunter notwendig, um Leben zu schützen und den Schutz nach den Grundrechtsartikeln 1 und 2 zu gewährleisten.

Das entbindet uns Abgeordnete aber nicht davon, die Diskussion und die Meinungsbildung über diese Maßnahmen zu führen. Ich finde, diesem Auftrag sind wir in der Enquete-Kommission sehr gut nachgekommen. Ich schließe mich den Ausführungen meiner Vorrednerinnen und Vorredner zu den Empfehlungen für die Weiterentwicklung des Gesundheitssystems an, insbesondere was die Frage der Fachkräftesicherung angeht, insbesondere was die Fragen zu den Arbeitsbedingungen in der Pflege, aber auch in den medizinischen Berufen angeht.

Ich möchte aber auf zwei Bereiche eingehen, die meiner Fraktion in der Enquete-Kommission wichtig waren. Das ist einmal die Rolle der Wissenschaft, und das sind die sozialen Folgen der Pandemie.

Zur Wissenschaft: Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen in politische Entscheidungen einbezogen werden und Grundlage einer guten Gesundheitskommunikation sein.

Es ist wichtig, die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu vermitteln und in eine Alltagssprache zu übersetzen, um alle mitzunehmen. Grundlegend ist eine verstärkte Aufklärungsarbeit in der Pandemie nötig; denn die noch nie dagewesene Situation führt zu großer Unsicherheit und Angst. Eine gute und transparente Gesundheitskommunikation kann den Menschen Antworten und Halt geben.

Zur Rolle der Wissenschaft weiter müssen wir – das haben wir heute Morgen bereits besprochen – die Grundlagenforschung besser finanzieren. Die vorbereitende Grundlagenforschung, bis hin zur klinischen Studie und zur Entwicklung von Impfstoffen, sollte stärker staatlich gefördert werden, weil wir nicht davon ausgehen können, dass das die letzte Pandemie bleibt, und um die Impfstoffforschung aufzuwerten und bestehende Lücken zu schließen. Gleichzeitig gilt das zu beachten, was der Kollege Hartloff über die Verteilung und Verfügbarmachung der Impfstoffe im globalen Sinn gesagt hat.

Soziale und psychische Folgen der Pandemie zeigen sich nicht direkt, aber sie haben enorme gesellschaftliche Auswirkungen. Deshalb haben wir die sozialen Folgen der Pandemie zu unserem Schwerpunkt gemacht. Die Datenlage darüber verbessert sich immer mehr. Jetzt, nach fast einem Jahr Pandemie, zeigen sich die Auswirkungen in der Datenlage. Es zeigt sich, dass die Corona-Pandemie die bestehenden sozialen Ungleichheiten weiter verschärft hat. Gesundheitliche Risiken sind sehr ungleich verteilt. Armut führt zu einem höheren Infektionsrisiko. Außerdem sind finanzielle Sorgen und Angst um den Arbeitsplatz soziale Risikofaktoren für psychische Erkrankungen.

Es ist davon auszugehen, dass sich Schulschließungen negativ auf den Lernfortschritt und damit auch auf den späteren Bildungserfolg auswirken. An dieser Stelle haben sozial benachteiligte Kinder stärker als Kinder von höher gebildeten Eltern unter den Schulschließungen zu leiden.

Auch wenn erste Ergebnisse aus der Wissenschaft zeigen, dass Männer in der Corona-Pandemie, insbesondere in der Zeit der Schul- und Kitaschließungen, bei der Übernahme sogenannter Care-Arbeit aufgeholt haben, übernehmen Frauen nach wie vor den Großteil dieser Care-Arbeit. Das zeigt, dass es nach wie vor keine tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern gibt. Das hat auch die Pandemie weiter bewirkt. Das heißt, um eine gerechtere Verteilung der Care-Arbeit zu erreichen und den Rückfall in traditionelle Rollenbilder zu verhindern, bedarf es weiterhin gezielter und politischer Maßnahmen.

Die Arbeit der Enquete-Kommission ist abgeschlossen, aber die Aufarbeitung der Pandemie kann noch nicht abschließend sein. Ich hoffe, dass die Ergebnisse dieser Enquete-Kommission auch nach einer erfolgreichen Bekämpfung der Pandemie und der Aufhebung der Einschränkungen und Maßnahmen nicht in Vergessenheit geraten. Gerade die sozialen Auswirkungen dieser Pandemie werden uns noch lange beschäftigen. Es wird beherztes politisches Handeln brauchen, um die Vertiefung der sozialen Spaltung, die durch Corona entstanden ist, wieder zuzu-

schütten.

Auch ich möchte mich natürlich bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die uns geholfen und unterstützt haben, bei Herrn Dr. Mensing und Herrn Schlenz von der Landtagsverwaltung,

(Glocke des Präsidenten)

bei allen Sachverständigen und Expertinnen und Experten.

Zum Ende meiner Redezeit möchte auch ich ganz herzlich Frau Kollegin Thelen und Herrn Kollegen Hartloff für die Zeit danken, in der Sie sich in den Dienst für unser Land gestellt und hier mitgewirkt haben. Auch ich habe nur einen kurzen Ausschnitt Ihres politischen Wirkens mitbekommen, das mich aber immer sehr beeindruckt hat, vor allem Ihre Arbeit als Ausschussvorsitzende in den Ausschüssen, in denen ich mitwirken konnte. Haben Sie vielen Dank dafür, auch im Namen meiner Fraktion.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir nicht mehr vor. Damit können wir die Beratung des Abschlussberichts der Enquete-Kommission „Corona-Pandemie“ abschließen. Der Bericht ist mit der Besprechung erledigt.

Ich rufe **Punkt 19** der Tagesordnung auf:

Arbeit und Arbeitsergebnisse des Ausschusses der Regionen (AdR) im Zeitraum Juli 2019 bis Juli 2020

Besprechung des Berichts der Landesregierung (Drucksache [17/13725](#)) gemäß Beschluss des Landtags vom 22. April 1999 zu Drucksache [13/4100](#)

Die Fraktionen haben eine Grundredezeit von 3 Minuten vereinbart. Ich darf um Wortmeldungen bitten. – Für die Landesregierung berichtet zunächst Frau Staatssekretärin Raab.

Heike Raab, Staatssekretärin:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Als rheinland-pfälzisches Mitglied im AdR berichte ich heute gerne über dieses Gremium, welches das Europa der Regionen nunmehr seit 1994, seit 27 Jahren, repräsentiert. Es ist eine gute Tradition im rheinland-pfälzischen Landtag, über die vergangenen zwei Jahre der Arbeit zu berichten. Lieber Herr Ausschussvorsitzender Andreas Hartenfels, das tun wir regelmäßig im Ausschuss für Europa und eine Welt.

Besonders in dieser Mandatsperiode, die im Januar 2020 begonnen hat, war natürlich, alles überlagernd, die Corona-Pandemie. Ich kann jetzt nahtlos an den Bericht der

Enquete-Kommission anschließen, allerdings aus europäischer Sicht.

Das hat dazu geführt, dass die erste Sitzung abgesagt wurde, wir dann aber – da zeigt sich Europa in Stärke, Innovationskraft und Digitalisierung – hybrid und digital mit den anfangs noch 28 Mitgliedstaaten, jetzt 27 Mitgliedstaaten, in ganz Europa zusammengekommen sind. Das geschah über das estnische System „Interactio“, das Simultanübersetzungen ermöglicht und worüber wir wirklich auf eine sehr intelligente und technologieoffene Art und Weise miteinander diskutieren konnten. Wir konnten damit ganz normal die Plenarsitzungen abhalten, die sonst immer in Brüssel stattfinden.

Ich bin froh, dass es mir als Mitglied in der Fachkommission für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur (SEDEC) gelungen ist, eine Arbeitsgruppe nach Mainz einzuladen. Mainz ist der Medienstandort. Hier sind wichtige Einrichtungen für den Jugendmedienschutz etabliert. Wir haben jugendschutz.net und andere Einrichtungen besucht, weil sie beispielgebend in Europa sind und zeigen, wie man aktiv Jugendmedienschutz betreiben kann. Wir konnten zudem für den Medienstandort Rheinland-Pfalz werben.

Wir haben eine Reihe von Megathemen gehabt. Natürlich die Pandemie, aber auch den Brexit und wie wir damit umgehen, internationale Handelsabkommen mit den USA und China und die Auswirkungen auf die Regionen, den Green Deal, den Klimawandel und was er mit Städten, Regionen und Kommunen macht, die digitale Transformation, aber auch Flüchtlingsfragen.

All das haben wir insbesondere auf zwei Themen konzentriert: Wie kann das Europa der Regionen noch stärker werden, wie können sich die Regionen noch stärker einbringen? Und: Wie gestalten wir die Zukunft Europas mit den Bürgerinnen und Bürgern?

Hierbei geht es auch um die Konferenz zur Zukunft Europas, die wegen der Pandemie nicht wie geplant starten konnte. Auch an dieser Stelle werden wir uns ganz aktiv einbringen; denn Städte und Regionen sind der Puls des Europas, welches wir den Menschen als Land im Herzen Europas nahebringen.

Insofern freue ich mich, dass wir heute eine weitere Aussprache zu der Arbeit im Ausschuss der Regionen haben.

Danke.

(Beifall der SPD und bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Ich eröffne die Aussprache zu dem Bericht und darf Frau Abgeordneten Scharfenberger für die Fraktion der SPD das Wort erteilen.

Abg. Heike Scharfenberger, SPD

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade in diesen durch die Pandemie gekennzeichneten schwierigen Zeiten kommt dem AdR eine besondere Bedeutung als Schnittstelle und Bezugspunkt zwischen der Europäischen Union und ihren lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu.

300 Regionen und 90.000 Kommunen sind der demokratische Unterbau der EU und ihr Sicherheitsnetz. Die lokalen und regionalen Entscheidungsträger stehen bei der Bekämpfung der Pandemie an vorderster Front. Damit Europa besser zu den Menschen in den Regionen durchdringen und konkrete Lösungen für ihre Bedürfnisse finden kann, muss den regionalen und lokalen Entscheidungsträgern ein größeres Mitspracherecht im Beschlussfassungsprozess der EU eingeräumt werden.

Diese Zusammenarbeit des AdR und der EU wurde in den vergangenen Jahren immer besser. Das kann man erkennen an der Verabschiedung des Plans zur Unterstützung, Information, Einbeziehung und Vertretung von Regionen und Ländern oder auch an der Erstellung einer COVID-19-Austauschplattform, die die Zusammenarbeit und Unterstützung zwischen Städten und Regionen in ganz Europa fördern soll.

Meine Damen und Herren, die Corona-Pandemie hat natürlich die Arbeit des AdR sehr belastet. Zum einen waren die hohen Fallzahlen in Brüssel sehr bedenklich. Man machte sich schon seine Gedanken um die Sicherheit der vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die man persönlich kennt. Zum anderen fehlen ganz besonders die Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen am Rande von Sitzungen. Hier konnte sich intensiv ausgetauscht werden. Netzwerken ist bei Videokonferenzen eben einfach schwer.

Dennoch wurde die Arbeit fortgeführt. Im Februar 2020 wurde ein Generationswechsel im Präsidium vollzogen. Zum Präsidenten wurde der 43-jährige Apostolos Tzitzikostas gewählt. Er ist ein engagierter Lokalpolitiker und Gouverneur von Zentralmazedonien. Er hat den Vorsitz im Verband der griechischen Regionen.

Meine Damen und Herren, man könnte die Arbeit des AdR stark verkürzend damit überschreiben, immer wieder auf die Sichtweisen und Notwendigkeiten der Regionen und Gemeinden hinzuweisen. Aufgrund der Kürze der Redezeit möchte ich nur ein wichtiges Beispiel nennen. Die Kohäsionspolitik brauchen wir heute mehr denn je. Mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen werden die Städte und Regionen stärker unterstützt, um die sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden sowie die territorialen Ungleichgewichte und Ungleichheiten zwischen den Bürgern zu verringern.

Der AdR wird sich weiter dafür einsetzen, dass die Wirkung des EU-Haushalts und sein zusätzlicher Nutzen für den Alltag der Bürgerinnen und Bürger noch greifbarer wird.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nächster Redner ist für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Barth.

Abg. Thomas Barth, CDU:

Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Mit der Berichterstattung zur Arbeit und den Arbeitsergebnissen des Ausschusses der Regionen pflegen wir in diesem Hause eine gute Tradition.

Der AdR ist institutionelles Sprachrohr für die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften sowie Gralshüter des Subsidiaritätsprinzips. Kurzum, er verkörpert das Regionale im Europäischen.

Der AdR gibt Regionen und Städten ein formelles Mitspracherecht bei der EU-Gesetzgebung und stellt so sicher, dass deren Positionen und Bedürfnisse gehört und berücksichtigt werden.

Meine beiden Vorrednerinnen haben es bereits ausgeführt, in den Berichtszeitraum 2019/2020 sind ganz wesentliche Ereignisse und Herausforderungen für die EU gefallen, natürlich der Dauerbrenner Brexit, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, der Green Deal, die Debatte über die Zukunft Europas und damit eng verbunden der Mehrjährige Finanzrahmen 2021 bis 2027 sowie als größte Herausforderung COVID-19. Darauf ist Frau Scharfenberger eben schon sehr genau eingegangen.

Wichtige Impulse und Empfehlungen sind vom AdR bei der Ausarbeitung des Klimapakts, beim Schnüren des Gesetzespakets zur Kohäsionspolitik und bei der Frage nach einem höheren Budget für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ausgegangen. Das haben wir, ich finde das besonders wichtig zu betonen, immer wieder im Europaausschuss besprochen.

Ferner hat der AdR auf ein stärkeres Mitspracherecht für regionale Parlamente bei Gesetzgebungsprozessen der Europäischen Kommission hingewirkt, ebenso auf eine stärkere Rolle der EU-Bürgerinnen und Bürger bei der Entscheidungsfindung im Hinblick auf die Zukunft Europas.

Gerade dieser letzte Punkt ist meines Erachtens besonders wichtig. Für die Akzeptanz Europas ist es wichtig, die demokratische Legitimation der europäischen Institutionen zu stärken. Wir müssen Europa stärker von unten her denken. Viele Menschen wollen, dass sich Europa um die großen Dinge kümmert, weniger um die kleinen. Oder wie es einmal Jean-Claude Juncker gesagt hat: „Big on the big things, small on the small things.“

(Beifall der Abg. Martin Brandl und
Matthias Lammert, CDU)

Vieles können wir nun einmal auf lokaler Ebene am besten regeln und lösen. Wir sind in Europa immer dann erfolgreich, wenn wir das Prinzip der Subsidiarität achten. Hierfür spielt der AdR eine entscheidende Rolle.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich abschließend noch eine Sache aufgreifen, die ich immer wieder sage, jetzt wieder sage und auch in Zukunft sagen werde: Vielen Bürgerinnen und Bürgern ist nicht hinreichend bewusst, wie sehr sie erstens unmittelbar von Europa profitieren und dass es etwa EU-Förderprogramme gibt – Sie kennen sie alle, EFRE, LEADER, ESF zum Beispiel –, die den Kommunen Fördermittel an die Hand geben, mit denen sie eigenständig über die Zukunftsgestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfelds entscheiden können.

Zweitens ist vielen nicht bewusst, dass es eine Institution wie den Ausschuss der Regionen gibt, die ihren Anliegen ganz unmittelbar Ohr und Stimme in Brüssel verleiht, die aber – das ist das Kuriose – in der breiten Öffentlichkeit noch immer nicht jene Wertschätzung erfährt, die ihr aufgrund ihrer Bedeutung eigentlich zukommt, ganz einfach deswegen, weil sie sehr unbekannt ist.

Deswegen fordere ich uns Volksvertreterinnen und Volksvertreter, überzeugte Europäerinnen und Europäer herzlich auf, viel stärker die Werbetrommel für Europa und den Ausschuss der Regionen zu rühren, um unseren Mitmenschen ins Bewusstsein zu rufen, welcher Mehrwert von dieser Institution für ihre Belange in Europa ausgeht. Dafür setze ich mich sehr gerne ein, und das sollten wir alle tun.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU, bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Giordina Kazungu-Haß, SPD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nun hat der Abgeordnete Schmidt für die Fraktion der AfD das Wort.

Abg. Martin Louis Schmidt, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kollegen! Die AfD erachtet die Arbeit des Ausschusses der Regionen als eine sehr wichtige; denn demokratische Defizite und zentralistische Politikvorstellungen waren und sind Kernmerkmale der heutigen Europäischen Union.

Der Rat der Regionen kann, wenn auch nur mit beratender Funktion, Einfluss auf die einzelnen EU-Organe ausüben und ist damit potenziell ein Art föderales Korrektiv, das sich für die mannigfaltigen Interessen der überaus vielfältigen regionalen Gemeinschaften einsetzt.

Als Sprachrohr der Regionen obliegt es dem Rat der Regionen, Forderungen in der ganzen Bandbreite des politischen Themenspektrums an die EU heranzutragen. So weit die Theorie.

Insbesondere durch die Auswirkungen der Corona-Krise sind im Bereich der Wirtschaft umfassende Maßnahmen auf allen politischen Ebenen notwendig. Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert – damit komme ich zur dokumentierten Praxis –, dass in dem vorliegenden Bericht über die wirtschaftspolitischen Stellungnahmen lediglich drei inhaltsleere Zeilen zu finden sind.

Die Wirtschaftsförderung auf europäischer Ebene – das merken wir in Corona-Zeiten mehr denn je – ist dermaßen diffus und unwirksam, dass man dies mit Vorschlägen aus dem Ausschuss der Regionen offensichtlich kaum zu korrigieren vermag.

Auch die Auswirkungen des Brexit sind insbesondere mit der Wirtschaftspolitik verbunden. Großbritannien ist gemessen an den Exporten der fünftgrößte Handelspartner von Rheinland-Pfalz. Noch; denn die entsprechenden Zahlen sind die am stärksten rückläufigen. Die Forderung des Ausschusses der Regionen, einen Stabilisierungsfonds einzusetzen, um die ökonomischen Einbußen abzufedern, zeigt, wie bedeutsam gute vertragliche Regelungen und allgemein ein gutes Auskommen mit dem Vereinigten Königreich sind.

Hier deutet sich an, dass die zum Teil aggressive Haltung Brüsseler Funktionäre gegenüber Großbritannien zulasten der Regionen geht. Gekränkte Eitelkeiten von Eurokraten prägen das Bild, ebenso kaum verhüllte Revanchegelüste angesichts des Umstands, dass sich ein Staat aus eigener demokratischer Souveränität den ausufernden Bürokratie- und Regelungsgelüsten der EU-Zentrale entzogen hat.

(Zuruf von der SPD: Dummes Gebabbel!)

Umso mehr freut es uns, Herr Schweitzer, dass diese Defizite der Europäischen Union im vorliegenden Bericht zum Teil sehr offen angesprochen werden. So heißt es ausdrücklich, dass – ich zitiere – „die EU den Bürgern eine stärkere Rolle bei der Entscheidungsfindung geben sollte“.

Genau so ist es. Mitspracherechte vor Ort, in den einzelnen Regionen und deren kleineren kommunalen Strukturen, ebenso wie in den jeweils sehr unterschiedlichen Nationalstaaten sind das Fundament jenes subsidiär organisierten Europas, zu dem sich die AfD-Fraktion aus ganzem Herzen bekennt.

(Beifall bei der AfD)

Heimatliebe, Regionalität, Nationalbewusstsein, vielfältige Identitäten und eine verbindende gesamteuropäische Kultur und Interessengemeinschaft sind die Bausteine für eine gute Zukunft möglichst aller Völker auf unserem Kontinent. In diesem Zusammenhang kommen auch und gerade dem Ausschuss der Regionen wichtige Aufgaben zu.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nun hat der Abgeordnete Wink für die Fraktion der FDP das Wort.

Abg. Steven Wink, FDP:

Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Berichtszeitraum konnte der Ausschuss der Regionen 49 Stellungnahmen zu aktuellen Themen der EU abgeben. In diese Zeit fiel auch das 25-jährige Bestehen des Ausschusses im Jahr 2019.

Mit der jährlichen Berichterstattung erhalten wir wertvolle Erkenntnisse über die relevanten Rechtssetzungsverfahren der EU, die unser Leben in Rheinland-Pfalz konkret beeinflussen. Aus dem Bericht für den Zeitraum Juli 2019 bis Juli 2020 möchte ich drei Themenbereiche hervorheben.

Erstens, die Haushaltsberatungen um den Mehrjährigen Finanzrahmen von 2021 bis 2027. Hier musste sich der AdR mit seinen Kernbotschaften gegen das Europäische Parlament durchsetzen. Schließlich gelang eine Einigung über das Gesamtvolumen des Haushalts, die Notwendigkeit eines Notfallplans und den Verzicht auf Kürzungen in der Kohäsionspolitik. Letzteres bedeutet weitere Fördermittel für die regionale Ebene.

Zweitens, der Ratsvorschlag einer Konferenz über die Zukunft Europas. Diese Initiative begrüßen wir sehr. Sie würde deutlich machen, dass die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der Entscheidungsfindung in der EU gestärkt werden muss. Das ist notwendig, um das Vertrauen der Menschen in die Europäische Union zu konsolidieren. Uns Freien Demokraten ist die Festigung eines europäischen Bewusstseins ein ganz wesentliches Anliegen; denn das bedeutet, europäische Identität und Demokratie in stärkerer Eigenverantwortung zu leben.

Drittens, die Rolle des AdR während der Corona-Pandemie. Die Pläne zur grenzüberschreitenden Hilfe – ich erinnere an und danke gern für die Aufnahme von COVID-19-Patienten aus benachbarten EU-Ländern zur Behandlung in Rheinland-Pfalz – haben viele Menschen als Akt gelebter Solidarität wahrgenommen. Darüber hinaus konnte der AdR mit der Entwicklung einer COVID-Austauschplattform die gegenseitige Unterstützung der Mitgliedstaaten stärken.

Abschließend möchte ich im Namen der FDP-Fraktion Dank sagen. Danke an die Mitglieder des AdR, besonders aber an Staatssekretärin Heike Raab als ordentliches Mitglied im Ausschuss der Regionen. Mit dem vorliegenden Bericht wird der Einsatz aus Rheinland-Pfalz für Rheinland-Pfalz gewürdigt.

Haben Sie vielen Dank.

(Beifall der FDP und bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Nun hat der Abgeordnete Hartenfels für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, von den Vorrednerinnen und Vorrednern ist schon deutlich geworden, der Ausschuss der Regionen ist ein sehr wertvoller Ausschuss, und er steht wie kaum ein anderes Gremium für die Perspektive auf Europa aus Sicht der Regionen.

Gerade wir Grünen haben immer viel Wert darauf gelegt zu sagen, wir wünschen uns ein Europa der Regionen, weil aus der Alltagsperspektive der Menschen sehr viele kluge Entscheidungen und auch politisch kluge Entscheidungen erwachsen und entstehen können. Das hat sich jetzt wieder in der Corona-Pandemie, gerade in der Anfangsphase, gezeigt.

Nicht nationalstaatliche Grenzen sind für die Menschen wichtig – ein Virus berücksichtigt diese schon gar nicht –, sondern es ist wichtig, dass die Politik Regionen betrachtet und aus der regionalen Perspektive heraus politische Lösungsansätze und politische Herausforderungen und Anforderungen formuliert. Dafür ist der AdR ein wichtiges Gremium, ein wichtiger Interessensaustausch, der gar nicht hoch genug geschätzt und gewürdigt werden kann. Deswegen sind wir als Grüne froh, dass wir heute diese Besprechung des Berichts haben.

Zu vielfältigen Themen hat sich der Ausschuss geäußert. Einige wenige Stichworte: Natürlich ist die Klimakrise ein Thema gewesen, das Thema der Energiewende, die wir vorantreiben, ist ein wichtiges Thema gewesen, dort speziell das Thema der Energiearmut, dem sich der Ausschuss gewidmet hat, aber es wurden auch das Umweltaktionsprogramm und eine Plattform für die Anschaffung von zum Beispiel sauberen Fahrzeugen besprochen, gerade auch über die grenzüberschreitenden Regionen hinaus.

Die Stellungnahmen des AdR sind immer wieder lesenswert. Darin werden wichtige aktuelle Themen besprochen. Ich will nur eine herausgreifen, für uns aus grüner Sicht die Stellungnahme „Ein sauberer Planet für alle“. Aus der Überschrift wird schon deutlich, warum es in dieser Stellungnahme geht. Ich kann, wie gesagt, nur wärmstens empfehlen, in die eine oder andere Stellungnahme noch einmal hineinzuschauen.

Es ist schade, aber auch klar, bei der Größe dieses Gremiums, dass wir nicht mit sonderlich vielen Vertreterinnen und Vertretern in diesem Ausschuss vertreten sind. Gut, dass Frau Raab eine gute Vertretung für uns alle in dem Gremium vornimmt und Frau Scharfenberger als stellvertretendes Ausschussmitglied hier auch die Rückkopplung herstellt.

Wie gesagt, wir sind froh, dass wir diesen Ausschuss haben. Er leistet eine wertvolle Arbeit für die Regionen, für die

Kommunen, um im europäischen Gesamtkonzert gehört zu werden.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
bei SPD und FDP)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Ich schließe damit die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

Bevor ich die Sitzungsleitung zum letzten Mal an meine Kollegin abgebe, erlauben Sie mir ein paar persönliche Worte.

Ich hatte die Ehre, den Wahlkreis Rhein-Hunsrück fünfmal hier zu vertreten und 25 Jahre diesem Gremium anzugehören. Dafür bin ich sehr dankbar.

Ich bin dankbar für die herausgehobenen Aufgaben, die man mir in diesen Jahren übertragen hat, ob das die des wirtschafts- und verkehrspolitischen Sprechers der CDU-Fraktion in der ersten Periode oder des haushalts- und finanzpolitischen Sprechers in der zweiten Periode waren.

Besonders intensiv waren die zehn Jahre als Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion, als viele Kontakte mit den anderen Fraktionen zum unmittelbar Organisatorischen zu pflegen waren.

Schließlich haben Sie mir in dieser Periode die Aufgabe des Vizepräsidenten übertragen. Ich bin sehr, sehr dankbar dafür, dass ich das machen durfte.

Ich durfte zehn Jahre die Rechnungsprüfungskommission leiten, von 2001 bis 2011, 15 Jahre dem Ältestenrat und 20 Jahre dem Haushalts- und Finanzausschuss angehören, teilweise als stellvertretender Vorsitzender.

Danke für diese ausfüllenden Aufgaben. Danke für das Vertrauen, das Sie mir in der Zeit entgegengebracht haben. Ich hoffe, ich konnte es einigermaßen erfüllen.

Natürlich hat man – haben wir alle, Sie alle – Wünsche, wenn man diese Aufgaben ausfüllt. Sie sind nicht alle in Erfüllung gegangen, das ist leider so. Der größte Wunsch war, dass ich mit meiner Fraktion einmal mit Ihnen die Rolle tausche, wir regierungstragende Fraktion und Sie Opposition sind.

(Vereinzelt Heiterkeit im Hause)

Dieser Wunsch ist leider – aus meiner Sicht, unserer Sicht – nicht in Erfüllung gegangen. Es sollte nicht sein.

Ein Zweites: Ich erinnere mich sehr gut an die vielen Gespräche mit Joachim Mertes – Gott hab ihn selig – in der vergangenen Legislaturperiode und dem damaligen Präsi-

dium des Landtags über die Frage, ob wir den Landtag bei den Kosten, die zu erwarten sind, sanieren sollen.

Ich freue mich darüber, dass wir am Ende gemeinsam die Entscheidung getroffen haben, diesen Weg zu gehen und die Sanierung durchzuführen. Da tut es dann am Ende doch ein klein wenig weh, wenn man die Eröffnung dieses Plenarsaals nicht mehr als Abgeordneter mitmachen kann.

Das lässt sich jetzt aber nicht mehr ändern. Die Pandemie hat es so gewollt. Ich bin mir sicher, das Landtagspräsidium, der neue Landtagspräsident, wer auch immer es sein wird, wird einen Weg finden, vielleicht auch die jetzt ausscheidenden Abgeordneten zur Eröffnung einzuladen, damit wir dann zumindest als Besucher dabei sein können.

(Beifall im Hause)

Es bleiben ein paar Wünsche, die vielleicht noch in Erfüllung gehen können. Wir alle, Sie alle, wir haben uns in den vergangenen Jahren intensiv um das Thema „Jugend“ gekümmert. Wir sind in die Schulen gegangen. Es hat mir viel Freude gemacht, bei den Schulbesuchen dabei zu sein. Das liegt jetzt ein Jahr brach; keine Gespräche mit Schülern und Jugendlichen, in dieser Form jedenfalls nicht.

Mein Wunsch an Sie alle ist: Sobald die Pandemie es zulässt, gehen Sie das wieder sehr engagiert, vielleicht noch engagierter als bis jetzt an. Die wichtigen Themen, ob das „Demokratie lebt vom Mitmachen“ oder „Wehret den Anfängen“, gerade mit Blick auf die radikalen Tendenzen in unserer Gesellschaft, oder ob es das dritte Thema – so wichtig für den Frieden in Europa –, das Friedensprojekt Europa ist, diskutieren Sie das weiter mit den jungen Menschen. Sie können nicht wissen, dass es auch anders sein kann, als es heute ist. Deshalb müssen wir, gerade die Abgeordneten aus ihrer Funktion heraus, dieses Gespräch suchen und das vermitteln. Wo immer ich nach der Abgeordnetenzzeit einen Beitrag dazu leisten kann, will ich das gerne tun.

Vielleicht gibt es aber auch, solange die Pandemie noch herrscht, eine Möglichkeit – das will ich als Anregung heute sagen –, dieses Gespräch schon vorher intensiver zu pflegen, als wir das jetzt in diesem Jahr getan haben, nämlich in digitaler Form. Vielleicht sollte sich der neue Landtag gleich zu Beginn – als Anregung meinerseits – ein Konzept überlegen und es an die Schulen offensiv herantragen, in dem man auch digitale Gespräche anbietet. Der eine oder andere macht das jetzt schon, aber ich glaube, in der Breite ist das noch nicht so gegeben. Ich finde, das wäre ein guter Weg.

Erlauben Sie mir, noch ein kurzes fachliches Thema anzusprechen; es ist mein letzte Möglichkeit, das hier zu tun. Sie alle haben in den vergangenen Monaten, im vergangenen Jahr erlebt, dass mir das Thema der Jugendherbergen besonders am Herzen lag – die Jugendherbergsinfrastruktur ist pandemiebedingt ins Wanken gekommen, es haben sogar sechs Jugendherbergen in Rheinland-Pfalz ganz schließen müssen – und ich dafür geworben habe, politischerseits etwas zu tun.

Ich bin dankbar dafür, dass Betriebskostenzuschüsse bereitgestellt wurden und damit zumindest das Überleben des Verbands erreicht und gesichert wurde. Das – wir haben es diskutiert – reicht aber nicht, um die geschlossenen Jugendherbergen wieder zum Leben zu erwecken. Es reicht nicht, um größere Investitionen an bestehenden Jugendherbergen, die brandschutzbedingt oder aus welchen Gründen auch immer notwendig sind, zu tätigen.

Mein Wunsch, meine Bitte an den neuen Landtag, an die neue Regierung ist: Nehmen Sie sich dieses Themas gleich nach dem 18. Mai an, und helfen Sie mit, dass die Jugendherbergsinfrastruktur im Interesse der Kinder, im Interesse der Jugendlichen in unserem Land möglichst schnell in dem Maße, wie es dann für notwendig erachtet wird, wiederhergestellt und mit Leben erfüllt wird.

(Beifall im Hause)

Ich komme zum Schluss. Kollege Dr. Weiland hat gestern seine Dankesworte mit der Aufforderung beendet: Streiten Sie weiter. Streiten Sie weiter um die besseren Ideen, die besseren Alternativen für unsere Bürger. – Es gehört zur Demokratie, darüber zu streiten und darum wettzueifern. Meine Bitte lautet: Machen Sie das gerne hart in der Sache, aber machen Sie es immer fair. Machen Sie es immer so, dass es Ihnen und Euch möglich ist, nach der Debatte noch ein Bier oder einen Schoppen miteinander trinken zu können.

(Beifall im Hause)

Vielleicht lassen es die Räumlichkeiten im sanierten Landtag wieder leichter zu, als das jetzt in dieser Phase der Fall ist, diesen Gedanken in die Tat umzusetzen.

Meine Damen und Herren, ich danke für das kollegiale Miteinander in diesen vielen Jahren. Ich hoffe auf gelegentliches Wiedersehen, hoffentlich häufiges Wiedersehen. Bleiben Sie gesund und behütet.

Vielen Dank.

(Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen und spenden anhaltend Beifall)

– Vielen lieben Dank. Ich übergebe die Sitzungsleitung an die Kollegin Schmitt.

(Vizepräsidentin Astrid Schmitt übernimmt den Vorsitz)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe: Ich will den Worten des Präsidenten, sehr geehrter Vizepräsident Bracht, lieber Jupp, nicht vorgreifen, aber ich möchte ganz kurz ein dickes Dankeschön loswerden. Wir sind zusammen in den Landtag gekommen. Wir haben uns jetzt fast 25 Jahre in ganz vielen verschiedenen Gremien und Ausschüssen getroffen.

Ich möchte mich bei Dir bedanken, dass wir ein so gutes Team waren. Es hat Spaß gemacht, mit Dir zusammen die Vizepräsidentschaft zu leben. Ich wünsche Dir gesundheitlich alles, alles Gute. Ich glaube, das kannst Du brauchen. Ich verspreche Dir, wir alle hier halten Dir einen Platz frei im neuen Landtag.

Danke schön, mach's gut!

(Beifall im Hause)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe **Punkt 20** der Tagesordnung auf:

Tätigkeitsbericht 2019/2020

Besprechung des Berichts der Beauftragten für die Landespolizei (Drucksache [17/13809](#)) auf Antrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache [17/14277](#) –

Die Fraktionen haben eine Grundredezeit von 3 Minuten vereinbart. Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Schwarz. Bitte schön.

Abg. Wolfgang Schwarz, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir besprechen heute den Tätigkeitsbericht der Beauftragten für die Landespolizei für die Jahre 2019/2020. Dies ist bereits der sechste Jahresbericht seit Einführung des Amts.

Vorweg darf ich feststellen, auch dieses Mal ist er positiv zu bewerten. Es gab insgesamt nur 159 Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern zur Polizei bzw. innerdienstlich durch Polizistinnen und Polizisten. Ich sage bewusst „nur“, weil man der Anzahl der Eingaben die rund 10.000 Polizistinnen und Polizisten gegenüberstellen muss. Diese arbeiten täglich rund um die Uhr und greifen immer wieder, mal mehr, mal weniger, in Bürgerrechte ein.

Der vorliegende Bericht zeigt deshalb wieder sehr deutlich, dass unsere Polizei in Rheinland-Pfalz ganz hervorragend arbeitet. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich für meine Fraktion ganz herzlich bei unseren Polizistinnen und Polizisten zu bedanken.

(Beifall der SPD und bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Anzahl der Eingaben bewegt sich seit 2018 auf einem gleichbleibenden Niveau.

Werte Kolleginnen und Kollegen, von den 159 Eingaben waren im Berichtszeitraum elf von Polizistinnen und Polizisten. Elf Eingaben bei rund 10.000 Polizistinnen und Polizisten sind relativ wenige. Man kann nur vermuten, woran dies liegt. Ich schließe mich dabei ausdrücklich der Meinung unserer Polizeibeauftragten an, dass vorhandene Probleme bereits im Vorfeld durch die Personalvertretungen bzw. die Gewerkschaften abgeklärt wurden. Damit verbunden

dürfte sicher auch eine gewisse Grundzufriedenheit innerhalb unserer Polizei sein.

Bei den Bürgereingaben handelt es sich um 94 Beschwerden, zehn Auskunftsersuchen und 13 unzulässige Eingaben, das sind Eingaben, wenn zum Beispiel keine rheinland-pfälzische Behörde betroffen ist oder sich eine Eingabe auf einen Sachverhalt, der mittlerweile Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens ist, bezieht.

Im Berichtszeitraum konnten 97 zulässige Eingaben durch die Landesbeauftragte und ihre Mitarbeiter abschließend erledigt werden. Erfreulich dabei ist, dass Petentinnen und Petenten in rund 60 % der Fälle weitergeholfen bzw. teilweise weitergeholfen werden konnte, eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 10 Prozentpunkten. Das ist eine ganz hervorragende Arbeit für und mit den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land, aber auch der Polizei.

Ich darf hier bestätigen, dass die Polizeibeauftragte und ihr Stellvertreter, Herr Linn, ganz eng an der Basis arbeiten. Im Namen meiner Fraktion und persönlich danke ich der Landesbeauftragten Barbara Schleicher-Rothmund, ihrem Vertreter Hermann Linn und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dafür ganz herzlich.

(Glocke der Präsidentin)

Frau Präsidentin, gestatten Sie mir bitte, noch ein paar persönliche Worte zu meinem Abschied, der heute leider auf der Tagesordnung steht, an das Hohe Haus zu richten.

Nach elf Jahren hier im Parlament, aber auch im Oberrheinrat, habe ich mich bereits früh entschlossen, nicht mehr zu kandidieren. Die Entscheidung ist mir nicht leichtgefallen, war aber, wenn ich jetzt zurückblicke, wohlüberlegt und absolut richtig.

All die Jahre war es für mich eine besondere Ehre und Wertschätzung, meinen wunderbaren Wahlkreis Landau/Südliche Weinstraße hier in Mainz zu vertreten. Es war eine Zeit, an die ich gerne zurückdenken werde und für die ich sehr dankbar bin.

Bei meiner Arbeit war mir immer der persönliche Kontakt zu den Menschen sehr wichtig. Er wird mir, zumindest in der bisherigen Fülle, sicher fehlen, aber die biblische Erkenntnis „Alles hat seine Zeit“ gilt auch für die politische Arbeit im Parlament.

Heute ist es deshalb so weit, in diesem Hohen Hause leise Servus zu sagen. Verbinden will ich das mit einem ganz herzlichen Dankeschön an alle, mit denen ich in dieser Zeit zusammenarbeiten durfte. Neben meinen Kolleginnen und Kollegen, natürlich parteiübergreifend, meine ich damit ausdrücklich auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meiner Fraktion und der Landtagsverwaltung.

Eine meiner Arbeitsmaximen war immer an einem Zitat von Jean-Jacques Rousseau orientiert: „Es ist wertvoller, stets die Achtung der Menschen zu haben als gelegentlich Be-

wunderung.“ Ich hoffe, das ist mir bei der Ausübung meines Mandats gelungen.

Herzlichen Dank, machen Sie es gut, und bleiben Sie gesund.

(Die Abgeordneten von SPD, FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erheben sich
von ihren Plätzen und spenden anhaltend
Beifall –
Außerdem Beifall der CDU und vereinzelt
bei der AfD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor lauter Abschieden, die uns alle bewegen, habe ich vorhin versäumt, unsere Polizeibeauftragte, die außerdem noch ganz rechts hinter mir sitzt, Frau Barbara Schleicher-Rothmund, und ihren Stellvertreter, Herr Linn, zu begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen hier bei uns im Plenum.

Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Kollege Herber. Bitte schön.

Abg. Dirk Herber, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Schleicher-Rothmund, sehr geehrter Herr Linn, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Ich bin den regierungstragenden Fraktionen dankbar, dass sie am letzten Plenartag der laufenden Legislatur den Tätigkeitsbericht der Beauftragten für die Landespolizei auf die Tagesordnung gesetzt haben.

Ich möchte mich zunächst einmal bei Frau Schleicher-Rothmund und Herrn Linn für ihre Arbeit bedanken. Ich habe es bereits vor einem Jahr gesagt, und ich wiederhole es heute noch einmal gern: Entgegen den ursprünglichen Befürchtungen, dass einfach nur eine neue Beschwerdestelle gegen Polizeibeamte geschaffen werden sollte, sehen wir, dass Sie zum einen für den Bürger da sind, aber zum anderen auch für die rheinland-pfälzischen Polizeibeamtinnen und -beamten.

Vor allem aber bietet mir dieser Tagesordnungspunkt noch einmal die Möglichkeit, das zu beschreiben, was sich aus dem Tätigkeitsbericht herauslesen lässt. Auch dafür will ich Ihnen noch einmal herzlich danken. Unsere Polizei steht für Werte, die unsere Gesellschaft ausmachen. Sie setzt sich aus Staatsbürgern zusammen, die die demokratischen Werte in besonderer Weise verinnerlicht haben. Auch aus diesem Grund sind wir eben kein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung.

Unsere Polizei ist ein wichtiger Pfeiler der Stabilität unserer Demokratie. Mit ihrer Vorbildfunktion rechtfertigt sie das große Vertrauen unserer Bürger in unseren Rechtsstaat. Weil wir fest zu dem gemeinsamen Bekenntnis stehen, dass es für Extremismus, Rassismus und Antisemitismus keinen Platz in den Reihen der Sicherheitsbehörden gibt, können

sich auch alle Menschen in unserem Land darauf verlassen, in Sicherheit zu leben.

Ihre einleitenden Worte in dem Bericht tun den Polizeibeamtinnen und -beamten gut. Sie stärken den Beamten den Rücken, und zwar in einer Zeit, in der einige politische Parteien das vermessen lassen. Im Berichtszeitraum ist lediglich in einem Fall von behaupteter Polizeigewalt auch der Vorwurf des Rassismus gegen Polizeibeamte erhoben worden, und dieser hat sich im Nachhinein nicht einmal bestätigt.

Es ist nicht eine einzige Beschwerde über Racial Profiling an die Polizeibeauftragte herangetragen worden. Daher, sagt die Landesbeauftragte, ist ein strukturelles Rassismusproblem in der rheinland-pfälzischen Polizei nicht erkennbar. Frau Schleicher-Rothmund, Sie haben erkannt, was viele in der Diskussion immer wieder vermischen: Es mag vereinzelte Fälle geben, die ohne Zweifel konsequent zu verfolgen und noch konsequenter zu ahnden sind, aber es gibt kein strukturelles Rassismusproblem in der rheinland-pfälzischen Polizei.

(Beifall der CDU, des Abg. Martin Haller,
SPD, und des Staatsministers Roger
Lewentz)

Es ist gut, dass Sie mit dieser Einschätzung auch unserer Hochschule der Polizei und damit der Geburtsstätte unserer kommenden Polizisten beratend zur Seite stehen.

Im Berichtszeitraum gab es insgesamt 159 Eingaben von Bürgern und Polizeibeamten. Sie beschreiben mehr als zutreffend, dass bei einer Stärke von über 9.000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die in diesem Zeitraum unzählbar oft Recht und Gesetz durchgesetzt und für unser aller Sicherheit gesorgt haben, keine Fehlentwicklung in der Polizeiorganisation zu erkennen ist oder sich Ausbildungsmängel aufzeigen.

Liebe Frau Schleicher-Rothmund, lieber Herr Linn, Sie haben mit diesem Bericht gezeigt, unsere rheinland-pfälzischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten werden ihrer Verantwortung, Vorbild zu sein, in hohem Maße gerecht. Die Polizei gibt unserem Bundesland auf diese Weise ein freundliches Gesicht. Sie ist für alle Menschen in unserem Bundesland gleichermaßen da. Sie helfen uns in Notsituationen. Sie tragen Sorge dafür, dass Recht und Gesetz eingehalten und durchgesetzt werden. Der vorliegende Bericht hat uns aufgezeigt, die Art und Weise, wie die Polizei das tut, verdient Anerkennung und wertschätzenden Respekt.

Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die AfD-Fraktion spricht Fraktionsvorsitzender Junge.

Abg. Uwe Junge, AfD:

Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Frau Schleicher-Rothmund, ich habe Ihren umfassenden Tätigkeitsbericht mit großem Interesse gelesen und bedanke mich vorab für Ihr Engagement und die Transparenz, die mit diesem Bericht einhergehen. Auch wenn der Berichtszeitraum am 30. Juni 2020 endet, so sind doch einige Erkenntnisse aufschlussreich und sollten hier auch in der Kürze der Zeit Erwähnung finden, zum Beispiel die Tatsache, dass der plötzlich medial aufkeimende Rassismusvorwurf nur in einem einzigen Fall erhoben wurde, aber nicht bestätigt werden konnte – Herr Herber hat es schon angesprochen – und damit der Beweis erbracht wurde, dass von einem strukturellen Rassismus innerhalb unserer Polizei keine Rede sein kann.

(Beifall der AfD)

Dazu trägt eine zeitgemäße und professionelle Ausbildung an der Polizeihochschule bei, die Sie zu Recht lobend erwähnen, unter anderem der mittlerweile angestiegene Frauenanteil von 30 % und der Anteil von Beamten mit Migrationshintergrund. Lassen Sie mich mit einem Augenzwinkern an dieser Stelle gern noch einmal darauf hinweisen, dass Eignung, Leistung und Befähigung für den Dienst und die Förderung von Beamten vorrangig bewertet werden sollten.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Genau!)

Dass die Zahl der Eingaben insgesamt gestiegen ist, liegt sicher auch an der immer bekannter werdenden Funktion der Polizeibeauftragten. Hier fällt auf, die Beschwerden gegen das Verhalten von Polizeibeamten sind auf relativ niedrigem Niveau leicht gestiegen. Die Gründe dafür sind im Detail nicht beschrieben, aber es ist naheliegend, dass sich nicht etwa das Verhalten der Beamten negativ entwickelt hat, sondern die Akzeptanz von rechtmäßigen polizeilichen Maßnahmen zunehmend von einem Teil der Bürgerschaft infrage gestellt wird.

Die außerhalb des Berichtszeitraums liegenden Ereignisse in Ingelheim haben erst in jüngster Zeit in der letzten Sitzung des Innenausschusses durch den Abschlussbericht des Justizministeriums gezeigt, dass ausnahmslos alle Vorwürfe gegen die Maßnahmen der Polizei nicht nachgewiesen werden konnten.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Hört, hört!)

Da fragt man sich schon, wer ein Interesse daran haben könnte, unsere Polizei derart unbegründet zu diffamieren. Ich denke, hier greift die Verantwortung der Politik, unsere Verantwortung, wenn wir uns Anfeindungen von interessierter Seite nicht vorschnell zu eigen machen, sondern unseren Beamten den Vertrauensvorschuss gewähren, den sie sich auch verdient haben.

(Beifall der AfD)

Die Eingaben von Polizeibeamten sind mit 7 % sehr gering

und beziehen sich, wie zu erwarten war, auf Laufbahnfragen, Dienstaufsicht und andere Herausforderungen im einstelligen Bereich.

Frau Schleicher-Rothmund, zu Recht weisen Sie darauf hin, dass Sie weder ersatzweise Personalvertretungs- noch Dienstrechtsbefugnisse besitzen, sondern das, wie Sie sagen, personalifizierte Kontrollelement des Parlaments sind. In dieser Funktion leisten Sie als Mediatorin und Vermittlerin schon in der Vorstufe eines Konflikts wertvolle Arbeit. Dafür danke ich Ihnen im Namen der AfD-Fraktion und wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg dabei.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, ich bin eigentlich ganz froh, dass wir ein solches wenig konfliktbeladenes Thema haben, zu dem ich dann auch meine Abschlussworte sagen und mich von Ihnen verabschieden kann. Das war meine voraussichtlich letzte Rede in diesem Parlament. Als ich vor fast fünf Jahren das erste Mal dieses Parlament betreten habe, war ich stolz darauf, Teil der Legislative sein zu dürfen, an der Kontrolle der Regierung mitzuwirken und einen Teil des Volks repräsentieren zu dürfen.

Es waren fünf Jahre, die mir nach einem erfüllten Soldatenleben eine weitere sehr interessante Lebenserfahrung beschert haben, die ich nicht missen möchte, weil ich auch etwas gelernt habe. Ich habe gelernt, es kommt in diesem Parlament nicht immer darauf an, im fairen Wettstreit der Meinungen zu den besten Lösungen zum Wohle des Volks zu gelangen, sondern es geht – wie Herr Schweitzer mir am Anfang zurief – schließlich nur um Mehrheiten. Es geht also darum, sich durchzusetzen und dem politischen Gegner – meine Interpretation – maximal zu schaden.

Ich hatte und habe ein anderes Verständnis von parlamentarischer Demokratie.

(Beifall der AfD)

Ich glaube, die Bürger spüren das auch, und diese aufkeimende, immer wieder angesprochene Politikverdrossenheit und das Misstrauen gegen die Politik sind zum Teil darin begründet, wengleich ich sagen muss, Ihre Rede, Herr Hartloff, hat mich da etwas versöhnt.

Ich habe auch gelernt – sehen Sie mir nach, dass ich das anspreche, weil viele von Ihnen das möglicherweise gar nicht nachvollziehen können –, die in mir als Offizier so tief verwurzelten Tugenden von Anstand und Ehre, von Loyalität und Kameradschaft haben im Leben eines Berufspolitikers nur wenig Platz zu finden, ja können bisweilen auch schaden.

Irgendwann im Jahr 2020, schon in der Pandemie, wurde mir deshalb klar, verstärkt durch eine ärztliche Diagnose, dass ich nicht noch einmal fünf Jahre meines mittlerweile kostbar gewordenen Restlebens in diesem Parlament verbringen möchte. Als Menschen haben Sie alle meinen Respekt. Deshalb wünsche ich Ihnen auch viel Erfolg bei

Ihrer Arbeit zum Wohl unseres Bürgers. Bleiben Sie gesund. Gott schütze unser Vaterland.

Ich melde mich ab.

(Die Abgeordneten der AfD-Fraktion erheben sich von ihren Plätzen und spenden anhaltend Beifall)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die FDP-Fraktion spricht Abgeordnete Monika Becker.

Abg. Monika Becker, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Schleicher-Rothmund ist nicht nur unsere Bürgerbeauftragte, sondern auch die Beauftragte für die rheinland-pfälzische Landespolizei. In dieser Rolle ist sie seit ihrem Amtsantritt im Jahr 2018 einerseits die Ansprechpartnerin für Anregungen zur Polizei des Landes. Andererseits können sich auch Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit Eingaben im Zusammenhang mit der Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit an sie wenden.

Die Beauftragte für die Landespolizei fungiert in diesen Fällen als neutrale Vermittlerin und Moderatorin zwischen den Parteien. Dafür bedarf es einiges an Einfühlungsvermögen und Fingerspitzengefühl. Liebe Frau Schleicher-Rothmund, dass Sie und Ihr Team das haben, haben Sie bereits oftmals unter Beweis gestellt.

Das zeigt sich auch in Ihrem Tätigkeitsbericht 2019/2020. Aus diesem ergibt sich beispielsweise, dass sich seit der Einführung des Amtes im Jahr 2014 deutlich über 800 Bürgerinnen und Bürger sowie Polizeibeamtinnen und -beamte an die Polizeibeauftragte gewandt haben. Meine Damen und Herren, das ist eine beachtliche Zahl, die im Übrigen zeigt, wie wichtig die Einführung eines Polizeibeauftragten des Landes Rheinland-Pfalz gewesen ist.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, dass Rheinland-Pfalz hier eine Vorreiterrolle eingenommen hat. Bis heute haben noch immer nicht alle Bundesländer einen solchen Polizeibeauftragten eingeführt.

Aus dem Jahresbericht ergibt sich zudem, welchen umfangreichen und vielfältigen Tätigkeiten die Polizeibeauftragte tagtäglich nachgeht. So beschäftigt sie sich beispielsweise nicht nur mit polizeilichen Maßnahmen, dem Datenschutz, der Kriminalstatistik, sondern auch mit den Fragen des Laufbahnrechts, der Dienstaufsicht und der Beförderung. Ich möchte diesen Bericht heute zum Anlass nehmen, Frau Schleicher-Rothmund, ihrem Stellvertreter Herrn Linn und ihrem ganzen Team meinen großen Respekt für ihren unermüdlichen Einsatz auszusprechen. Liebe Barbara, herzlichen Dank. Alles Gute.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abgeordnete Pia Schellhammer.

Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Seit dem Jahr 2014 hat Rheinland-Pfalz eine unabhängige Polizeibeauftragte. Wir sprechen heute über den Tätigkeitsbericht für den Zeitraum Juli 2019 bis Juni 2020. Das war ein Berichtszeitraum, in den erhebliche politische Diskussionen über Polizeigewalt, Rassismus in der Polizei oder Gewaltattacken gegen die Polizei gefallen sind, also eine spannende Phase.

Der aktuelle Tätigkeitsbericht zeigt, die meisten, 35 der 94 Bürgerbeschwerden, betreffen das Verhalten von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Obwohl die Zahl der Gesamteingaben gleich geblieben ist, sind die Beschwerden gegen das polizeiliche Verhalten gestiegen. Auch im Vergleich zum Vorjahr sind die Beschwerden gegen das Verhalten der Polizei mit knapp 35 % gestiegen. Aus diesen Zahlen wollen wir aber erst einmal nichts ableiten, sondern einfach nur feststellen, auch diejenigen, die das Verhalten von Polizistinnen und Polizisten kritisieren, wenden sich an die Polizeibeauftragte. Das ist auch Kern dieser Tätigkeit.

Es bedarf der Kommunikationsarbeit. So steht es auch im Tätigkeitsbericht; denn in diesen Fällen bestehen Kommunikationsprobleme. Als Grüne sehen wir uns bestätigt, dass deeskalierende Kommunikation bei der polizeilichen Aus- und Fortbildung ganz weit oben stehen muss, und gerade diese Kommunikationsaufgabe nimmt die Polizeibeauftragte wahr.

(Unruhe im Hause –
Glocke der Präsidentin)

Ich möchte an der Stelle aber auch sagen, tatsächlich muss diese Stelle noch bekannter gemacht werden, beispielsweise bei Migrantinnen und Migranten, wenn wir darüber sprechen, wie die Polizei beispielsweise Menschen mit Migrationshintergrund gegenübertritt. Wir haben schon gehört, dass die Fragen von rassistischen Vorfällen keinen Niederschlag im Bericht der Polizeibeauftragten erhalten. Nur weil sie aber sozusagen dort nicht ankommen, heißt das nicht, dass es solche Fälle nicht gibt.

Seit dem Jahr 2014 gibt es diese Stelle. Das ist ein geeigneter Zeitpunkt, um auch darüber nachzudenken, wie wir diese Stelle weiterentwickeln können. Wir haben die Vorreiterrolle in Rheinland-Pfalz eingenommen, aber wir dürfen uns nicht auf diesem Erfolg ausruhen. Ich habe schon gesagt, die Stelle muss noch bekannter gemacht werden, auch und gerade bei Menschen mit Migrationshintergrund. In Rheinland-Pfalz wären beispielsweise Flyer in einer anderen Sprache und gezielte Diskussionen mit Jugendlichen

über polizeiliches Verhalten meines Erachtens sinnvoll.

Andere Bundesländer haben inzwischen Polizeibeauftragte eingeführt, beispielsweise das Land Bremen. Dort sind noch einmal andere Befugnisse und nicht nur das Auskunftsrecht vorgesehen. Auch das müssen wir in Rheinland-Pfalz diskutieren. Wir haben diese Stelle nicht geschaffen, damit sie immer angenehm ist, sondern damit sie auch einmal den Finger in die Wunde legt, wenn es notwendig ist.

Daher vielen, vielen Dank für die Arbeit und für die Tätigkeit. Es ist wichtig, dass hier die Kommunikation gesucht wird und die Menschen, sowohl Polizistinnen und Polizisten als auch Bürgerinnen und Bürger, eine Anlaufstelle finden. Das ist wichtig, und das ist richtig.

Zu guter Letzt möchte ich noch meinem Kollegen Wolfgang Schwarz für die Zusammenarbeit danken. Ich habe es Dir nicht immer leicht gemacht. Wir haben immer sehr, sehr intensiv diskutiert, aber wir haben immer gemeinsam gute Lösungen für die Polizei und für die Innere Sicherheit in Rheinland-Pfalz gefunden. Es waren immer tolle Diskussionen. Ich wünsche Dir alles Gute für die anschließende Zeit, die jetzt kommen mag.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD
und FDP)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die Landesregierung erteile ich Staatsminister Roger Lewentz das Wort.

Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport:

Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Barbara, sehr geehrte Frau Schleicher-Rothmund, Dir und Ihnen, lieber Herr Linn, möchte ich herzlich im Namen des zuständigen Innenministeriums danken. Ich möchte das ausdrücklich auch im Namen von Herrn Abteilungsleiter Joachim Laux, der keinen weiteren Jahresbericht mehr begleiten wird, im Namen des Inspektors der Polizei, Herrn Schmitt, und damit im Namen der ganzen Polizei sagen.

Man darf wirklich sagen, würde es sie nicht geben, müsste man diese Institution erfinden. Ja, der Anfang war mit vielen Diskussionen verbunden, aber wir haben etwas Vorbildliches gemeinsam – die Regierung, der Landtag, der Landtag, die Regierung – daraus gemacht. Es ist ein Vorbild in Deutschland geworden. Das ist schön, und das ist gut.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich bin im November 1994 in den Landtag gekommen, tief im alten Jahrtausend, und möchte all den Kolleginnen und Kollegen, die heute das letzte Mal hier gesprochen haben und jetzt ausscheiden, auch namens der Landesregierung ein herzliches Dankeschön sagen, insbesondere den Kolleginnen und Kollegen, mit denen ich im Innenausschuss zusammenarbeiten durfte. Monika Becker, wir haben sogar im

Kreistag des Rhein-Lahn-Kreises schon zusammengearbeitet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie erlauben mir aber, dass ich mich an eine Person ganz besonders wende, einen Ortsbürgermeister, Abgeordneten, Polizisten und – das ist gar nicht so unwichtig – Weinkenner.

(Heiterkeit bei der SPD)

Lieber Wolfgang, ich möchte Dir ein ganz herzliches Wort des Dankeschöns sagen. Als Nichtpolizist hast Du mir immer wieder das eine oder andere aus der Organisation und aus Deiner Lebenserfahrung mit auf den Weg gegeben. Ich glaube, ich darf mich auch im Namen der rheinland-pfälzischen Polizei bei Dir herzlich bedanken. Du warst schon ein Macher, Ideengeber und – vielleicht waren wir nicht überall immer einer Meinung – leider aber auch Durchsetzer im besten Sinne des Wortes. Du hast wirklich Spuren in der rheinland-pfälzischen Polizei hinterlassen, und zwar sehr, sehr positive Spuren.

Mit Dir – andere könnte ich genauso nennen, aber heute sprechen wir über Dich – wird immer verbunden sein, das ist der höchste Mitteleinsatz für die rheinland-pfälzische Polizei, den ein Landtag je bewilligt hat. Das sind Rekord-einstellungszahlen in der zweigeteilten Laufbahn. Ich könnte so vieles mehr nennen. Michael Hüttner und Wolfgang, ich weiß nicht, Ihr seid ältere Polizeibeamte, ob Ihr jemals davon geträumt habt, dass der Streifenwagen einmal ein A6 mit Allradantrieb ist und andere Dinge mehr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Wolfgang Schwarz ist ein Durchsetzer und ein Macher, der unserer Polizei gutgetan hat. Ich darf mich für eine große Freundschaft bedanken, die ja nicht endet. Alles Gute und alles Liebe.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Wolfgang Schwarz, SPD: Herzlichen Dank!)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunkts angelangt.

Ich rufe **Punkt 21** der Tagesordnung auf:

Ehrenamtliches Engagement wertschätzen – Soforthilfen ausweiten – Weg für die Zukunft bereiten

Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache [17/14334](#) –

Die Fraktionen haben eine Grundredezeit von 3 Minuten vereinbart. Wer spricht für die CDU-Fraktion? – Abgeordneter Schnieder.

Abg. Gordon Schnieder, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Her-

ren! Fast am Ende des letzten Plenartags der laufenden Periode noch ein für uns wichtiges Thema: ehrenamtliches Engagement wertschätzen und die Soforthilfen ausweiten.

Über 2 Millionen Ehrenamtliche setzen sich für unser Land und ihre Mitmenschen ein, ob in der Blaulichtfamilie, sei es in der Freiwilligen Feuerwehr, aber auch in der gesamten weißen Schiene, DRK, Malteser, DLRG, Johanniter und anderen, in Sport-, Musik- und Karnevalsvereinen, in der Betreuung von Senioren, der Hospizhilfe, der Betreuung unserer Kinder und Jugendlichen und vielen anderen Bereichen.

Überall hat die Corona-Pandemie unsere Vereine und Ehrenamtlichen auf unterschiedliche Art und Weise hart getroffen. Trotzdem haben alle mit den unterschiedlichsten, auch kreativen Ideen versucht, in dieser schweren Zeit im Rahmen dessen, was möglich war, das Vereinsleben und das gesellschaftliche Leben in unserem Land irgendwie am Laufen zu halten. Dafür darf ich Ihnen im Namen der gesamten CDU-Landtagsfraktion unseren herzlichen Dank und unsere Anerkennung aussprechen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Jens Guth, SPD, und Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leider ist gemeinsames Proben, Musizieren, Singen, Spielen, Lachen in den letzten Monaten immer wieder auf der Strecke geblieben. Das gefährdet zunehmend die Existenz vieler Vereine. Wir brauchen die Vereine auch für die Zeit danach, für die Zeit nach Corona, für die Kultur, für den Sport, für das Engagement in den Dörfern und Städten. Sie sind der Motor unseres gesellschaftlichen Engagements. Wenn wir wollen, dass unsere Vereine und das ehrenamtliche Engagement in Rheinland-Pfalz noch nach der Pandemie vorhanden sind, müssen wir jetzt endlich die richtigen Weichen stellen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Das bislang aufgelegte Vereins- und Kulturprogramm des Landes funktioniert nicht. Einige Hunderttausend Euro sind bisher bewilligt und ausgezahlt worden. Ich muss sagen, allein die Landkreise – ich sage jetzt einmal die Vulkaneifel, der Rhein-Lahn-Kreis, die Stadt Trier – haben wahrscheinlich mehr an die Vereine vor Ort ausgezahlt, als das aus dem Programm des Landes passiert ist.

(Beifall des Abg. Matthias Lammert, CDU)

Das Programm passt nicht, meine Damen und Herren. Das Geld kommt nicht an. Die Vereine passen nicht in die Förderkulisse.

(Beifall bei der CDU)

Wenn sich, wie letzte Woche noch, ein Musikverein bei mir meldet und fragt: Ist es wirklich so, wir haben noch 700 Euro in der Kasse und nehmen deswegen nicht teil? Wenn man sagen muss, ja, das Programm sieht das nicht vor, dann sind wir dort auf dem falschen Weg; denn immer

noch müssen die Vereine ihre kompletten Rücklagen aufbrauchen. Damit stehen sie praktisch kurz vor dem Ende, um überhaupt Fördermittel zu bekommen. Das ist nicht zielführend.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen fordern wir erneut: Passen Sie das Programm an. Geben Sie einen Sockelbetrag an unsere Vereine. Wir schlagen 15 Euro für jedes aktive Vereinsmitglied vor. Wir deckeln auch nach oben, aber geben Sie den Vereinen diese Chance, schaffen Sie Klarheit auch in Richtung Zukunft.

Meine Damen und Herren, wir brauchen freie finanzielle Budgets, mit denen die örtliche Ehrenamtsfamilie künftig eine bessere Wertschätzung erfährt. Wir brauchen ein Konzept, wie in Zukunft eine bessere Vernetzung und Kooperation von Vereinen, Jugendverbänden, Hilfsorganisationen und Schule stattfinden kann. Wir stehen dafür, dass die Vereine die Bürger- und Dorfgemeinschaftshäuser und andere Veranstaltungsorte in den Gemeinden kostenfrei nutzen können.

(Glocke der Präsidentin)

Vieles steht im Weg. Die finanzielle Belastung steht im Weg. Machen Sie auch dort den Weg frei.

Frau Präsidentin, ein letzter Punkt, dann bin ich am Ende dieser Rede. Es reicht nicht aus, vor fast einem Jahr an die Öffentlichkeit getreten zu sein, eine Rente für die Feuerwehr gefordert zu haben und dann wieder in der Versenkung abgetaucht zu sein. Wir brauchen mehr Wertschätzung – das auch in Richtung der SPD-Fraktion – für unsere Ehrenamtler.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die SPD-Fraktion spricht Abgeordnete Ingeborg Sahler-Fesel.

Abg. Ingeborg Sahler-Fesel, SPD:

Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin hell begeistert, dass die CDU so langsam ihr Wahlprogramm abarbeitet und inzwischen bei den Ehrenamtlern angekommen ist.

Wir Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer leben im Ehrenamtsland Nr. 1. 48,3 % der Bürgerinnen und Bürger sind ehrenamtlich aktiv, also tatsächlich fast jeder Zweite. In keinem anderen Bundesland engagieren sich so viele Menschen für die Gemeinschaft. Diese Kultur des guten Miteinanders und des Engagements ist Fundament unseres Zusammenhalts. Das gilt in normalen Zeiten und ganz besonders in solchen Ausnahmezeiten wie in der aktuellen Corona-Pandemie.

Auch ich möchte mich an dieser Stelle herzlich bei den vielen, vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern bedanken, die dieses Ehrenamt in Rheinland-Pfalz so hochhalten. Herzlichen Dank für ihr Engagement!

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Das Plenum war lang, man merkt es.

Das Land unterstützt die vielen Ehrenamtlichen und Vereine bei ihrer Arbeit und sorgt dafür, dass wir weiterhin das Land des Ehrenamts bleiben. Herr Schnieder, ich widerspreche Ihnen ganz grundsätzlich. Ihre Ausführungen in Bezug auf die Landesförderungen und die Unterstützungen sind einfach falsch. Es braucht dafür an dieser Stelle keinen Antrag der CDU, den wir aus mehreren Gründen ablehnen. Ich möchte auf einige kurz eingehen.

Sie fordern ein Förderprogramm für Vereine und sprechen von einem Sockelbetrag von 15 Euro pro aktivem Mitglied, wobei es sich keinem erschließt, warum sie zwischen aktiven, inaktiven oder Fördermitgliedern einen Unterschied machen. Sie deckeln bei 1.000 Mitgliedern und damit bei 15.000 Euro und finden das absolut ihren ganz großen Wurf.

(Zuruf des Abg. Matthias Lammert, CDU)

Wer das Ganze überprüfen soll und wie das Ganze mit aktiven Mitgliedern definiert werden soll, ist völlig unklar. Sie vergessen völlig, dass gerade die Mischung aus inaktiven, aktiven und Fördermitgliedern die finanzielle Basis von Vereinen darstellt und Sie mit Ihrer Forderung die vielen kleinen Vereine einfach hinten runterfallen lassen.

Ich kann Ihnen als aktives Mitglied eines Schützenvereins klar sagen, ein Schützenhaus, die Wartung von Schießständen und die Aufgabenerfüllung kosten einen kleinen Verein genauso viel wie einen großen Verein. Sie gehen hier völlig an der Wirklichkeit vorbei. Vielleicht sollten sie einmal genauer in die ganzen Vereine hineinschauen. Dann wüssten Sie auch, was sie beantragen.

(Beifall bei der SPD)

Sie schaffen ein Bürokratiemonster.

(Zuruf von der CDU: Unsinn!)

Es nützt ihnen auch nichts, wenn Sie die Antragsfrist bis zum 31. Dezember 2021 verlängern. Mit unserem landesweiten „Schutzschild für Vereine in Not“ haben wir bereits ein geeignetes Förderprogramm für unsere Vereine aufgelegt. Die Landesregierung hat schon im Frühjahr 2020 dieses Programm aufgelegt und nicht bis Ende Januar 2021, bis zum allerletzten Plenum, gewartet. 10 Millionen Euro sind dafür bereitgestellt.

(Glocke der Präsidentin –
Abg. Gordon Schnieder, CDU: 560.000 Euro
ausgezahlt!)

– Sorry, man sollte auf die Uhr schauen. Die CDU fordert wieder einmal das, was bereits längst existiert.

(Zuruf des Abg. Matthias Lammert, CDU)

Auch die Vernetzung in den Schulen, die Sie erst 2021 in diesem Schuljahr haben wollen, gibt es schon, seitdem es die Ganztagschule gibt. Seit der Zeit gibt es unzählige Kooperationen im Land von Schulen mit Vereinen, seien es Musikvereine, Sportvereine und andere Vereine, die sich mit in die Schulen einbringen.

Die Redezeit ist zu Ende. – Der Antrag zeigt, die CDU hat keine neuen Ideen für unsere Ehrenamtler und unser Land. Sie fordert, was es schon gibt. Daher lehnen wir den Antrag ab. Er ist absolut nicht notwendig. Es ist da.

Ich glaube, ich bin last, not least diejenige, die aus diesem Landtag auf eigenen Wunsch ausscheidet und nicht wieder kandidiert. Auch ich möchte mich an dieser Stelle für 15 Jahre bedanken. Ich weiß nicht, ob jemand überhaupt schon so wie ich in diesen Landtag hineingekommen ist: Platz 53 der Liste damals, völlig unerwartet.

(Heiterkeit bei der SPD)

Da ich immer gern mit meinem laufenden Meter kokettiere: Der laufende Zweimetermann war Platz 52 der Liste. Lieber Alexander, ich glaube, der Größte, den wir jemals in der Fraktion hatten.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Der Längste!)

Ich weiß nicht, ob ich die Kleinste bin, aber wir sind gemeinsam über die Liste eingezogen. Herr Bracht hat eben bedauert, dass er etwas nicht erlebt hat. Wir beide haben, wie andere hier, die absolute Mehrheit der SPD erlebt. Wir haben erlebt, wie man ein Land regiert. Wir haben aber auch erlebt, dass die SPD fähig ist, Kooperationen einzugehen, sei es in einer Koalition aus Rot und Grün, sei es in der Ampel zusätzlich noch mit der FDP. Es hat unter Kurt Beck und Malu Dreyer mit der ganzen Regierungsbank, egal welcher Farbe, funktioniert.

Für diese Erfahrung – turbulente Jahre, interessante Jahre, lehrreiche Jahre – kann ich nur Danke sagen. Es ist eigentlich alles gesagt, wie immer, was schon gesagt werden muss. Ich möchte einfach von meiner Seite aus den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen, der Landtagsverwaltung, der Regierungsseite, die uns ebenfalls immer wieder bei Kleinen Anfragen und anderen Dinge ganz gewaltig unterstützt haben, ein herzliches Dankeschön sagen. Ein herzliches Dankeschön für die Unterstützung und für die Arbeit.

Einer meiner Kollegen hat gesagt, wir Abgeordnete wären längst nicht das, was wir darstellen, wenn uns nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so intensiv unterstützen würden und immer wieder im Hintergrund blieben. Das Lob, auch die Schelte bekommen wir Abgeordnete, aber ohne die gute Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – das

habe ich ganz besonders als Vorsitzende des Ausschusses für Gleichstellung und Frauenförderung erfahren, noch einmal stellvertretend Herrn Cramer ein ganz besonderes Dankeschön – würde es nicht gehen.

(Vereinzelt Beifall bei SPD, FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Marco weiß das auch. Ich kann an der Stelle zum Abschluss nur sagen, bleibt gesund, und Glückauf.

(Beifall der SPD, der CDU, der FDP, des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der AfD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Schmidt.

Abg. Martin Louis Schmidt, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kollegen!

(Unruhe im Hause)

– Es ist noch ein bisschen laut.

(Glocke der Präsidentin)

Ich fange noch einmal neu an.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen! Der deutsche Schauspieler, Kabarettist und Autor Oliver Hassencamp sagte mal – ich zitiere –: „Tun Sie gelegentlich etwas, womit Sie weniger oder gar nichts verdienen. Es zahlt sich aus.“

In Rheinland-Pfalz und überall in Deutschland wird im Ehrenamt traditionell unendlich viel geleistet, das sich in dieser Weise rechnet und unsere Gesellschaft reich macht. Das Vereinswesen ist ein nicht wegzudenkender identitätsstiftender Teil unserer kulturellen DNA.

Doch schon vor Corona waren diese wertvollen Bestände aus demografischen Gründen, wegen des schleichenen Bedeutungsverlusts der überschaubaren Sozialräume insbesondere auf dem Land und nicht zuletzt wegen der drastischen Unterfinanzierung der kommunalen Ebene gefährdet. Durch die Corona-Politik der Landesregierung gibt es nun ein faktisches Betätigungsverbot für die Vereine. Training und Wettkampf in Amateur- und Freizeitsport sind untersagt, auch für Kinder. Schwimmbäder sind geschlossen. Der Proben- und Auftrittsbetrieb der Breiten- und Laienkultur ist untersagt.

Darum ist es richtig, wenn die CDU in ihrem Antrag schreibt – ich zitiere –: „Seit nunmehr fast einem Jahr aber kämpfen Vereine und kulturelle Initiativen in Rheinland-Pfalz um ihr Überleben.“

Davon abgesehen irritiert eines an dem Antrag allerdings sehr: der Gestus einseitiger Schuldzuweisung an den politischen Gegner, obwohl doch gerade die Merkel-Laschet-Partei mit ihrer von Berlin aus vorgegebenen

Dauerlockdown-Strategie entscheidend zur aktuellen Lähmung und absehbaren Schwächung unseres Vereinswesens beigetragen hat.

Nun geht es also nur noch darum, den Schaden zu minimieren. Für uns als AfD-Fraktion ist es klar, dass der immense finanzielle Schaden, der auch in diesem Bereich durch die Politik der Landesregierung angerichtet wird, vollständig ausgeglichen werden muss. Das sollte auch dann selbstverständlich sein, wenn man die Maßnahmen für gesundheitspolitisch geboten hält.

Der Ansatz der CDU ist da zu pauschal und riecht nach Wählerbestechung. Umgekehrt sind die bisherigen Hilfen der Landesregierung nicht ausreichend; denn sie richten sich nur an Vereine mit Liquiditätsproblemen und sind auf 12.000 Euro beschränkt. Bisher haben lediglich 500 Vereine Hilfen bekommen. Dabei gibt es in unserem Bundesland insgesamt 38.000 eingetragene Vereine.

Die weiteren Punkte des CDU-Antrags können wir unterstützen. Die Punkte 3 und 5 richten sich aber an die Städte und Gemeinden. Bei einer angemessenen Finanzausstattung der Kommunen wären Stadtteilbudgets oder die kostenfreie Nutzung von Bürger- und Gemeinschaftshäusern bereits lange selbstverständlich.

Liebe Kollegen, alles in allem stellt sich für uns ein gemischtes Bild dar, weshalb sich die AfD bei diesem Antrag enthalten wird.

Danke sehr.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die FDP-Fraktion spricht die Abgeordnete Monika Becker.

Abg. Monika Becker, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, das Ehrenamt spielt in Rheinland-Pfalz seit jeher eine ganz besondere Rolle. Ja, es ist dramatisch, dass viele rheinland-pfälzische Vereine seit Beginn der Corona-Pandemie in eine finanzielle Schieflage geraten sind.

Das betrifft vor allem diejenigen Vereine, deren größerer Teil der Einnahmen nicht aus Mitgliedsbeiträgen kommt, sondern die vor allem wirtschaftlich tätig sind. Es handelt sich dabei insbesondere um Sport- und Kulturvereine, aber auch um Jugend- und Bildungsstätten, Kultureinrichtungen und Selbsthilfeorganisationen. Ihnen allen sind in den letzten elf Monaten wichtige Einnahmequellen weggefallen. Viele Vereine mussten Veranstaltungen, Wettkämpfe, Kurse oder Trainings absagen und kämpfen darüber hinaus mit Austritten von Mitgliedern.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat schnell

und umsichtig darauf reagiert und greift den gemeinnützigen Vereinen und Organisationen mit einem Schutzschild unter die Arme. Bereits seit Anfang Mai letzten Jahres stellt sie denjenigen rheinland-pfälzischen Vereinen, die coronabedingt in Existenznot geraten sind, insgesamt 10 Millionen Euro zur Verfügung.

Die Vereine können nun – natürlich nur unter bestimmten Voraussetzungen – bis zum Ende dieses Jahres Soforthilfen in Form von Zuschüssen bis zu einer Höhe von 12.000 Euro beantragen. Diese Summe muss nach der Krise nicht zurückgezahlt werden. Die Vereine sollen mit dem Geld ihre laufenden Kosten zahlen und damit ihre Existenz sichern, nicht weniger, aber auch nicht mehr; denn es geht nicht darum, Wahlgeschenke zu machen.

Die CDU fordert in ihrem Antrag entweder Dinge, die die Landesregierung längst umgesetzt hat, die schwammig oder ohne sachlichen Anknüpfungspunkt sind. So ist das Förderprogramm für Vereine bereits effektiv aufgestellt, und die Antragsfrist ist bis zum 31. Dezember 2021 verlängert worden. Mir ist auch nicht klar, was der CDU-Fraktion vorschwebt, wenn sie einen bestmöglichen Ausschluss der Ungleichbehandlung zwischen den Vereinen fordert. Ähnliches gilt für den sogenannten Sockelbetrag in Höhe von 15 Euro je aktivem Vereinsmitglied. Ich frage mich hier, auf welcher Berechnungsgrundlage sich dieser Betrag stützt.

Schlussendlich sei darauf hingewiesen, dass sich abhängig von der jeweiligen Schulform bereits eine Vielzahl von Vereinen in der Nachmittagsbetreuung bei den Schulen einbringt. Frau Kollegin Sahler-Fesel hat zu Recht darauf hingewiesen.

Meine Damen und Herren, der Antrag der CDU-Fraktion ist überflüssig und deshalb abzulehnen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abgeordnete Pia Schellhammer.

Abg. Pia Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Das Ehrenamt ist ein Schatz in Rheinland-Pfalz. Das Ehrenamt hat aber wie wir alle unter der Corona-Pandemie zu leiden. Das sind die beiden Punkte, die wir vielleicht gemeinsam feststellen können. Dann aber hört die Gemeinsamkeit auf.

Die CDU listet eine Reihe von Forderungen in ihrem Antrag auf, die entweder vage, nicht zielführend oder insgesamt nicht klar ausgedrückt sind.

Das Land Rheinland-Pfalz unterstützt bereits das Ehrenamt

gerade in dieser schwierigen Situation. Wir haben beispielsweise für den Aus- und Aufbau von nachbarschaftlichen Netzwerken 360.000 Euro in die Hand genommen. Das Familienministerium fördert Jugendherbergen, Jugendzeltplätze, Jugend- und Familienferienstätten und Träger der Kinder- und Jugendhilfe mit 9 Millionen Euro. Insgesamt wurde die Unterstützung für die Ausstattung für kontaktlose Schulungs-, Begegnungs- und Beratungsangebote in der Corona-Pandemie um 1,5 Millionen Euro aufgestockt. Das kommt zu den weiteren Maßnahmen, die meine Vorrednerinnen und Vorredner der Koalition schon dargestellt haben, noch hinzu.

Beispielsweise sind studentische Initiativen zu nennen, die sich in der Corona-Pandemie engagieren und selbst organisierte Projekte machen. Diese werden mit 500 Euro unterstützt.

Außerdem wurde darüber hinaus eine Sammelhaftpflicht- und Unfallversicherung für das Ehrenamt zur Verfügung gestellt. Es gibt eine Servicestelle für das Ehrenamt, damit sich Menschen gerade in dieser Situation informieren können.

Wir haben schon vor der Pandemie das Ehrenamt auf sehr hohem Niveau gefördert. Wir unterstützen das Ehrenamt in Pandemie-Zeiten. Rheinland-Pfalz ist bekannt für seine Engagementpolitik.

Natürlich schauen wir uns aber genau an, wie die Situation ist. Alles, was die Corona-Pandemie betrifft, muss ständig überprüft und verbessert werden. Nichtsdestotrotz ist der Antrag, den die CDU vorlegt, keine Verbesserung.

Beispielsweise ist die Antragsfrist bereits auf den 31. Dezember 2021 verlängert worden. Das ist schon erwähnt worden. Da ist der Antrag entweder nicht aktuell, oder wer weiß. Darüber hinaus fordert die CDU eine Förderobergrenze von 15.000 Euro. Das wäre de facto eine Verschlechterung, weil pro Jahr 12.000 Euro vonseiten der Landesregierung vorgesehen sind. Das bedeutet, wenn man bereits im Jahr 2020 einen Antrag gestellt hat, könnte man im Jahr 2021 keine Förderung mehr bekommen.

Das Schutzschildprogramm ist subsidiär angelegt, das heißt es muss geschaut werden, welche Rücklagen bestehen. Es werden aber nicht alle Rücklagen berücksichtigt.

Darüber hinaus argumentiert die CDU-Fraktion mit einer Ungleichbehandlung, die in der Corona-Pandemie für Vereine entsteht. Natürlich gibt es bestimmte Situationen, die unterschiedlich sind. Ob man gemeinsam Schach spielt oder miteinander singt, ist ein Unterschied. Beim Infektionsrisiko gibt es einen Unterschied.

(Glocke der Präsidentin)

Ich weiß nicht, wie diese Ungleichbehandlung aufzulösen ist.

Ich komme zu einem letzten Punkt, der mich irritiert zurückgelassen hat. Er betrifft das Budget für Ortsgemeinden

und Stadtteile. Ich komme aus einem Landkreis, der eine Ehrenamtsförderung hat. Es gibt immer wieder Huddel und Diskussionen, wie man ein solches Budget aufteilt. Das ist eine schwierige Geschichte.

Insgesamt ist der Antrag der CDU keine Verbesserung für das Ehrenamt. Er zeichnet ein düsteres Bild, das so nicht der Realität entspricht. Wir wissen, dass die Vereine vor einer großen Herausforderung durch die Pandemie stehen. Das nehmen wir wahr und behalten wir weiter im Blick. Wir unterstützen die Vereine in dieser Situation genauso.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei SPD und FDP)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die Landesregierung spricht Staatssekretär Stich.

Randolf Stich, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement ist Kern unserer aktiven und lebendigen Gesellschaft. Das erleben wir gerade in der aktuellen Situation, in der Situation, in der so viele Menschen Verantwortung für andere übernehmen. Ihnen allen gilt natürlich unser Dank.

In Rheinland-Pfalz – wir haben es eben schon gehört – sind 48 % unserer Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich aktiv. Damit liegen wir im Bundesvergleich auf einem Spitzenplatz.

Dafür schaffen wir gute Rahmenbedingungen. Die Förderung, Wertschätzung und Anerkennung des Ehrenamts haben hohe Priorität im Land.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, ich gehe in aller Kürze auf die Forderung des Antrags ein. Die Landesregierung hat im Mai 2020 das Soforthilfeprogramm „Schutzschild für Vereine in Not“ mit einem Umfang von 10 Millionen Euro aufgelegt. Mit dieser Planung ist Vorsorge dafür getroffen, dass möglichst kein Verein pandemiebedingt Insolvenz anmelden muss.

Die Forderung nach einem Sockelbetrag käme einer Förderung nach dem Gießkannenprinzip gleich und würde ganz unabhängig von der wirtschaftlichen Situation eines Vereins und der tatsächlichen Betroffenheit von Einschränkungen ausgezahlt.

Berücksichtigt man die Jahre 2020 und 2021, liegt der Höchstbetrag der Soforthilfe bereits heute bei 24.000 Euro zusammengefasst pro Verein. Auch müssen Vereine nicht zuerst sämtliche Rücklagen aufbrauchen. Nur sogenannte freie Rücklagen von Vereinen sind zunächst heranzuziehen, nicht aber solche, die für dringende und unabwendbare Investitionen benötigt werden.

Auch die Anträge wurden bereits im Juni 2020 vereinfacht. So sind beispielsweise keine Jahresabschlüsse oder Haushaltspläne mehr vorzulegen. Die Verlängerung der Antragsfrist bis zum 31. Dezember 2021 ist auch bereits im September 2020 erfolgt, wir haben es gerade gehört.

Auch das von Ihnen geforderte Konzept zur gezielten Kooperation und einer finanziellen Förderung von Vereinen, Jugendverbänden und Schulen nach baden-württembergischen Vorbild existiert ebenfalls bereits in Rheinland-Pfalz.

Der Grund für leere Bürger- und Dorfgemeinschaftshäuser oder Sporthallen sind die pandemiebedingten Einschränkungen und nicht die Benutzungsgebühren. Im Übrigen sollten Sie alle wissen, dass die Vereine schon seit 1974 öffentlich geförderte Sportanlagen kostenfrei nutzen können

Das Land wird auch den Kommunen in der Krise weiterhin mit starken finanziellen Hilfen zur Seite stehen. Hier seien nur die hälftig getragenen Kompensationszahlungen für die Gewerbesteuermindereinnahmen in Höhe von 412 Millionen Euro im Jahr 2020 genannt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, wie ich in aller Kürze dargestellt habe, sind viele der Forderungen bereits umgesetzt oder schlicht nicht sinnvoll. Der Antrag ist daher abzulehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 17/14334 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Danke. Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der AfD abgelehnt.

Ich rufe **Punkt 22** der Tagesordnung auf:

Konsequenzen aus dem Fall Maxda ziehen – Vermögensabschöpfung und -auskehrung im Strafprozess verbraucherfreundlicher und rechtsangemessener gestalten

Antrag der Fraktion der AfD
– Drucksache 17/14330 –

Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Frisch.

(Abg. Sven Teuber, SPD: Hat die Rede ein ehemaliger Mitarbeiter geschrieben? Wahrscheinlich von der NPD direkt! –
Abg. Kathrin Anklam Trapp:
Wahrscheinlich! –
Weitere Zurufe von der SPD)

Abg. Michael Frisch, AfD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im vergangenen Sommer geriet der speyerische Kreditvermittler Maxda bundesweit in die Schlagzeilen. Über Jahre hinweg hatte der ehemalige Hauptsponsor des 1. FC Kaiserslautern 160.000 Kunden durch falsche Fahrkostenabrechnungen um insgesamt 27 Millionen Euro betrogen.

(Zuruf des Abg. Martin Haller, SPD)

Im Jahr 2020 wurde einer der Geschäftsführer für diese Taten verurteilt und der entsprechende Vermögenswert von Firmenkonten mit dem Ziel eingezogen, die Opfer zu entschädigen.

(Zuruf des Abg. Benedikt Oster, SPD)

Trotz der hohen Schadenssumme und obwohl ihr die Daten aller Geschädigten bekannt waren, informierte die zuständige Staatsanwaltschaft Kaiserslautern die Betroffenen über mögliche Entschädigungsansprüche nur indirekt durch eine einmalige Bekanntmachung im Bundesanzeiger. Von einer regulären Mitteilung durch Zustellung wurde mit Verweis auf zu hohe Kosten abgesehen.

Zweimal war das Auskehrungsverfahren, in dem die Opfer ihre Ansprüche geltend machen konnten, auf unseren Antrag hin Thema im Verbraucherschutzsausschuss. Beide Male erklärte die Vertreterin des Justizministeriums, dass das Vorgehen der Staatsanwaltschaft Kaiserslautern rechtlich zulässig und außerdem übliche Praxis sei, besonders dann, wenn es sich um eine derart hohe Zahl zu informierender Geschädigter handle. Beide Male erklärte Staatssekretärin Rohleder, das Verfahren habe sich seit der Reform der Vermögensabschöpfung im Jahr 2017 für die Betroffenen erheblich vereinfacht und verbessert.

Leider geht dies völlig an der Realität und vor allem am konkreten Fall Maxda vorbei. Zur Erinnerung: Nach über sechs Monaten Meldefrist konnten nur 88 von 160.000 Opfern entschädigt werden. Ganze 0,05 % der gesamten Betrugssumme, 14.000 von insgesamt 27 Millionen Euro, wurden an die Betroffenen ausgekehrt.

Frau Ministerin, mit Verlaub, aus diesen enttäuschenden Zahlen einen verbraucherschutzrechtlichen Fortschritt ableiten zu wollen, ist beinahe zynisch; denn eine derart hohe Misserfolgsquote kann nicht im Interesse der Geschädigten sein, und sie ist auch nicht im Sinne des Bundesgesetzgebers, der eigentlich den Rechtsschutz von Opfern verbessern wollte.

Deshalb kann und darf uns dieses Ergebnis nicht zufriedenstellen. Im Gegenteil, es zeigt dringenden rechtlichen Nachschärfungsbedarf, insbesondere bei der Benachrichtigung der Betroffenen, die wir mit unserem vorliegenden Verbraucherschutzantrag in zwei Schritten verbessern wollen.

Erstens: Die Mitteilung sollte grundsätzlich durch schriftliche Zustellung erfolgen und nur im absoluten Ausnahm-

mefall durch öffentliche Bekanntmachung in dem vom Durchschnittsbürger kaum gelesenen Bundesanzeiger. Der Arbeits- und Kostenaufwand hierfür lässt sich durch Einsatz digitaler Hilfsmittel absolut überschaubar gestalten.

Zweitens: Die unvermeidlich anfallenden Zustellungsgebühren sollten, ähnlich wie im Insolvenzverfahren, aus dem eingezogenen Vermögenswert finanziert werden können, sofern das Kosten-Nutzen-Verhältnis für die Geschädigten angemessen ist.

Am Beispiel Maxda hätte dies konkret bedeutet, dass die Anspruchsberechtigten auf höchstens 2 % ihrer Entschädigung hätten verzichten müssen. Im Gegenzug jedoch wären alle Betrugsoffer fristgerecht und zuverlässig über ihre Ansprüche und deren Geltendmachung aufgeklärt worden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bitte helfen Sie mit, dass sich ein Fall Maxda nicht wiederholen kann. Verbessern Sie mit uns den Schutz von Millionen Verbrauchern in ganz Deutschland. Stimmen Sie unserem Antrag zu.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die Koalitionsfraktionen spricht die Abgeordnete Monika Becker.

Abg. Monika Becker, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Fall Maxda aus Kaiserslautern hat eindrücklich gezeigt, Verbraucherschutz ist wichtig. Das ist gar keine Frage. Die Konsumentinnen und Konsumenten sollen durch ihn und seine gesetzlichen Regelungen vor allem vor Täuschungen und Übervorteilung geschützt werden. Doch sind diese Grundsätze auch auf die Vermögensabschöpfung und die Vermögensauskehrung im Strafverfahren anwendbar? Ich sage, so einfach ist das nicht.

Die AfD-Fraktion verkennt mit ihrem Antrag nämlich folgende zwei ganz wesentliche Punkte: Durch die Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung kommen Betrugsoffer seit 2017 nun zwar leichter und ohne eigenes Prozesskostenrisiko zu Geld. Die Reform hat jedoch nichts daran geändert, dass die Abschöpfung des Vermögens und dessen Auskehrung nach wie vor Teile des Strafverfahrens sind. Dies schützt zwar auch die Opfer von Straftaten, es dient aber vor allem der Verfolgung von Straftäterinnen und Straftätern. Das ist und bleibt die Kernaufgabe des Strafverfahrens und der Staatsanwaltschaft.

Nichtsdestotrotz hat die Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung dazu geführt, dass die Opfer von Betrugstaten zunächst keinen Zivilprozess mehr anstrengen müssen. Sie können nun innerhalb einer bestimmten Frist ihre Forderungen durch ein einfaches Schreiben an die

Staatsanwaltschaft geltend machen. Das ist ein entscheidender Vorteil.

Meine Damen und Herren, ich sage herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich sage es nicht nur für diese Rede, ich sage es für die letzten fünf Jahre; denn jetzt ist auch für mich der Punkt gekommen, mich von Ihnen zu verabschieden.

Ich war fünf Jahre Teil dieses Landtags, die ich als sehr ernsthafte und wichtige Zeit in meinem Leben empfunden habe. Ich habe die Aufgabe als Abgeordnete sehr ernst genommen.

Ich bedanke mich ganz ausdrücklich bei all denen, mit denen ich zusammengearbeitet habe, natürlich insbesondere bei den Mitgliedern des Innenausschusses, der ein ganz wichtiger Bestandteil meiner Arbeit war. Dazu gehören auch der Petitionsausschuss, die Strafvollzugskommission und im letzten Monat der Ausschuss für Gleichstellung und Frauenförderung. Es war eine intensive Arbeit. Es war aber auch eine sehr gute Arbeit.

Ich bedanke mich natürlich ganz besonders bei den Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, aber auch bei den Kolleginnen und Kollegen der CDU. Es waren manchmal harte Auseinandersetzungen, aber eigentlich in der Sache immer anständig. So gehört es sich für ein Parlament.

Ich wünsche Ihnen allen ganz persönlich alles Gute. Streiten Sie weiter. Ich muss Adolf Weiland absolut unterstützen. Es ist wichtig, dass im Diskurs, im Dissens ein Kompromiss für das herauskommt, was für unser Rheinland-Pfalz so wichtig ist, nämlich das beste Ergebnis zu erarbeiten.

Ich wünsche Ihnen alles Gute. Ich wünsche das vor allem diesem Hohen Hause. Vielleicht haben wir wirklich die Möglichkeit, uns noch einmal als Altabgeordnete in dem neuen Parlament, das neu hergestellt wird, wiederzusehen. Das Parlament ist das Fundament der Demokratie. Es ist unglaublich wichtig. Ich bin sehr dankbar und stolz, dass ich hier mitarbeiten durfte.

Herzlichen Dank und alles Gute.

(Beifall der FDP, der SPD, des BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Zu einer Kurzintervention hat sich der Abgeordnete Frisch gemeldet.

(Abg. Martin Haller, SPD: Es gibt sicherlich Enthüllungen zur NPD! Es ist überfällig, Herr Frisch! Es wird Zeit, dass Sie ein bisschen was zur Sache sagen! –

Abg. Sven Teuber, SPD: Anstand hat er sowieso nicht! –

Weitere Zurufe von der SPD)

Abg. Michael Frisch, AfD:

– Das ist doch lächerlich.

Herr Teuber, ich weiß nicht, wie Sie hier das Wort „Anstand“ in den Mund nehmen können.

(Unruhe im Hause –
Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren,

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Wir sind
halt keine Nazis! Da fängt es schon an! –
Unruhe im Hause)

Frau Kollegin Becker, ich möchte Sie gerade nach Ihrer letzten Rede nicht angreifen, aber da Sie für die gesamten Regierungsfraktionen gesprochen haben – – –

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Also
echt! –

Weitere Zurufe von der SPD –
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Asoziales
Verhalten! –

Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Vorsicht! –
Weitere Zurufe aus dem Hause –
Glocke der Präsidentin)

Wir haben heute schon sehr viel gehört.

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Unruhe im Hause)

ich mache jetzt mein Mikrofon an. Das habe ich vor lauter Aufregung vergessen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt diese Kurzintervention. Wir haben eine Geschäftsordnung. Ich lasse sie zu. Der Abgeordnete Frisch hat das Wort.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abg. Michael Frisch, AfD:

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Wir haben heute schon sehr viel über respektvollen und wertschätzenden – – –

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer,
SPD –
Weitere Zurufe von der SPD)

Frau Präsidentin, ich unterbreche meine Rede, bis ich mir sicher bin, dass ich – – –

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Sie haben das Wort.

Abg. Michael Frisch, AfD:

Ich möchte aber die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses haben.

(Heiterkeit bei SPD und CDU)

Ich weiß nicht, was unsere Bürger denken, wenn sie hier sehen, wie sich dieses Hohe Haus in einer so absolut würdelosen Art und Weise benimmt.

Wir haben heute sehr viele Schaufensterreden gehört.

(Zurufe der Abg. Giorgina Kazungu-Haß,
Sven Teuber und Alexander Schweitzer,
SPD –

Weitere Zurufe von der SPD)

Wir haben heute sehr viele Schaufensterreden über wertschätzendes und respektvolles Verhalten gehört.

(Zuruf der Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD)

Ich würde mir wünschen, dass man nicht nur darüber redet, sondern dass man das hier auch praktiziert. Ich erlebe das im Moment hier mit Sicherheit nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD –
Zuruf von der SPD)

Frau Becker, ich versuche noch einmal, zur Sache zurückzukommen. Das ist kein Angriff auf Sie persönlich, aber da Sie für die Ampelfraktionen gesprochen haben, muss ich doch darauf hinweisen, dass diese Erwiderung ausgesprochen dürftig war.

(Zurufe von der FDP)

Wenn das jetzt im Strafrecht geregelt ist, mag das so sein. Dieser Antrag ist aber ein Verbraucherschutzantrag. Wir wollen etwas für unsere Verbraucher erreichen.

(Zuruf der Abg. Monika Becker, FDP)

Wenn Sie darauf verweisen, die Information würde nach dieser Neuregelung gegeben, dann ist das theoretisch der Fall, aber der Fall Maxda hat gezeigt, dass das praktisch nicht funktioniert. Das kann man doch ein nicht einfach vom Tisch wischen.

(Zurufe von der SPD –
Präsident Hendrik Hering übernimmt den
Vorsitz)

Wir wollen, dass hier eine Gesetzesänderung angestoßen wird. Auch der Vorsitzende des Verbraucherschutz Ausschusses, Herr Hartloff, hat gesagt, er sieht hier gesetzlichen Nachschärfungsbedarf. Dem schließen wir uns an. Wir wollen, dass die Landesregierung das über den Bundesrat im Sinne unserer Verbraucher auf den Weg bringt.

Ich verstehe nicht, wie man dagegen sein kann, außer aufgrund dessen, dass der Antrag, der richtig ist, offensichtlich

von den Falschen kam. Ich bitte Sie trotzdem, ihm zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD –
Abg. Benedikt Oster, SPD: Sie lernen ja
auch noch dazu! –
Unruhe im Hause)

Präsident Hendrik Hering:

Herr Kollege Frisch, Sie beurteilen nicht, wie die Verhaltensweisen des Parlaments sind. Das machen andere, nicht Sie.

(Beifall bei CDU und FDP –
Abg. Matthias Joa, AfD: Der unparteiische
Landtagspräsident!)

Jetzt hat der Abgeordnete Henter das Wort.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Einfach
nur noch einmal für das Protokoll: Wir
haben nur festgestellt, dass die
Tagesschau meldet, dass Herr Frisch Nazis
beschäftigt! –
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Nein, das ist
falsch!)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt jetzt keine Beratung zum Tagesordnungspunkt „Personal der AfD“.

(Zuruf von der SPD: Machen wir noch!)

Der Tagesordnungspunkt betrifft den Fall Maxda. Dazu spricht Herr Henter.

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer, SPD)

Abg. Bernhard Henter, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vermögensabschöpfung bedeutet nach der Gesetzesreform von 2017 die Einziehung dessen, was der Täter oder Tatbeteiligte oder ein Dritter durch eine rechtswidrige Tat erlangt hat. Materiell geregelt ist dies in den §§ 73 ff. StGB.

Dieses vom Bundestag verabschiedete Gesetz findet die volle Zustimmung der CDU-Fraktion;

(Beifall der Abg. Hedi Thelen und Marlies
Kohnle-Gros, CDU)

denn durch dieses Gesetz kommt das Prinzip zum Ausdruck: Straftaten sollen sich nicht lohnen.

(Beifall der CDU)

Durch die Gesetzesreform wurde die Einziehung des Taterlangens deshalb fast ausschließlich als zwingendes Recht ausgestaltet. Die Staatsanwaltschaft hat die Einziehung

des Taterlangens zu beantragen, und das Gericht hat sie auszuurteilen, wenn die Voraussetzungen vorliegen.

Der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung liegt nach der Gesetzesreform ein ganz einfaches Prinzip zugrunde: Dem Tatbeteiligten wird genommen, was er zu Unrecht erlangt hat. Der Staat nimmt das zu Unrecht Erlangte an sich und behält es, soweit nicht eine Entschädigung des durch die Tat Verletzten in Betracht kommt.

Die Geschädigten müssen ihre Ansprüche nach dieser Gesetzesreform nicht einzeln zivilrechtlich einklagen. Sie können sie vielmehr bei der Staatsanwaltschaft anmelden und darlegen. Die Staatsanwaltschaft verwaltet die eingezogenen Vermögenswerte einstweilen quasi treuhänderisch.

Damit die Ansprüche geltend gemacht werden können, müssen die Geschädigten in einem ersten Schritt zunächst einmal erfahren, dass diese Möglichkeit besteht.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Ganz genau!)

Dies erfolgt durch Bekanntgabe an den Geschädigten oder Mitteilung im Bundesanzeiger. Geregelt ist dies in den §§ 459 i und 111 b StPO.

Im Fall Maxda gab es 158.000 Geschädigte, von denen 130 einen Ersatzanspruch geltend gemacht haben. Die Schadenssumme betrug ca. 27 Millionen Euro. Die geltend gemachte Summe der Geschädigten betrug ca. 13.900 Euro.

Die Staatsanwaltschaft Kaiserslautern hat durch Anzeige im Bundesanzeiger und in Presseveröffentlichungen über die Verbraucherzentralen versucht, die Geschädigten zu informieren.

Die CDU-Fraktion wird den Antrag der AfD ablehnen. Bevor über einen derart differenzierten Antrag abgestimmt werden kann, mit dem eine bundesgesetzliche Initiative angestoßen werden soll, ist eine fundierte Beratung im Rechtsausschuss erforderlich.

(Beifall der Abg. Hedi Thelen und Martin
Brandl, CDU)

Dies gebietet die Sorgfalt. Zur Klärung praktischer Fragen der Benachrichtigung von Geschädigten ist eine fundierte Information des Rechtsausschusses von Praktikern erforderlich. Dazu gehört ein Bericht der Staatsanwaltschaft Kaiserslautern. Dazu gehört ein Bericht der beiden Generalstaatsanwaltschaften. Dazu gehört ein Bericht der Arbeitsgruppe „Vermögensabschöpfung“. Darüber hinaus wäre ein Erfahrungsaustausch des Justizministeriums mit anderen Landesjustizverwaltungen notwendig.

Erst wenn diese Ergebnisse vorliegen und vom Justizministerium im Rechtsausschuss dargelegt werden, kann sachlich fundiert über diese Gesetzesänderungen diskutiert werden. Der jetzige Zeitpunkt ist für einen derartigen Antrag vollkommen verfrüht.

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Mich wundert es schon, dass die AfD-Fraktion nicht den Rechtsausschuss mit der aus ihrer Sicht bestehenden Problematik befasst hat.

(Zuruf des Abg. Marco Weber, FDP)

Wir werden den Antrag daher ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies war meine letzte Rede im rheinland-pfälzischen Landtag. Ich bedanke mich für die kollegiale Zusammenarbeit insbesondere bei den Mitgliedern des Rechtsausschusses, dem ich 15 Jahre angehört habe.

Ich wünsche dem rheinland-pfälzischen Landtag auch in Zukunft gute Beratungen zum Wohle der rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger.

Vielen Dank.

(Starker Beifall der CDU, der SPD, der FDP
und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
Beifall bei der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung spricht Staatsminister Mertin.

Herbert Mertin, Minister der Justiz:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Erlauben Sie mir, darauf hinzuweisen, dass die Vermögensabschöpfung in der Strafprozessordnung nicht allein für Verbraucher vorgesehen ist, sondern dem Grunde nach für jedes Opfer einer Straftat. Sie auf Verbraucher zu verengen, verengt das ganze Rechtssystem; denn nicht jedes Opfer einer Straftat steht in einer vertraglichen Beziehung zum Täter und ist damit auch kein Verbraucher. Es kann eine vertragliche Beziehung bestehen, aber dann ist es ein Gewerbetreibender und auch kein Verbraucher.

Diese Vorschriften gelten für alle. Sie sind in der Strafprozessordnung geregelt, und der Gesetzgeber hat den Staatsanwaltschaften – was ich für gut erachte – seit 2017 aufgegeben, bei Strafverfolgungen auch das Vermögen abzuschöpfen, um so – wie es der Kollege Henter so schön gesagt hat – zu verhindern, dass die Täter von ihren Straftaten profitieren.

Nun haben wir hier einen sehr singulären Fall – Sie haben es dargestellt –, in dem eine sehr hohe Summe sozusagen beschlagnahmt wurde und wir eine sehr hohe Anzahl von Beteiligten mit relativ kleinen Ansprüchen haben. Die sind zwischen 0 und 100 Euro sowie zwischen 100 und 200 Euro anzusiedeln; also eine sehr große Anzahl und eine sehr große Summe.

Sie haben angedeutet, jedenfalls hörte es sich so an, als ob die Staatsanwaltschaft Kaiserslautern sich hier nicht korrekt verhalten hätte. Das will ich zurückweisen.

(Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

Der Gesetzgeber hat für diese Fälle diese Vorgehensweise ausdrücklich angeordnet,

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

und die Staatsanwaltschaft hat darüber hinaus auch noch Pressearbeit gemacht, um möglichst viele Personen darüber zu informieren, dass sie ihre Ansprüche geltend machen können.

Natürlich kann man darüber nachdenken, ob man nicht dieses oder jenes verändern kann. Dazu sind wir auch bereit, aber dieses Nachdenken setzt meines Erachtens voraus, dass das vorher mit den Praktikern, nach ihren Erfahrungen, korrekt erörtert wird.

Wissen Sie, ich möchte kein Verfahren haben, wie ich es seit zwei, drei Jahren auf der Bundesebene erlebe. Dort wird ein Jahr lang an einem Referentenentwurf gearbeitet, und wir bekommen den zugeschickt und sollen dann innerhalb von einer Woche Stellung nehmen. Das ist keine korrekte Arbeit an Gesetzgebung.

Deswegen wollen wir zusammen mit der Staatsanwaltschaft Kaiserslautern und den Generalstaatsanwaltschaften den Fall bewerten und uns dann überlegen, an welchen Punkten man vielleicht etwas verbessern kann, um hier ein besseres Ergebnis zu erzielen.

Nur am Rande: Bei Thomas Cook, diesem Reiseveranstalter, haben weit weniger Geschädigte ihre Ansprüche beim Bundesamt für Justiz angemeldet als erwartet. Offensichtlich liegt ein Problem darin, dass derjenige, der Ansprüche hat, sich dann nicht unbedingt selbst auch die Mühe machen will, diese Ansprüche geltend zu machen.

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: War ja auch schwierig!)

Allerdings muss man dann auch sicherstellen, dass nach Möglichkeit eine entsprechende Information gegeben wird. Auch hier muss aber sorgfältig überlegt werden, welche Art von Information Sie eigentlich vorsehen. Innerhalb unseres Rechtswesens gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, wie man Menschen in einer unbestimmt großen Anzahl informieren kann.

Sie erleben das im Planungsrecht, Sie erleben das an vielen Stellen. Überall kommen auch öffentliche Bekanntmachungen zum Tragen. Das ist also nicht völlig fremd, und insofern muss man sich überlegen, wie man Nachjustierungen machen kann.

Nur so ganz am Rande: Nach dem bisherigen Verfahren, wenn man es jedem Einzelnen hätte mitteilen wollen, hätte dies, weil rechtlich Fristen in Gang zu setzen waren, einen Kostenaufwand von etwa 500.000 Euro bedeutet, für den ich derzeit keine Rechtsgrundlage gesehen hätte. Insofern muss man das ändern.

Sie haben auch gesagt: Gut, man kann dann gegebenenfalls die Opfer an diesen Kosten beteiligen. – Wissen Sie, bei dieser Summe kann man sich das leicht vorstellen, aber der Gesetzgeber hat dies gerade ausgeschlossen, weil nicht immer sichergestellt ist, dass die Summe so groß ist, und es kann nicht sein, dass am Schluss wegen der Verwaltungskosten nicht ganz so viel übrig bleibt.

Insofern bitte ich um Verständnis, dass wir zum derzeitigen Zeitpunkt – ohne alle Gespräche, die derzeit geführt werden – nicht sagen können, in welcher Art und Weise wir eine Veränderung vornehmen wollen. Dass wir aber darüber nachdenken, will ich Ihnen gerne bestätigen, weil das Ergebnis sicherlich nicht befriedigend ist. Was der richtige und korrekte Weg ist, muss von uns aber noch genauer geprüft werden.

Ich betone aber noch einmal: Der Staatsanwaltschaft Kaiserslautern ist hier keinerlei Vorwurf zu machen. Es war ein sehr komplexes, sehr aufwendiges Verfahren. Das haben sie erfolgreich zu Ende gebracht. Sie haben das gemacht, was der Gesetzgeber vorgesehen hat. Insofern, soweit in der Öffentlichkeit manchmal der Eindruck entstanden ist, da sei irgendetwas Unredliches geschehen: Das ist nicht der Fall.

Man kann darüber nachdenken, ob man die Lage verbessert. Das habe ich bereits ausgeführt.

Ich möchte heute aber auch die Gelegenheit wahrnehmen, mich ganz herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, bei Staatsanwaltschaften, Gerichten und Justizvollzugsanstalten zu bedanken, die in den letzten Monaten in dieser schwierigen Zeit das, was unsere dritte Staatsgewalt ausmacht, nämlich die Justiz, am Laufen gehalten und Rechtsschutz ermöglicht haben. Das ist ein Einsatz, der mit viel Engagement, mit viel Kreativität gemacht worden ist und für unsere Gesellschaft gar nicht hoch genug geschätzt werden kann. Dafür sage ich an dieser Stelle ganz herzlichen Dank.

(Beifall im Hause)

Danken möchte ich auch Ihnen, Frau Abgeordnete Kohnle-Gros. In den letzten fünf Jahren – wir haben in diesem Hohen Hause auch schon früher in anderen Funktionen miteinander zu tun gehabt –, in dieser Legislaturperiode waren Sie Vorsitzende des Rechtsausschusses, der unmittelbar für mich zuständig ist. Auch von meiner Seite einen ganz herzlichen Dank für eine sachliche und faire Führung der Sitzungen des Rechtsausschusses. Insofern wünsche ich Ihnen und Ihrer Familie alles Gute.

(Beifall bei FDP, SPD, CDU und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Bei Herrn Kollegen Henter als rechtspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion darf ich mich ebenfalls für eine Zusammenarbeit bedanken, die dadurch geprägt war, dass er natürlich als Opposition ganz entschieden die Positionen seiner Fraktion vertreten hat. Gleichwohl hat dies aber immer in gegenseitigem Respekt stattgefunden. Auch dafür

danke ich ganz herzlich. Ich nehme Bezug auf unsere letzte Rechtsausschusssitzung: Die Pandemie wird einmal vorbei sein. Schauen Sie schon einmal nach der Gaststätte, in der wir den Moselwein trinken werden.

(Heiterkeit und Beifall bei FDP, SPD, CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Monika Becker, auch Dir einen ganz herzlichen Dank. Wir haben eher am Rande in der Strafvollzugskommission miteinander zu tun gehabt. Heute bist Du freundlicherweise für Thomas Roth eingesprungen. Für die gute Zusammenarbeit auch Dir ganz herzlichen Dank. Alles Gute Dir und deiner Familie.

(Beifall bei FDP, SPD, CDU und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Abschließend möchte ich mich auch beim Kollegen Roth bedanken, der die FDP-Fraktion im Rechtsausschuss die ganze Legislaturperiode über vertreten hat. Er ist leider heute aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage, anwesend zu sein. Gleichwohl möchte ich meinen Dank hier ausdrücklich zu Protokoll geben, auch wenn ich es ihm auch persönlich sagen werde, wenn er wieder genesen ist. Mit den besten Wünschen für eine solche Genesung und meinem Dank für die Zusammenarbeit auch ihm alles Gute.

Ihnen vielen Dank für das Zuhören.

(Beifall bei FDP, SPD, CDU und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Jan
Bollinger, AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Jetzt hat der Abgeordnete Frisch für eine weitere Kurzintervention das Wort.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN: Irgendwie unverschämt, oder?)

Abg. Michael Frisch, AfD:

– Interessant, Herr Dr. Braun. Ich merke an, der Fraktionsführer der Grünen findet es unverschämt – –

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Hendrik Hering:

Herr Frisch, es ist schon umstritten, dass ich eine zweite Kurzintervention zulasse. Sie können sich an den Justizminister wenden, nicht an Herrn Braun. Dazu haben Sie das Wort, sonst nicht.

Abg. Michael Frisch, AfD:

Vielleicht sollte Herr Dr. Braun dann solche unverschämten Zwischenrufe unterlassen.

Präsident Hendrik Hering:

Das zu kommentieren, ist auch nicht Ihre Aufgabe. Jetzt machen Sie Ihre Kurzintervention.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Benedikt Oster, SPD: Abschiedsrede
jetzt!)

Abg. Michael Frisch, AfD:

Selbstverständlich, Herr Präsident.

Zunächst einmal herzlichen Dank, Herr Justizminister, für Ihre wirklich differenzierte Betrachtungsweise, für Ihren respektvollen Umgangston. Das hat sich deutlich von dem abgehoben, was wir vorher hier im Hause erlebt haben.

(Zuruf der Abg. Giorgina Kazungu-Haß,
SPD)

Einige Dinge möchte ich richtigstellen.

Wir haben zu keiner Zeit gesagt, die Staatsanwaltschaft hätte sich irgendwie gegen die Spielregeln verhalten. Ganz im Gegenteil, das haben wir im Ausschuss konstatiert, und das steht auch noch einmal so in unserem Antrag. Die Staatsanwaltschaft hat sich vollkommen korrekt verhalten. Sie konnte, um das in aller Deutlichkeit zu sagen, aufgrund der gesetzlichen Regelungen hier nicht anders agieren.

Die Kosten von 500.000 Euro sind hoch, aber wir haben hier natürlich auch eine Riesensumme, die ausgekehrt werden könnte, nämlich 27 Millionen Euro. Das muss man in Relation setzen.

Zu den beiden Punkten, die Sie angesprochen haben: Dass solch ein Problem relativ selten vorkommt, zumindest in der Größenordnung, ist richtig, kann aber eigentlich am Regelungsbedarf nichts ändern, genauso wenig wie die vergleichsweise niedrigen Summen, um die es hier für den einzelnen Verbraucher geht. Bei Maxda reden wir über einen Kreditvermittler, der vor allem die Kunden bedient, die sonst nicht mehr kreditwürdig sind. Für diese Menschen sind auch 100 oder 200 Euro durchaus viel Geld.

Im Übrigen sind wir nicht die Juristen. Sie sind der Experte, und wenn hier die Auffassung vertreten wird – Herr Henter hat es gesagt –, man müsse das im Rechtsausschuss diskutieren, können wir das gerne machen. Dann bringen wir den Antrag in der nächsten Legislaturperiode erneut ein, um ihn dann auch im Rechtsausschuss zu diskutieren.

(Abg. Benedikt Oster, SPD: Dann sind Sie nicht mehr da!)

Herr Mertin, wenn Sie sagen, ja, da müssen wir mal schauen, was wir tun können, ist der Sinn unserer Initiative eigentlich schon erreicht. Wir haben es jetzt zweimal im Ausschuss gespielt und hier eingebracht. Wenn wir damit im Sinne unserer Verbraucher etwas angestoßen haben, sodass sich

hier etwas bewegt, dann sind wir außerordentlich zufrieden; denn wir wollen Lösungen, und wir vertrauen dann auf die juristischen Experten und darauf, dass sie sich Gedanken machen, wie man das am besten rechtssicher auf den Weg bringt, sodass am Ende – darauf kommt es an – eine Verbesserung für unsere Verbraucher erreicht werden kann.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Eine Erwiderung wird offensichtlich nicht gewünscht. Es gibt jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Dann stimmen wir über den Antrag der Fraktion der AfD ab. Wer dem Antrag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/14330 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD abgelehnt.

Wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt, **Punkt 23** der Tagesordnung:

**Einstellungs- und Beförderungspraxis in der
Staatskanzlei und den Ministerien**

Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU
und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der
Fraktion der CDU

– Drucksachen 17/13278/13881/14274 –

Für die antragstellende Fraktion spricht Dr. Martin.

Abg. Dr. Helmut Martin, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im November haben wir in der Plenarsitzung über den Beförderungsskandal im Umweltministerium debattiert. Die Koalitionsfraktionen haben dabei eher auf Beschwichtigung gesetzt. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten aber mehr Einsatz für eine Bereinigung von Missständen im Bereich der Exekutive.

Gut, dass meine Fraktion und die Medien als vierte Gewalt ihre Aufgabe ernst nehmen, die erforderliche Aufklärung betreiben und auf die gebotenen Konsequenzen drängen.

(Beifall der CDU)

Der Rücktritt von Ministerin Höfken und Staatssekretär Griese war ein wichtiger Zwischenschritt bei der Aufarbeitung des Skandals, aber nur ein Zwischenschritt, weil massive Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass auch weitere Bereiche der Regierung betroffen sind.

Deshalb hatte meine Fraktion zur weiteren Aufklärung eine Große Anfrage gestellt. Weil die Antwort darauf zwar wort-

und zahlenreich, aber wenig inhaltlich war, haben wir sie von einem renommierten Staats- und Beamtenrechtler prüfen lassen;

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn uns war wichtig, hier von externer Seite eine unvoreingenommene Stellungnahme einzuholen.

Dieser Sachverständige, Professor Brinktrine, hat dann in der Tat wichtige Erkenntnisse zu zwei Themenkomplexen beisteuern können,

(Zuruf des Abg. Marco Weber, FDP)

die uns, und damit dem Parlament und der Öffentlichkeit, weiterhelfen.

Erster Themenkomplex: Die Antwort der Landesregierung ist bei zentralen Fragen so ungenau, dass sie nicht den verfassungs- und parlamentsrechtlichen Anforderungen genügt; denn eine Regierung muss Fragen aus dem Parlament so umfassend beantworten, dass dem Kontrollauftrag des Parlaments möglichst gut Genüge getan werden kann. Nur dann wird eine Antwort dem verfassungsrechtlich bedeutsamen Frage- und Informationsrecht des Parlaments und seiner Kontrollfunktion gegenüber der Regierung gerecht.

(Beifall der CDU)

Der Gutachter hat dies mit der Formulierung der fragerfreundlichen Antwort verdeutlicht.

Diese vom Bundesverfassungsgericht betonte verfassungsrechtliche Anforderung hat die Landesregierung mehrfach verletzt.

Das heißt, nach den vom Oberverwaltungsgericht (OVG) aufgezeigten Rechts- und Verfassungsverstößen bei der Beförderungspraxis hat die Regierung nun mit der Antwort ein weiteres Mal Verfassungsrecht verletzt. Wahrscheinlich hat der Minister auch deswegen die Antwort nicht selbst unterschreiben wollen.

(Beifall der CDU)

Ich kann das an vier Beispielen verdeutlichen.

Erstens: Zum Teil verweist die Regierung pauschal auf Datenschutzaspekte, um konkrete Antworten zu vermeiden. Verfassungsrechtlich geboten wäre aber eine genaue Begründung, warum die privaten Interessen im Einzelfall so gewichtig sind, dass eine öffentliche Erläuterung der Umstände von Einstellungen und Beförderungen ausscheiden soll.

Zweitens: Die Regierung beruft sich etwa im Bereich der Staatskanzlei auf ganz verschiedene Ausnahmen von der Pflicht zur Ausschreibung. Sie fasst diese komplett unterschiedlichen Ausnahmetatbestände dann aber in der tabel-

larischen Antwort in einer Spalte zusammen, sodass unklar bleibt, welche der verschiedenen Ausnahmetatbestände denn wie oft und in welchen Fällen erfüllt sein sollen.

Drittens: Die Regierung meint, eine Ausschreibung wäre auch entbehrlich, wenn eine Person die Aufgabe schon vor der Beförderung ausgeübt hätte, sogenannte durchlaufende Dienstposten. Die Regierung verschweigt dann aber, welche Stellen in welchen Ministerien von dieser angeblichen Ausnahme konkret erfasst sein sollen.

(Beifall bei der CDU)

Und: Kein Hinweis in der Antwort, dass und wie vor Übertragung eines solchen durchlaufenden Dienstpostens denn über dessen Vergabe entschieden wurde.

Viertens: Die Regierung gibt zu, auf anlassbezogene Beurteilungen verzichtet zu haben, wenn bereits eine aktuelle Beurteilung vorgelegen hätte. Die Regierung verschweigt aber, was sie überhaupt unter einer aktuellen Beurteilung versteht.

Meine Damen und Herren, Sie sehen also, nur die wenigsten Verfehlungen haben überhaupt einen Bezug zum Datenschutz. Mit ihrem Hinweis auf den Datenschutz und dem Angebot in der Antwort zur ergänzenden Information in vertraulicher Ausschusssitzung will die Regierung sich also ganz offensichtlich nur über die Zeit bis zur Wahl retten.

(Beifall der CDU –

Abg. Joachim Paul, AfD: Genau so ist es!)

Zweiter Themenkreis: Allein im Wirtschaftsministerium gibt es mindestens 38 Fälle, in denen ohne die vorgeschriebene aktuelle Beurteilung befördert wurde. Die Amtschefin, Staatssekretärin Daniela Schmitt, redet diesen Rechtsverstöß schön, indem sie meint, es würde lediglich die formalisierte schriftliche Dokumentation fehlen.

(Heiterkeit der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Meine Damen und Herren, das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Wir reden hier nicht darüber, ob irgendein Eintrag in ihrem Tagebuch nicht komplett war, sondern wir reden darüber, dass dokumentiert wird, ob die Bestenauslese beachtet wurde.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, da kommt es eben auch darauf an, dass das bewiesen werden kann und dokumentiert ist. Das wäre so ähnlich, wie wenn Frau Schmitt mit einem Blankotippschein in die Lottoannahmestelle geht und sagt, ich habe sechs Richtige und die Zusatzzahl, ich habe nur vergessen, es zu dokumentieren. So wäre das, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall der CDU)

Da reden wir nicht über irgendeine Formalität, sondern das ist elementar. Indem sie das so zur Seite wischt, offenbart

Frau Schmitt eine erhebliche Missachtung der Bedeutung von Beurteilungen und ihrer Dokumentation für das verfassungsrechtliche Prinzip der Bestenauslese.

Das ebenfalls FDP-geführte Justizministerium hat diese rechtswidrige Praxis mit Übernahme durch Minister Mertin abgestellt. Die Regierung weiß also, wie es richtig geht, und das macht die systematische verfassungswidrige Beförderungspraxis bei Wissing und Schmitt umso schlimmer.

(Beifall der CDU)

Ich frage mich natürlich auch: Wie kann die Ministerpräsidentin zulassen, dass in ihrer Regierung Missstände nur in einzelnen Ministerien abgestellt werden, in anderen Ministerien aber munter weiter verfassungswidrig befördert wird?

Die Antworten der Landesregierung und die Feststellungen des Gutachters zeigen, dass die Beanstandungen des OVG Koblenz zur Günstlingswirtschaft wohl über das Umweltministerium hinausgehen. Es hätte an der Regierung gelegen, Transparenz herzustellen und zu zeigen, dass alles korrekt gelaufen ist.

(Beifall bei der CDU)

Indem die Regierung stattdessen die weitere Aufklärung durch Verschleierung erschwert, verletzt sie Verfassungsrecht.

(Glocke des Präsidenten)

Eine Regierung, die mehr verschleiert, als dass sie aufklärt, hat etwas zu verbergen.

Letzter Satz: Also muss der Rechtsstaat erneut gerichtlich durchgesetzt und geschützt werden. Meine Fraktion wird daher den Verfassungsgerichtshof anrufen und die Verfassungsmäßigkeit der Antwort überprüfen lassen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU –
Abg. Martin Brandl, CDU: So ist es!)

Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Noss das Wort.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Jetzt kommt der Mann, der sonst auch immer die VGH-Niederlagen schönzureden hat! Das wird nämlich die nächste VGH-Niederlage werden, lieber Kollege! – Unruhe im Hause)

– Jetzt lassen Sie den Kollegen Noss sprechen.

Abg. Hans Jürgen Noss, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe

zwar nicht verstanden, was der Kollege Brandl wollte, aber es war wahrscheinlich auch nicht so wichtig.

Wir befassen uns heute mit der Großen Anfrage der CDU zur Einstellungs- und Beförderungspraxis in der Staatskanzlei und den Ministerien, die am 9. Dezember des letzten Jahres vom Ministerium des Innern hinreichend auf insgesamt 116 Seiten beantwortet und dokumentiert wurde, wobei eine Vielzahl von Tabellen und Übersichten erstellt wurde, die der besseren Verständlichmachung der Antworten dienen sollten.

Das alles wird von Ihnen nicht berücksichtigt. Es geht hier eben auch um den Wahlkampf. Den Termin haben Sie selbst herangezogen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, die Drucksache zur Beantwortung Ihrer Anfrage umfasst – wie eben schon gesagt – 116 Seiten. Darin sind natürlich – was Sie erwartet haben und selbstverständlich auch erwarten konnten – eine ganze Menge von Informationen, die von Ihnen angefordert wurden, enthalten.

Man kann wohl zu Recht von einer wahren Sisyphusarbeit sprechen, die durch die Regierung geleistet werden musste und auch geleistet wurde,

(Abg. Joachim Paul, AfD: Auch noch dankbar sein!)

um Ihr umfassendes Informationsbedürfnis zu befriedigen.

Ich weise in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass Ihnen die Landesregierung als Vorbemerkung in der schriftlichen Beantwortung Ihrer Anfrage – siehe Seite 1 der Beantwortung – angeboten hat, weitere Informationen zu geben und auf Verlangen Ihrer Fraktion Fragen auch in vertraulicher Sitzung des zuständigen Ausschusses zu beantworten.

Von Ihnen wurde keine Anfrage eingereicht. Von daher gesehen gibt das auch schon zu denken. Der Datenschutz spielt bei den angefragten Informationen nämlich eine ganz große Rolle. Dieses Angebot haben Sie leider nicht angenommen.

Wie Sie im Übrigen zu dem Thema „Datenschutz“ stehen, haben wir bei Ihrem gestrigen Antrag zur Corona-Plattform für Einsatzkräfte bereits erfahren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es bleibt festzuhalten, dass die von Ihnen gestellten Fragen so gut und umfassend beantwortet wurden, wie es möglich war.

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer, SPD)

Es besteht der Verdacht, dass Sie wohl erkannten, dass rein rechtlich nichts oder nur wenig zu beanstanden war. Also haben Sie den Weg der inhaltlichen Fehlersuche verlassen

und sich stattdessen darauf kapriziert, dass die Beantwortung der CDU-Fragen nur unzureichend erfolgt sei.

Jetzt haben Sie nach der Lektüre des Gutachtens den Vorwurf erhoben, die Landesregierung hätte anders antworten müssen. Entschuldigen Sie, Sie hätten die Fragen vielleicht anders stellen sollen,

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer, SPD)

dann hätte man sie vielleicht leichter beantworten können. Jetzt werden also von Ihnen Formalien kritisiert, weil mittlerweile auch Sie eingesehen haben, dass die inhaltlich-formale Debatte zu keinem Skandal führen wird.

(Heiterkeit des Abg. Joachim Paul, AfD –
Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Ihr Problem liegt darin, dass Sie die Legenden vom Skandal nicht begründen können, da es keinen Skandal gibt. Das kann auch kein juristisches Gutachten herbeifantasiieren. Vielleicht hätte Ihnen das bewusst sein müssen, bevor Sie den Auftrag zur Erstellung des Gutachtens erteilt haben. Das hätte Ihnen sicherlich viel Geld gespart.

Zusammenfassend möchte ich ausführen: Erstens, die Antwort auf die Große Anfrage belegt, dass die Einstellungs- und Beförderungspraxis der Landesregierung korrekt ist und in Einklang mit den rechtlichen Vorgaben steht.

(Heiterkeit des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Da besteht ein Dissens, das kann vorkommen.

Weitere Stellen werden ausgeschrieben. Wo man darauf verzichtet, macht man dies aufgrund und unter Beachtung von geltenden Ausnahmeregelungen. Gleiches gilt auch für die Beförderungen. Die Beförderungspraxis im Umweltministerium ist inzwischen korrigiert worden, wobei die politische Verantwortung übernommen wurde. Auch das stand schon lange vor Ihrem Gutachten fest.

Zweitens hat die Landesregierung in ihrer Antwort die gesamte Praxis der Einstellungen und Beförderungen für jedes Ressort umfassend offengelegt. Zusätzlich hat sie – wie vorhin gesagt – das Angebot auf weitere Informationen unterbreitet. Wahrgenommen haben Sie diese Chance leider nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU.

Lieber Herr Baldauf, Sie können nicht auf der einen Seite Angebote weiterer Informationen ablehnen und dann der Regierung auf der anderen Seite Intransparenz, Täuschen und Tarnen vorwerfen. Es ist von Ihnen bekannt, dass Sie das öfters machen. Sie sollten einfach ein skandalöses Märchen um das Thema „Einstellungen und Beförderungen“ zurücknehmen. Hier und heute kann man feststellen, dass Ihnen das nicht gelungen ist, nicht gelingen konnte, weil es keinen Skandal gibt.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Abwarten!)

Darüber hinaus möchte ich noch eines sagen: Nicht nur die

CDU nimmt ihre Aufgaben ernst, sondern auch die übrigen Fraktionen dieses Hauses. Daher weise ich den Vorwurf von Ihnen, Herr Dr. Martin, zurück.

Vielen Dank für Ihr Zuhören.

(Beifall der SPD und bei FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –

Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut! –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Das war jetzt
das Märchen aus 1002. Nacht!)

Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Paul das Wort.

Abg. Joachim Paul, AfD:

Sehr verehrtes Präsidium, liebe Kollegen! Es gibt angeblich gar keinen Skandal, oder Herr Noss hat keinen Skandal wahrgenommen. Herr Noss und Kollegin Brück gehören zu den Kollegen, die sogar noch den Untergang der Titanic als Unpässlichkeit, als kleinen Zwischenfall schönreden würden.

(Zuruf des Abg. Hans Jürgen Noss, SPD)

Dafür sind sie bekannt, und das ist auch ihre Aufgabe in der Fraktion.

(Beifall der AfD)

Auch heute wieder: „Gehen Sie weiter, hier gibt es nichts zu sehen!“ Das ist das Leitmotiv dieser Aufarbeitung, wie wir sie heute wieder zur Kenntnis nehmen mussten. Dabei ist der Erkenntnisgewinn der Großen Anfrage der CDU – auf die Große Anfrage der AfD-Fraktion komme ich gleich noch zurück – durchaus beträchtlich. Es gibt nicht nur meterdicken grünen Filz. Dass es roten Filz gibt, ist uns sowieso bekannt. 30 Jahre ist der gewuchert. Es gibt eben auch gelben Filz. Auch das ist ein Erkenntnisgewinn. Auch hier im gelb geführten Ministerium rechtswidrige Beförderungen, Beförderungen ohne Dokumentation. Das kann nur einen Grund haben: Es geht darum, eine Überholspur für politische Wunschkandidaten einzurichten.

Sie kennen das Geschäft, Sie haben es von der Pike auf gelernt. Wir als AfD-Fraktion haben uns zur Aufgabe gemacht, immer wieder auf diesen Filz und auf diese Fäulnisflecken hinzuweisen.

Im Ministerium von Frau Spiegel werden wir uns bald noch einmal mit der Abteilung Eventmanagement befassen. Dort kann es sein, dass der eine oder andere grüne Kommunalpolitiker Unterschlupf gefunden hat. Sie sind eine Expertin, Frau Spiegel, was diese Beförderungspraxis angeht, gewieft und erst von einem Verwaltungsgericht gestoppt.

Bei der ganzen Filzaffäre um diese Beförderungen ist uns aufgefallen, dass Frau Dreyer tatsächlich gesagt hat, sie sei für die Führung der Ministerien nicht zuständig. Das hat

ihre Regierungssprecherin Böhner verlauten lassen. Eine fast schon groteske Äußerung. Sie sei es nicht, obwohl es schwarz auf weiß in der Verfassung steht. Auch das ist mehr als eine Fußnote. Es zeigt, dass sich die Ampel bei dem Verdrängungswettbewerb gegenseitig den Rang ablaufen will.

Kommen wir zu den Antworten. Tatsächlich ist es so – da möchte ich dem Kollegen Martin ausdrücklich recht geben –, die Antworten sind nichtssagend, es sind im Grunde genommen aneinandergereihte Nebelkerzen. Sie sollen vor allen Dingen eines machen: Sie sollen die Opposition beschäftigen, ohne Informationen zu geben, die eine Kontrolle und ein effektives Nachbohren ermöglichen.

(Zuruf des Abg. Sven Teuber, SPD)

Das ist nicht nur letztklassig und niveaulos. Stichwort „Niveaulos“: Dass Sie sich melden, ist richtig. Sie sind nämlich niveaulos, Herr Teuber.

(Beifall und Heiterkeit bei der AfD)

Sie sind einer der niveaulosesten Politiker, die ich je kennengelernt habe. Tatsächlich, ja.

(Zurufe von der AfD –
Zuruf des Abg. Benedikt Oster, SPD –
Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Hui!)

Lassen wir das aber, lassen wir das.

Die Antworten auf unsere Anfrage sind Teil Ihrer Verschleierungstaktik.

(Weitere Zurufe von der SPD –
Glocke des Präsidenten)

– Ich komme zum Schluss.

Präsident Hendrik Hering:

Nein, nein, nein. Das war dem Lärm geschuldet. Sie haben noch Redezeit.

Abg. Joachim Paul, AfD:

Wir werden uns auch in der nächsten Legislaturperiode als bewährte Antifilzkraft empfehlen und dort weiterbohren.

(Zuruf des Abg. Sven Teuber, SPD)

Es wird Kleine Anfragen und Große Anfragen hageln.

(Abg. Sven Teuber, SPD: Mit
NPD-Mitarbeitern!)

Wir werden auch den Rat des Bundes der Steuerzahler aufgreifen und eine groß angelegte Überprüfung aller Beförderungsverfahren weiterbetreiben.

Noch ein letztes Wort. Wenn man sich überlegt, dass die

Bürger im Alltag im Grunde genommen ständig geprüft werden, ständig ihre Karriere durch Leistung und Wettbewerb planen müssen, durch einen Wettbewerb, der die Familien belastet – notwendigerweise –, der Hochleistung erfordert, der auch zu Reibereien und Reibungen führt, dies alles in einer Leistungsgesellschaft zu bestehen haben und dann diese Beförderungspraxis sehen, über die nicht wir das Diktum der Parteibuchwirtschaft, Günstlingswirtschaft gesetzt haben, sondern ein Verwaltungsgericht, dann ist es erklärlich oder verständlich, dass es zu einer Politikverdrossenheit kommt; denn sie müssen bemerken, dass die Gesetze in der Leistungsgesellschaft, denen sie genügen müssen, nicht in steuerfinanzierten Ministerien in Deutschland gelten.

Wenn Sie sich fragen, warum die Altparteienpolitik oder die Politik, bis zum Einzug der AfD natürlich, einen solch schlechten Ruf hat – Mauschelei, Günstlingswirtschaft, Parteibuchwirtschaft –, dann wundern Sie sich nicht; denn die Bürger auf der Straße sehen durchaus, dass Filz herrscht und nicht Leistung zählt, sondern politischer Stallgeruch.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden als die Fraktion, die sich hier als Antifilzkraft schon mehrfach bewährt hat, nicht lockerlassen. Sie können sich auch in der nächsten Legislaturperiode auf einiges gefasst machen.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD –
Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Weber das Wort.

Abg. Marco Weber, FDP:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind beim letzten Tagesordnungspunkt dieser Legislaturperiode angekommen. Wie das häufig so ist, wenn man am Schluss angekommen ist, ist eigentlich schon fast alles gesagt. Das gilt auch für dieses Thema heute, das schon seit September auf Betreiben der CDU-Fraktion im Gespräch ist. Anfangs durch den Kollegen Gerd Schreiner, der dann aber in der Strategie ausgetauscht wurde. Dann musste Helmut Martin übernehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist viel gesagt, viel geschrieben und viel erklärt, es wurde auch viel geändert. Die Landesregierung hat die Mängel der Beförderungsverfahren analysiert und abgestellt. Darüber hinaus haben Umweltministerin Höfken und Staatssekretär Griese die Konsequenzen gezogen. Davon habe ich heute erst sehr wenig gehört. Beide haben ihre Ämter zur Verfügung gestellt. Ich möchte auch erwähnen, dass gerade Staatssekretär Griese von Anfang an sowohl im Umweltausschuss

als auch hier am Rednerpult offen und ehrlich mit den Zahlen und den Verfahren im Umweltministerium in allen Punkten umgegangen ist.

Dann haben Sie, liebe CDU-Fraktion, die Große Anfrage gestellt und Antworten auf Ihre Fragen bekommen. Dann haben sich anscheinend Probleme beim Lesen dieser Antworten eingestellt, nämlich bei Ihnen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, scheinbar war es Ihnen nicht möglich, Ihre Große Anfrage selbst zu lesen bzw. zu verstehen, trotz der juristischen Vollkapazität zum einen von Herrn Baldauf, vielleicht auch von Adi Weiland, aber auch von Herrn Dr. Martin. Das Letzte, was mir von der letzten Diskussion am Rednerpult von Dr. Martin noch in Erinnerung ist, ist, dass er sich mir gegenüber persönlich – ich sage es einmal so – ziemlich abfällig geäußert hat.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Böser Martin!)

Herr Dr. Martin, ich habe einmal Wikipedia benutzt und geschaut, wie Ihr Werdegang politisch und beruflich aussieht.

(Unruhe im Hause –
Glocke des Präsidenten)

Dann stelle ich fest, dass Sie 1994 zu der damaligen Zeit – ich sage einmal, bis zur heutigen Zeit – mit einem topaktuellen Thema promoviert haben, für die CDU nämlich. Das war das Thema „Staatliche Fraktionsfinanzierung in Rheinland-Pfalz“.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD –
Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Ach!)

Topthema, ich sage nur „Mauss“ und „Beilstein“ und „Bleser“.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Beschäftigen Sie sich in Zukunft vielleicht auch einmal mit diesen Themen, die nach wie vor aktuell und nicht bearbeitet sind.

(Zuruf des Abg. Matthias Lammert, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dann haben Sie, nachdem Sie Ihre eigene Große Anfrage nicht auswerten konnten, jemanden beauftragt. 10.000 Euro – Sie haben promoviert über Finanzierungssysteme und Fraktionsgelder –, 10.000 Euro stehen der CDU-Fraktionskasse schon einmal nicht mehr zur Verfügung, weil Sie Ihre eigene Anfrage nicht auswerten konnten.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Nebelkerze!)

Was kam dann dabei heraus? Ich bringe jetzt einmal das erste Zitat, das ich lesen konnte: „Das Geld für die Begutachtung der regierungsoffiziellen Antwort auf ihre Fragen hätte sich die Fraktion getrost sparen können.“ So stand es vergangenen Freitag in der RHEINPFALZ.

(Zuruf des Abg. Dr. Helmut Martin, CDU)

Dass Sie extra einen Sachverständigen beauftragt haben, um Ihre eigene Anfrage zu erklären, ist schon bemerkenswert. Nach 30 Jahren Oppositionsarbeit ist es schon eine Glanzleistung, Ihre eigene Große Anfrage nicht auswerten zu können.

(Heiterkeit der Abg. Kathrin Anklam-Trapp,
SPD)

Ich möchte noch die Überschrift des Kommentars in der RHEINPFALZ nennen: „Fast nutzlos“.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aufgrund Ihrer Rede heute stelle ich fest, dass die Fraktion der CDU sehr strategisch seit September dieses Wahlkampfthema reitet und es auch heute als Wahlkampfthema benutzt, um diese Landesregierung in einem schlechten Licht stehen zu lassen bzw. versucht, in der Öffentlichkeit Unwahrheiten zu streuen.

Herr Dr. Martin, von Ihnen hätte ich heute mehr Niveau erwartet, nämlich dass Sie anerkennen, dass Sie Ihre eigene Große Anfrage nicht auswerten konnten und diese Landesregierung Ihnen 116 Seiten zur Verfügung gestellt hat und in verschiedenen Sitzung auch noch weitere Informationen zukommen lassen wollte, Sie das aber bis heute nicht genutzt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben einen neuen Staatssekretär im Umweltministerium, wir haben eine neue Ministerin im Umweltministerium. Ich finde es ehrlich gesagt mittlerweile lächerlich, dass Sie das auch noch in die nächste Legislaturperiode mitnehmen wollen.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Schlussstrich!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so macht man keine Politik in Rheinland-Pfalz. Das wird der Wähler dementsprechend quittieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Genau!)

Präsident Hendrik Hering:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Vorsitzende, Abgeordneter Dr. Braun.

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zuerst einmal sagen, dass ich stolz darauf bin, dass ich die letzte Rede eines Parlamentarier in dieser Legislaturperiode hier halten darf, wenn nichts Unvorhergesehenes passiert.

(Zuruf von der SPD)

– Auf Kurzinterventionen kann ich noch reagieren.

Der Innenminister ist nicht mehr anwesend. Insofern wird nachher der Staatssekretär reden.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU –
Zuruf des Staatsministers Roger Lewentz)

– Ah, er ist noch da. Ich hatte gedacht, Herr Stich wird reden. Dann habe ich nicht die Chance, Entschuldigung.

Präsident Hendrik Hering:

Vielleicht doch, Herr Dr. Braun. Das Leben ist voller Überraschungen.

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

– Vielleicht doch. Schauen wir mal.

Meine Damen und Herren, es ist über diese Beförderungspraxis in den verschiedenen Ministerien in den letzten Wochen und Monaten sehr Verschiedenes gesagt worden. Die CDU hat einen Großangriff gestartet. Über die AfD will ich nicht reden, weil die über ihren eigenen Filz in der Stadtratsfraktion in Trier erst einmal hinwegkommen muss.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Der Spitzenkandidat, Herr Frisch, ist selbst mit diesem Skandal behaftet, von daher gehe ich nicht darauf ein, was die AfD sagt.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Deswegen komme ich jetzt zur CDU. Das, was Sie hier vortragen, müssen Sie nachweisen können. Anscheinend haben Sie, als Sie die Große Anfrage gestellt und dann die Zahlen gelesen haben, nicht mehr verstanden, was Sie eigentlich nachweisen wollten. Im Umweltministerium – das ist vom Kollegen Weber und von anderen Kolleginnen und Kollegen schon gesagt worden – ist die Praxis umgestellt worden. Natürlich wird das Recht in den Ministerien in Zukunft beachtet werden. Das ist doch vollkommen klar. Wenn man ein Urteil bekommt, das klarmacht, dass man nicht rechtmäßig gehandelt hat, dann wird man in Zukunft rechtmäßig handeln.

Herr Dr. Martin, Sie hatten damals – am 11. November war es, glaube ich – in der Sitzung hier behauptet, dass der Rechtsstaat durch die Praxis gefährdet sei, die im Umweltministerium geherrscht hat. Jetzt habe ich einmal in das Gutachten von Herrn Brinktrine hineingeschaut und auf den Seiten 34 und 35 nachgelesen, auf denen er unter Punkt XVIII eine Zusammenfassung bringt. Im Fazit ist Folgendes zu lesen – ich möchte mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren –: Der durch diese Zahlen vermittelte Eindruck, dass die essenzielle Bedeutung von Beurteilungen für den Auswahlprozess bei Beförderungen zumindest für die Ministerien für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten sowie für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und

Weinbau verkannt worden ist, wird für das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau durch die Aussage einer Sprecherin des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau bestätigt bzw. sogar noch verstärkt. Die Mitteilung, es fehle bei den Beförderungen lediglich an der formalen Dokumentation, offenbart durch den Zusatz lediglich eine erhebliche Fehlvorstellung über die Bedeutung von Beurteilungen bzw. der verfahrensrechtlichen Anforderungen für die Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst usw. – Ich beende hier das Zitat.

Herr Dr. Martin, wenn Sie am 11. November die Forderung erheben, dass es zu sofortigen Rücktritten kommen muss und Sie davon ausgehen, dass die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit gefährdet seien, und heute sagen, naja, jetzt haben wir uns als CDU überlegt, wir geben ein weiteres Gutachten in Auftrag und klagen eventuell, dann frage ich Sie: Bringt Sie eventuell der Vorgang im Landwirtschaftsministerium des Bundes zu diesen neuen Erkenntnissen, weil dort ähnlich verfahren worden ist? Frau Klöckner hat bestätigt, dass dort ähnlich verfahren worden ist.

(Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU)

Als Aufräumer gestartet, haben Sie jetzt den Mut verloren. Oder relativieren Sie – das kann man natürlich auch sagen – Ihre Aussagen von damals, dass man sagen könnte. Gut, wir haben uns vielleicht in der Heftigkeit unserer Argumentation ein wenig getäuscht und müssen das jetzt zurücknehmen. Die Angelegenheiten sind so, wie sie sind. Die Dinge sind passiert. Die Ministerin und der Staatssekretär aus dem Umweltministerium haben die Verantwortung übernommen. – Wie gesagt, wir haben dort neue Handelnde und auch neue Handlungen.

(Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU)

Das heißt, es ist abgestellt worden. Ich fände es gut, wenn die CDU statt Wahlkampf zu machen einmal anerkennen würde, dass Demokratie funktioniert und Demokratie auch funktioniert hätte, wenn Herr Martin nicht den Teufel an die Wand gemalt und das Ende der Demokratie am 11. November verkündet hätte, weil die Umstellungen damals schon im Gange waren und die Umstellungen sowieso gemacht worden wären.

Ich fände es gut, wenn man im Parlamentarismus dann auch stolz darauf ist, dass der Parlamentarismus funktioniert. Deswegen ist es gut, dass wir heute die 17. Wahlperiode beenden. Ich hoffe, wir starten die 18. Wahlperiode nicht mit ähnlichem Schmutzwerfen, wie wir die 17. beenden, Herr Dr. Martin. Das wäre sehr schön.

Vielen Dank.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD
und FDP)

Präsident Hendrik Hering:

Verehrter Herr Kollege Dr. Braun, ich hätte Ihnen gerne gegönnt, die letzte Rede zu halten, der Innenminister auch,

weil sich Staatssekretär Stich gemeldet hat, aber es hat sich noch die Abgeordnete Bublies-Leifert gemeldet.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Der Präsident ist auch Abgeordneter! – Zurufe von der SPD)

– Das wird er auch.

Abg. Gabriele Bublies-Leifert, fraktionslos:

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kollegen! Altbundespräsident Richard von Weizsäcker sagte bereits in den 80er-Jahren: „Die Parteien haben sich den Staat zur Beute gemacht!“ Wenn wir uns das Ergebnis dieser Großen Anfrage der CDU einmal genau anschauen, dann muss man ihm durchaus recht geben. Es handelt sich schließlich immer und ausschließlich zuvorderst um die Gelder unserer Bürger. Was hier in mehreren Legislaturperioden von SPD, Grünen und FDP betrieben wurde und noch immer betrieben wird, ist inakzeptabel und geht auf keine Kuhhaut.

Über das grüne Umweltministerium mit seiner Günstlingswirtschaft wurde sich bereits in den letzten Monaten medial zur Genüge ausgetobt. Wenn wir aber sehen, wie auch die Kollegen von SPD und FDP hier ähnlich unverblümt agieren, kann man wirklich den Kopf schütteln.

Nehmen wir einmal die Staatskanzlei. Hier haben Sie in dieser Legislaturperiode sieben Personen ohne eine vorherige Ausschreibung durchzuführen neu eingestellt. In den letzten drei Amtsperioden insgesamt 21. Wie viele dieser Personen hatten ein SPD-Parteibuch, Frau Ministerpräsidentin? Wie viele allein in dieser Periode ebenfalls ohne Ausschreibung eingestellte Mitarbeiter im Innenministerium, Herr SPD-Vorsitzender Lewentz? Warum wurden in den letzten zwei Legislaturperioden im Justizministerium, als dieses noch von der SPD geführt wurde, erst vom Genossen Jochen Hartloff sowie nachfolgend von Herrn Gerhard Robbers, insgesamt 56 Mitarbeiter ohne vorherige Beurteilung befördert?

Perfider aber wird es, wenn wir uns einmal die Entwicklung dieser Beförderungspraxis anschauen. Blicken wir doch einmal genauer auf das Familienministerium von Frau Spiegel. Mit der Übernahme des Umweltministeriums und der Aufklärung der dortigen Beförderungen hat man wohl eher die Böckin zur Gärtnerin gemacht; denn in der letzten Legislaturperiode haben Sie selbst sage und schreibe 13 Personen ohne Ausschreibung neu eingestellt. Wie viele derer haben nun ein grünes Parteibuch, Frau Ministerin Spiegel?

Ein besonderer Hort für Beförderungssorgen ist das Wirtschaftsministerium. In der vorletzten Legislaturperiode wurden hier unter den Grünen, unter der grünen Wirtschaftsministerin Eveline Lemke, nicht nur sechs Personen ohne Ausschreibungen eingestellt, sondern auch 71 Mitarbeiter ohne ausreichende Beurteilungen befördert. Wenn wir uns hier das Beförderungsverhalten der Ministerinnen Lemke, Höfken und Spiegel genauer betrachten, kann man die Grünen mit insgesamt 230 Beförderungen und 23 Ein-

stellungen ohne Ausschreibung in nur zwei Legislaturperioden guten Gewissens durchaus als Amigo-Partei von Rheinland-Pfalz bezeichnen.

Wenn man aber nun denkt, dass sich die Praxis im Wirtschaftsministerium geändert hat, muss man sich leider eines Besseren belehren lassen. FDP-Bundesgeneralsekretär Wissing hat nämlich selbst hier ganz gut zugeschlagen. Sechs Einstellungen ohne Ausschreibung und 38 Beförderungen ohne ausreichende Beurteilung sprechen eine beredte Sprache.

Diese von Frau Dreyer angeführten Landesregierungen haben in den letzten Legislaturperioden gezeigt,

(Glocke des Präsidenten)

dass wir hier in Rheinland-Pfalz 30 Jahre nach der CDU wieder ein erhebliches Problem haben, das durchaus Anhaltspunkte für eine parteipolitisch motivierte Günstlingswirtschaft vermuten lassen könnte.

Präsident Hendrik Hering:

Frau Bublies-Leifert, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abg. Gabriele Bublies-Leifert, fraktionslos:

Ich danke Ihnen, Herr Präsident.

Präsident Hendrik Hering:

Bitte. – Für die Landesregierung spricht Staatssekretär Stich.

Randolf Stich, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

(Unruhe im Hause –
Glocke des Präsidenten)

Die Große Anfrage wurde schon in den letzten Tagen unter formalen Gesichtspunkten von der CDU-Fraktion thematisiert. Die Fraktion hat sich dabei – wir haben es vorhin auch noch einmal gehört – insbesondere auf ein von ihr beauftragtes Gutachten bezogen. Vieles von dem, was in diesem Zusammenhang dann bereits öffentlich gesagt worden ist, haben wir heute in der Debatte noch einmal gehört. Ich bin froh, dass ich für die Landesregierung einige der vorgebrachten Punkte klarstellen und erläutern kann.

Vorab möchte ich eines feststellen. Die 100 Fragen umfassende Große Anfrage, die zeitlich bis ins Jahr 2006 zurückreicht, wurde auf 151 Seiten – in der Drucksache waren es 116 – im rechtlich zulässigen Umfang umfassend beantwortet.

Mit einer Vielzahl von Tabellen wird die Situation in einzelnen Ressorts detailliert dargestellt. Soweit es in einem

öffentlichen Dokument rechtlich zulässig war, wurden die Fragen ausführlich und erschöpfend beantwortet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, da sich die Debatte jetzt im Kern um den Themenkreis des parlamentarischen Fragerechts und Datenschutzes dreht, sollte man sich zunächst einmal die einschlägigen Rechtsgrundlagen verdeutlichen. In dem Zusammenhang darf ich auf einen Umstand hinweisen, der eigentlich jedem, der mit einem parlamentarischen Verfahren vertraut ist, bekannt sein dürfte. Genau diesen Umstand hat sogar der von der CDU beauftragte Gutachter noch einmal auf den Seiten 11 und 12 seiner Stellungnahme ausgeführt: Das parlamentarische Fragerecht und damit auch die korrespondierende Beantwortungspflicht der Landesregierung ist nicht unbeschränkt. Artikel 89 a unserer Landesverfassung ist hier in seinem Absatz 3 mehr als deutlich. Die Landesregierung kann, ja, sie darf Fragen nicht öffentlich beantworten, wenn – ich zitiere die Landesverfassung – „schutzwürdige Interessen Einzelner entgegenstehen“.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Sie kann das nicht selbst entscheiden!)

Diesen Umstand berücksichtigt selbstverständlich auch die Geschäftsordnung des Landtags in ihrem § 100, auf den ich gleich noch einmal zurückkommen werde.

Die Landesregierung hat schon in der Antwort auf die Anfrage ausführlich und transparent erläutert, die verfassungsrechtlich angelegte, aber letztlich auch noch einmal ein-fachgesetzlich vorgeschriebene Einschränkung greift aufgrund der Art und Weise der Fragestellung an verschiedensten Stellen. Von einem pauschalen Verweis auf Datenschutz kann hier überhaupt nicht die Rede sein. Gerne gehe ich deswegen auch noch einmal exemplarisch auf einzelne Fallgruppen ein.

An mehreren Stellen der Anfrage werden detaillierte Informationen zu abgeschlossenen Bewerbungsverfahren oder ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesregierung gefordert. Hier kann die Beantwortung schon praktisch überhaupt nicht erfolgen. Die erfragten Informationen liegen der Landesregierung überhaupt nicht vor und dürfen ihr auch rechtlich nicht mehr vorliegen. Wie in der Antwort erläutert wurde, schreibt uns das Landesdatenschutzgesetz in § 20 Abs. 6 vor, dass Daten unterlegener Bewerberinnen und Bewerber eines abgeschlossenen Bewerbungsverfahrens zu löschen sind. Dasselbe gilt für beendete Beschäftigungsverhältnisse,

(Abg. Martin Haller, SPD: Das wäre ja noch schöner!)

also die Daten ehemaliger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Dann wurde in einer Reihe von Fragen letztlich sogar die namentliche Nennung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Stichwort „Welche Mitarbeiter?“, verlangt, oder es wurden zumindest Informationen abgefragt, die einen Rückschluss auf konkrete Mitarbeiter zulassen. Das ist im Rahmen einer

öffentlich und für jedermann einsehbaren Beantwortung einer Großen Anfrage, glaube ich, ganz selbstverständlich nicht möglich. Hier stehen die von uns allen zu achtenden schutzwürdigen Interessen der Betroffenen,

(Abg. Marco Weber, FDP: Jawohl!)

namentlich das informationelle Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen, ganz klar entgegen. Um das zu wissen, muss man nicht beim Landesbeauftragten für den Datenschutz arbeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, schutzwürdige Interessen Dritter spielen im täglichen Geschäft zwischen Parlament und Regierung regelmäßig eine Rolle. Vor diesem Hintergrund überrascht es mich, dass das skandalisiert werden soll, zumal die Geschäftsordnung des Landtags in dem bereits erwähnten § 100 eine regelmäßig auch in dieser Legislaturperiode praktizierte Lösung bereithält, auf die sogar der Gutachter und auch die Beantwortung der Großen Anfrage mehrfach verweisen.

Es steht den Fraktionen also selbstverständlich offen, die erfragten personenbezogenen Daten in einer vertraulichen Sitzung der Ausschüsse berichten zu lassen. Dieser Weg wahrt gleichermaßen das parlamentarische Fragerecht auf der einen Seite wie auch die Rechte der Betroffenen auf der anderen Seite. Wir haben das in dieser Legislaturperiode schon vielfach so praktiziert. Wie wir auch in der Antwort auf die Große Anfrage betont haben, wird die Landesregierung einem solchen Wunsch selbstverständlich nachkommen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie noch kurz um Aufmerksamkeit bitten. Mit der Aussprache hat sich dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Ich will aber nicht versäumen, in der – man weiß ja nie – voraussichtlich letzten Plenarsitzung dieser Legislaturperiode Danke zu sagen.

Erst einmal Danke an Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen. Nicht nur, wenn wir mit Bezug auf die Einwohnerzahl von Rheinland-Pfalz die Quantität betrachten – die Sitzungen, die stattgefunden haben, die Kleinen und Großen Anfragen –, gibt es wohl kein Parlament, das so fleißig gewesen ist wie Sie in dieser letzten Legislaturperiode.

(Zurufe von der AfD)

Ich glaube, das können wir auch für die Qualität unserer Arbeit sagen.

Bei allen Entgleisungen, die es im Einzelfall einmal gegeben hat, will ich auch sagen, wir haben einen vernünftigen Umgang miteinander gepflegt, insbesondere, wenn wir uns

manche Sitzung in anderen Landtagen betrachten. Auch dafür ein herzliches Dankeschön an Sie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will nicht versäumen, mich bei unserer Landtagsverwaltung zu bedanken, der es ein Anliegen ist, ein richtiges und ernsthaftes Anliegen, dafür zu sorgen, dass Sie hervorragende Arbeitsbedingungen haben. Ich glaube, das haben sie umgesetzt. Deswegen ein herzliches Danke an die Landtagsverwaltung.

(Anhaltend Beifall im Hause)

Ich will mich natürlich auch bei den ausscheidenden Abgeordneten bedanken. Vielleicht haben Sie es vermisst, dass das Präsidium bei den letzten Reden die eine oder andere Anmerkung gemacht hat. Wir haben uns das angeschaut. Es gibt Abgeordnete, die sind zwei Jahre dabei, eine Kollegin ist 30 Jahre dabei gewesen. Es gibt ganz unterschiedliche Funktionen. Manche haben auch gesagt, sie möchten kein großes Aufsehen darum haben.

Uns war es zu sensibel, für jeden zwei oder drei Sätze zu finden, von denen jeder sagt, das war angemessen bezüglich der Lebensleistung. Deswegen haben wir davon Abstand genommen.

Ich will mich aber bedanken. Sie haben gesehen, es war die vergangenen zwei Tage immer ein Fotograf anwesend. Er hat insbesondere die ausscheidenden Kollegen festgehalten. Wir werden uns mit einem persönlichen Schreiben mit persönlichen Anmerkungen bei jedem der dann ehemaligen Abgeordneten melden und werden natürlich die Anregung umsetzen, die von Jupp Bracht und anderen gemacht wurde. Selbstverständlich werden die ehemaligen Abgeordneten zur Einweihung des neuen Landtags, des Deutschhauses, eingeladen. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

Ich will dennoch stellvertretend vier Abgeordnete nennen. Ich will mich bei unserem Vizepräsidenten Jupp Bracht bedanken. Er wird dem Landtag 25 Jahre angehört haben.

(Beifall der SPD, der CDU, der FDP, des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der AfD)

Er war zehn Jahre Parlamentarischer Geschäftsführer, und wir wissen alle, es ist ihm ein Anliegen, über Parteigrenzen hinaus dafür zu sorgen, dass wir als Abgeordnete gute Rahmenbedingungen für unsere Arbeit haben. Das war auch die Anregung in seinen letzten Worten hier im Landtag. Er hat gesagt, macht es immer fair, damit man anschließend noch ein Bier oder einen Schoppen gemeinsam trinken kann. Dafür hat Jupp immer gestanden. Er hat immer gewusst, wo die Grenzen einer streitigen Auseinandersetzung sind, um den Respekt zu wahren. Deswegen kann man mit Jupp immer ein Glas Bier trinken.

Jupp, vielen Dank dafür, für diese tolle Arbeit.

(Beifall der SPD, der CDU, der FDP, des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt
bei der AfD)

Ich will mich bei Jochen Hartloff bedanken. Auch er wird 25 Jahre im Landtag gewesen sein. Er hat herausragende Funktionen wahrgenommen, als Parlamentarischer Geschäftsführer, als Fraktionsvorsitzender, als Minister.

Ich glaube, es zeichnet ihn besonders aus, dass er in dieser Legislaturperiode seine ganze Erfahrung, seine Menschlichkeit und Empathie genutzt hat, um sensible Aufgaben wahrzunehmen. Den Integrationsausschuss zu leiten, war mit Sicherheit in dieser Legislaturperiode eine sensible Aufgabe, die wahrscheinlich niemand hätte besser erledigen können als mit der menschlichen Art, mit der es Jochen Hartloff gemacht hat.

Wir können stolz sein, dass wir eine Enquete-Kommission zur Pandemie auf den Weg gebracht haben und er auch diese Arbeit geleistet hat. Das zeigt, welche herausragenden Parlamentarier wir mit Jochen Hartloff haben. Auch dafür, insbesondere für Deine menschliche, unprätentiöse Art, vielen Dank, Jochen.

(Beifall der SPD, der CDU, der FDP, des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt
bei der AfD)

Ich möchte mich bei Marlies Kohnle-Gros bedanken. Sie ist die, die am längsten dem Parlament angehört. 30 Jahre. 30 Jahre gehört Marlies Kohnle-Gros dem Parlament an. Viele haben es vorhin schon gesagt, sie ist jemand, die Themen durchdringt und der es ein Anliegen ist, in die Dinge tief einzusteigen. Was für Parlamentarier vorbildlich ist, ist dass sie zuhört und Argumente aufnimmt. Wir haben in vielen Debatten miterlebt, dass sie eben nicht nur mit dem vorgelegten Manuskript hineingeht, sondern sich anhört, was andere sagen. Das zeichnet einen Parlamentarier aus, insbesondere die menschlich sehr angenehme Art.

An Marlies Kohnle-Gros sollten wir nach außen deutlich machen, dass Abgeordnete Einzelkämpfer sind, was sie leisten, um sich in Themen einzuarbeiten, welche herausragende Leistung das ist. Marlies, auch für die menschliche Art, vielen herzlichen Dank.

(Anhaltend Beifall der SPD, der CDU, der
FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und Beifall bei der AfD)

Ich will noch Dr. Adi Weiland erwähnen. Er hat nur kurze Abschiedsworte gefunden. Es ist aber deutlich geworden, dass er ein Parlamentarier mit Herzblut ist. Wir kennen seinen tiefen Sachverstand, den er nutzt. Manchmal freut man sich, nicht Opfer des Sachverstands zu sein.

(Heiterkeit im Hause –
Beifall der SPD, der CDU, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will das erwähnen, weil er auch genau die Grenze kennt. Er weiß das einzusetzen und weiß, das schmerzt dann auch, weil es trifft.

(Heiterkeit des Abg. Alexander Schweitzer,
SPD)

Faktenbasierte Kritik trifft meistens härter als andere. Er weiß auch, damit so umzugehen, dass man anschließend miteinander reden kann, auch wenn man von einer anderen Fraktion ist. Das zeichnet wirklich herausragende Parlamentarier aus. Auch dafür vielen Dank, lieber Adi Weiland.

(Beifall der SPD, der CDU, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt muss ich bei meiner eigenen Fraktion die Kurve kriegen, dass ich drei von der anderen großen Fraktion im Landtag genommen habe.

(Beifall des Abg. Martin Haller, SPD –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Alles gut!)

Zur Erklärung: Adi Weiland hat auch gesagt, er war dankbar, hier mitwirken zu können. Das sollten wir auch sein. Es ist ein herausragendes Privileg, vom Volk ausgewählt zu sein, die wesentlichen Entscheidungen zu treffen. Man möge mir verzeihen, dass es jetzt drei von der CDU gewesen sind; denn ich glaube, Adi Weiland wäre genauso dankbar gewesen, wenn sich in den letzten 25 Jahren die Rollen einmal vertauscht hätten.

(Vereinzelt Heiterkeit im Hause)

Dann wäre er auch dankbar gewesen, hier gewesen zu sein. Deswegen möge das die SPD verzeihen.

Ich glaube, das sind alles Biografien, die zeigen, mit welchem Herzblut und welchem Engagement Parlamentarier ihre Aufgabe wahrnehmen. Den Persönlichkeiten, die ich genannt habe, ist es ein Anliegen gewesen zu sagen: Ja, wir setzen uns für die Demokratie ein, für eine wahre Demokratie, die auch Minderheiten schützt, die für die offene Gesellschaft ist, und um das Land voranzubringen. Dafür

leisten wir Herausragendes. – Das sollten wir gemeinsam darstellen. Ich glaube, dafür stehen diese Persönlichkeiten.

Wir wissen – auch das sei erwähnt –, zu einem guten Miteinander gehört auch ein vernünftiger Umgang mit Regierungen. Wir wissen, dass Regierungsfunktionen in der Öffentlichkeit anders und mehr wahrgenommen werden. Das gehört zum Spiel dazu; das ist eine Realität. Das aber, was Abgeordnete leisten, ist herausragend.

Deswegen werden wir fortführen – ich hoffe, es wird fortgeführt –, dass wir das im Zeitzeugenprojekt des Landtags festhalten. Ich glaube, diese Lebensbiografien der genannten Persönlichkeiten können viel berichten über die 90er-Jahre, über den Parlamentarismus und wie damals die Entscheidungen waren. Wir halten das derzeit über die fest, die in den 70er- und 80er-Jahren im Parlament waren. Das sind ganz wichtige Erfahrungen; die sollten festgehalten werden. Wir werden auf die Ehemaligen zukommen.

Ich freue mich darauf – egal wie die Wahl ausgehen wird, das werde ich noch verfügen dürfen -: Wir werden alle zur Einweihung des Landtags einladen, ob sie nun freiwillig oder unfreiwillig aus dem Landtag ausgeschieden sind, um gemeinsam – ich glaube, das ist Anliegen von jedem – in unser Parlament, in das Deutschhaus zurückzukehren und die Einweihung zu feiern.

Bis dahin darf ich Ihnen persönlich und Ihren Familien alles Gute wünschen. Bleiben Sie gesund.

Vielen Dank. Die Sitzung ist beendet.

(Beifall der SPD, der CDU, der FDP, des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt
bei der AfD)

Ende der Sitzung: 15.41 Uhr